

EBERHARD-KARLS-UNIVERSITÄT TÜBINGEN  
INSTITUT FÜR POLITIKWISSENSCHAFT

**ERNEUERBARE ENERGIEN IN DER GLOBALEN  
STRUKTURPOLITIK**

**Zum Potenzial einer strategischen Partnerschaft zwischen  
Deutschland und Brasilien**

Schriftliche Arbeit zur Erlangung des Akademischen Grades „Magister  
Artium“ an der Fakultät für Sozial- und Verhaltenswissenschaften

Vorgelegt von Sybille Röhrkasten

Herrenberger Str. 22  
72070 Tübingen  
Tel. 07071/146931

Erstgutachter: Prof. Dr. Andreas Boeckh  
Zweitgutachter: Dr. Thomas Nielebock

Tübingen, den 17. Oktober 2008

Hiermit bestätige ich, dass ich die vorliegende Arbeit selbständig verfasst und keine anderen als die angegebenen Quellen und Hilfsmittel verwendet habe.

---

(Ort, Datum)

---

(Eigenhändige Unterschrift)

# Inhaltsverzeichnis

<b>I. Einleitung .....</b>	<b>1</b>
I.1. Einführung in das Thema und Problemstellung .....	1
I.2. Ziel, Fragestellung und Relevanz der Arbeit.....	3
I.3. Theoretischer Rahmen und methodische Herangehensweise.....	6
I.4. Aufbau der Arbeit.....	7
<b>II. Entwicklungspolitik im Kontext der Globalisierung .....</b>	<b>9</b>
II.1. Globalisierung: Tendenzen und Herausforderungen für die Politik.....	9
II.2. Global Governance .....	11
II.3. Nachhaltige Entwicklung .....	14
II.4. Entwicklungspolitik als Beitrag zur globalen Strukturpolitik.....	17
II.5. Das Ankerlandkonzept .....	19
II.6. Zwischenfazit.....	22
<b>III. Theoretischer Rahmen der weiteren Analyse.....</b>	<b>24</b>
III.1. Der akteurzentrierte Institutionalismus .....	24
III.2. Verbindung mit institutionalistischen Ansätzen der IB.....	31
III.3. Institutionen in den internationalen Beziehungen .....	34
III.4. Akteure in den internationalen Beziehungen .....	38
III.5. Zwischenfazit: das Analyseraster .....	42
<b>IV. Die Fähigkeiten Deutschlands und Brasiliens zur Beeinflussung globaler Strukturpolitik.....</b>	<b>45</b>
IV.1. Deutschland .....	45
IV.2. Brasilien.....	50
IV.3. Zwischenfazit.....	55

<b>V. Die Präferenzen Deutschlands und Brasiliens in der globalen Strukturpolitik</b>	<b>57</b>
V.1. Deutschland .....	57
V.2. Brasilien.....	66
V.3. Vergleich der Präferenzen .....	77
V.4. Zwischenfazit: Konvergenz der Präferenzen?.....	79
<b>VI. Die bilaterale Zusammenarbeit auf dem Gebiet erneuerbare Energien.....</b>	<b>82</b>
VI.1. Die bilaterale Zusammenarbeit.....	82
VI.2. Auswirkungen auf die Realisierung der Präferenzen in der globalen Strukturpolitik.....	89
VI.3. Zwischenfazit.....	92
<b>VII. Fazit .....</b>	<b>94</b>
<b>VIII. Literaturverzeichnis.....</b>	<b>100</b>

## **Abbildungsverzeichnis**

Abb. 1: Die Ankerländer .....	20
Abb. 2: Der Gegenstandsbereich des akteurzentrierten Institutionalismus.....	26
Abb. 3: Der Gegenstandsbereich der folgenden Analyse.....	38
Abb. 4: Das Analyseraster .....	44
Abb. 5: Anteil erneuerbarer Energien am deutschen Gesamtenergieverbrauch 2007... 45	
Abb. 6: Exportvolumen der deutschen Erneuerbaren-Energien-Branche .....	47
Abb. 7: Entwicklung der brasilianischen Ethanolexporte .....	52
Abb. 8: Kosten der brasilianischen Ethanolproduktion im internationalen Vergleich.. 52	
Abb. 9: Schwerpunktverschiebung der Entwicklungszusammenarbeit .....	84

## **Tabellenverzeichnis**

Tab. 1: Interaktionsformen und institutioneller Kontext .....	29
Tab. 2: Denkschulen der Internationalen Beziehungen .....	32
Tab. 3: Führende Produzentenländer erneuerbarer Energien .....	46

## **Abkürzungsverzeichnis**

AA	Auswärtiges Amt
ABC	Agência Brasileira de Cooperação
AGEE	Agentur für Erneuerbare Energien
BDI	Bundesverband der Deutschen Industrie
BIP	Bruttoinlandsprodukt
BMU	Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit
BMZ	Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
BNDES	Banco Nacional de Desenvolvimento Econômico e Social
CDM	Clean Development Mechanism
CDU	Christlich Demokratische Union Deutschlands
CGG	Commission on Global Governance
CMC	Conselho do Mercado Comum
CNI	Confederação Nacional da Indústria
CONTAG	Conferência Nacional dos Trabalhadores na Agricultura
CSU	Christlich-Soziale Union in Bayern
DED	Deutscher Entwicklungsdienst
DIE	Deutsches Institut für Entwicklungspolitik
EU	Europäische Union
GATT	General Agreement of Tariffs and Trade
GTZ	Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit
IB	Internationale Beziehungen
IBF	International Biofuels Forum
IBSA	India, Brazil and South Africa Forum
IEA	International Energy Agency
IRENA	International Renewable Energy Agency
KfW	Kreditanstalt für Wiederaufbau

MAPA	Ministério da Agricultura, Pecuária e Abastecimento
MDGs	Millennium Development Goals
Mercosul	Mercado Comum do Sul
MMA	Ministério de Meio Ambiente
MME	Ministério de Minas e Energia
MRE	Ministério das Relações Exteriores
NGO	Non-Governmental Organisation
NZZ	Neue Züricher Zeitung
OECD	Organisation for Economic Co-operation and Development
REN21	Renewable Energy Policy Network for the 21 <sup>st</sup> Century
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschland
UNCED	United Nations Conference on Environment and Development
UNFCCC	United Nations Framework Convention on Climate Change
UNICA	União da Indústria de Cana-de-açúcar
USA	United States of America
VN	Vereinte Nationen
WCED	World Commission on Environment and Development
WTO	World Trade Organization

## **I. Einleitung**

### **I.1. Einführung in das Thema und Problemstellung**

Ende der 1990er Jahre lässt sich ein qualitativer Wandel in der Entwicklungspolitik der deutschen Bundesregierung feststellen: Neben der Förderung von Entwicklung innerhalb der Entwicklungsländer definiert das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) nun auch die politische Gestaltung der Globalisierung über die globale Strukturpolitik als Bestandteil der deutschen Entwicklungspolitik (vgl. BMZ 2002b:4, BMZ 2004b:11–16; Messner 2007:401–415). Die Entwicklungspolitik der Bundesregierung verfolgt nun also das Ziel, Entwicklung nicht nur über die Veränderung von Strukturen innerhalb der Entwicklungsländer, sondern auch über die Modifizierung internationaler Rahmenbedingungen zu fördern. Die angestrebte Reform globaler Strukturen dient dabei nach Ansicht des BMZ einer global nachhaltigen Entwicklung, im Rahmen derer die Chancen der Globalisierung gerechter verteilt und die Risiken der Globalisierung begrenzt werden sollen (vgl. BMZ 2004b:10–16, BMZ 2005:ii). Das Verständnis von Entwicklungspolitik als Beitrag zur globalen Strukturpolitik ist also nicht nur mit sehr anspruchsvollen Gestaltungszielen für die Entwicklungspolitik verbunden, sondern lässt auch die Grenzen zwischen der Entwicklungs- und der Außenpolitik der deutschen Bundesregierung weitgehend verwischen.

Zur Identifizierung möglicher Partnerländern für eine Entwicklungspolitik als Beitrag zur globalen Strukturpolitik entwickelt das Deutsche Institut für Entwicklungspolitik (DIE) im Jahr 2004 im Auftrag des BMZ das sogenannte Ankerlandkonzept. Das DIE bezeichnet hierbei Entwicklungs- und Schwellenländer, die über einen bedeutenden Anteil an der Wirtschaftsleistung ihrer Region verfügen, als Ankerländer. Das regionale wirtschaftliche Gewicht dieser Länder ist nach Ansicht des DIE mit einer politischen Bedeutung verknüpft, welche sich nicht nur auf die jeweiligen Regionen beschränkt: Den Ankerländern wird auch bei der Gestaltung globaler Politiken und der Lösung globaler Herausforderungen eine Schlüsselrolle zugesprochen (vgl. Stamm 2004:7–9). Das BMZ sieht daher in den Ankerländern unverzichtbare Partner für den internationalen Politikdialog und möchte die Entwicklungszusammenarbeit mit diesen Ländern zu einer strategischen Partnerschaft weiterentwickeln, um auf diese Weise gemeinsame Interessen hinsichtlich globaler Strukturpolitik zu verfolgen. Dabei sollen Armutsbekämpfung



und die Förderung einer global nachhaltigen Entwicklung im Mittelpunkt stehen. Eine solche strategische Partnerschaft soll sich auf einen breiten Kooperationskorridor stützen, d.h. neben der wirtschaftlichen Zusammenarbeit auch politische, kulturelle und wissenschaftlich-technologische Kooperation umfassen, sich an deutschen Angebotsstärken orientieren und privatwirtschaftliches Engagement insbesondere deutscher Unternehmen fördern (vgl. BMZ 2004a:11).

Die energie- und klimapolitische Kooperation bietet sich für die Zusammenarbeit mit Ankerländern besonders an, da die weitgehende Kongruenz deutscher klima- und entwicklungspolitischer sowie außenwirtschaftlicher Interessen eine politikfeldübergreifende Kooperation erleichtert. Das BMZ betrachtet die Verbesserung des globalen Klimaschutzes und die Sicherung der Energieversorgung als bedeutende Elemente globaler Strukturpolitik (vgl. Altenburg u.a. 2005:2–4) und betont vor allem die Notwendigkeit einer aktiven Mitwirkung der Ankerländer im globalen Klimaschutz (vgl. BMZ 2004a:6). Da Entwicklungs- und Schwellenländer verbindliche Regelungen zum Klimaschutz ablehnen, sofern sie dann zu einem Wachstumsverzicht gezwungen sind, soll die Entwicklungspolitik einen Beitrag zur Verbindung von Klimaschutzmaßnahmen mit wirtschaftlichen Aufholungsmöglichkeiten leisten (vgl. BMZ 2008a:17). Als wichtigste Maßnahmen zur Reduzierung der Treibhausgasemissionen gelten die Substitution fossiler Energieträger durch erneuerbare Energien und die Steigerung der Energieeffizienz. Gerade die Förderung erneuerbarer Energien scheint hierbei als ein Instrument, welches die Verbindung von wirtschaftlicher Entwicklung und Klimaschutz ermöglicht und zudem den Internationalisierungsbestrebungen der deutschen Wirtschaft entspricht (vgl. BMZ 2004a:14, BMZ 2008a:97f.; Stamm 2004:22).

Da die Ankerländer hinsichtlich ihrer außenpolitischen Positionen eine heterogene Gruppe darstellen, variiert je nach betrachtetem Ankerland die Bandbreite der Interessen, welche diese mit der Bundesregierung bei der Gestaltung globaler Strukturen teilen. Stamm hebt Brasilien aufgrund der historisch gewachsenen Beziehungen und des weitgehend übereinstimmenden Wertesystems in der Außenpolitik als ein Ankerland hervor, das als besonders aufgeschlossen für den außenpolitischen Dialog anzusehen ist. Brasilien ist für Deutschland vor allem relevant für die Förderung einer global nachhaltigen Entwicklung: Einerseits verfügt es mit dem Amazonas über die weltweit größte zusammenhängende Regenwaldfläche und damit über einen bedeutenden natürlichen

Kohlenstoffspeicher, andererseits ist Brasilien gerade aufgrund der Abholzungen des Regelwaldes ein bedeutender Emittent von Treibhausgasen (vgl. Stamm 2006:1–8). Des Weiteren bilden Biokraftstoffe „Vorzeigeprodukt und Top-Thema der internationalen Agenda Brasiliens“ (Mildner & Zilla 2007:1), mit denen Brasilien die eigene Bedeutung bei der Lösung der globalen Probleme des Klimawandels und der unsicheren Energieversorgung unterstreicht. Da Brasilien auf dem Gebiet der erneuerbaren Energien ein wichtiger Rohstofflieferant ist, der über ein hohes Maß an Expertise verfügt und zudem komplementäres deutsches Know-how nachfragt, weist Stamm in einer Portfolioanalyse der deutsch-brasilianischen Entwicklungszusammenarbeit auf das besondere Potenzial für eine Partnerschaft zwischen Brasilien und Deutschland auf diesem Gebiet hin (vgl. Stamm 2006:8, 26). Mit Hinweis auf die Empfehlungen dieser Portfolioanalyse werteten Deutschland und Brasilien in den Regierungsverhandlungen im November 2007 schließlich erneuerbare Energien und Energieeffizienz zu einem neuen Schwerpunkt in der bilateralen Entwicklungskooperation auf (vgl. BMZ 2007a; *Summary Record of the Negotiations on Development Cooperation* 2007:3). Zudem verabschiedeten beide Regierungen im Mai 2008 ein Abkommen über eine Zusammenarbeit im Energiesektor mit den Schwerpunkten erneuerbare Energien und Energieeffizienz (vgl. *Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Föderativen Republik Brasilien* 2008).

Wie diese Ausführungen verdeutlichen, scheint die Kooperation mit Brasilien auf dem Gebiet der erneuerbaren Energien vergleichsweise gute Ausgangsbedingungen für eine strategische Partnerschaft zur Beeinflussung globaler Strukturpolitik zu bieten. Es bleibt jedoch unklar, inwiefern die Zielsetzung einer strategischen Partnerschaft mit den politischen Realitäten übereinstimmt: Ist das Ankerlandkonzept ein für die Entwicklungspolitik nicht umsetzbares Konzept, welches bestenfalls der Rechtfertigung der Entwicklungszusammenarbeit mit relativ weit entwickelten Ländern dient, oder bietet es tatsächlich ein Potenzial zur Gestaltung globaler Strukturen?

## **I.2. Ziel, Fragestellung und Relevanz der Arbeit**

Die vorliegende Arbeit soll einen Beitrag zu der Beurteilung des Potenzials einer strategischen Partnerschaft zwischen Deutschland und Brasilien im Rahmen globaler Strukturpolitik leisten. Der Begriff „strategische Partnerschaft“ weckt die Assoziation

einer ambitionierten und vielversprechenden Kooperation und ist daher in vielen politischen Verlautbarungen zu finden.<sup>1</sup> Es ist wenig verwunderlich, dass der inflationäre Gebrauch des Begriffes mit einer Unschärfe bezüglich seiner Inhalte einhergeht: Die Grenzen einer „strategischen Partnerschaft“ sind schwer zu bestimmen und die Operationalisierung dieses Begriffes ist somit mit Schwierigkeiten verbunden. Im Sinne von Minimalvoraussetzungen ist jedoch davon auszugehen, dass eine strategische Partnerschaft zwischen Deutschland und Brasilien zur Beeinflussung globaler Strukturpolitik nur dann möglich ist, wenn die nationalen Regierungen beider Länder (1) über die Fähigkeit verfügen, globale Strukturen zu beeinflussen, (2) eine Schnittmenge zwischen ihren Präferenzen hinsichtlich globaler Strukturpolitik existiert und (3) beide Regierungen bei der Verfolgung gemeinsamer Präferenzen kooperieren bzw. eine Kooperation anstreben. Aus diesem Grund werden in dieser Arbeit die folgenden **Fragestellungen** untersucht:

1. Verfügen Deutschland und Brasilien auf dem Gebiet der erneuerbaren Energien über die Fähigkeiten zur Beeinflussung globaler Strukturpolitik?
2. Inwiefern konvergieren die Präferenzen beider Regierungen bezüglich der Förderung erneuerbaren Energien in der globalen Strukturpolitik?
3. Inwiefern kooperieren beide Regierungen bei der Realisierung dieser Präferenzen?

Forschungsprojekte sollten sowohl für wissenschaftliche Diskussionen als auch für die politische Praxis relevant sein (vgl. King, Keohane & Verba 1994:15; Lehnert, Miller & Wonka 2007). Die vorliegende Arbeit knüpft an aktuelle wissenschaftliche Diskussionen an der Schnittstelle zwischen Entwicklungstheorie und Internationalen Beziehungen (IB) an. Mit dem DIE und der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) befassen sich in Deutschland führende Institute der angewandten Politikforschung mit dem Bedeutungszuwachs von Brasilien als Ankerland bzw. als aufstrebende Führungsmacht in der internationalen Politik. Wissenschaftler beider Institute untersuchen, inwiefern diese veränderten Rahmenbedingungen neue Kooperationsformen erfordern (vgl. DIE 2008; SWP 2007). Innerhalb der Entwicklungstheorie bezieht sich diese Ar-

---

<sup>1</sup> So spricht beispielsweise die Koalition aus SPD und Bündnis 90/Die Grünen in ihrer Koalitionsvereinbarung im Jahr 2002 von neuen strategischen Partnerschaften zwischen Staat, Wirtschaft und Zivilgesellschaft zur Lösung globaler Entwicklungsprobleme (vgl. Vorstand der SPD 16. Oktober 2002:69), die EU

---

beit nicht auf die erklärende, sondern auf die strategische bzw. teleologische Funktion, welche das „Nachdenken und Vordenken, was Entwicklung bedeutet und was die Politik tun sollte, um normativ begründete Ziele zu erreichen“ (Nuscheler 2005:126), umfasst. Die Bewertung des Potenzials zur Entwicklung von strategischen Partnerschaften mit Ankerländern ist nicht nur für die Entwicklungspolitik relevant, sondern auch für außenpolitische Entscheidungsträger von Bedeutung. Ist das Ziel mit den vorhandenen Instrumenten nicht zu erreichen, so gilt es entweder die Zielsetzung oder die Instrumente zu überdenken. Dies stellt wiederum eine Herausforderung auch für die Entwicklungstheorie dar.

Des Weiteren wird mit erneuerbaren Energien ein Bereich betrachtet, der in den Außenbeziehungen Deutschlands und Brasiliens von großer Bedeutung ist. Beide Regierungen engagieren sich für die weltweite Förderung erneuerbarer Energien und prägen auf diesem Politikfeld mit eigenen Initiativen die Rahmenbedingungen internationaler Politik. Die Suche nach Alternativen zu fossilen Energieträgern – aufgrund der zunehmenden Knappheit dieser Energieträger und der Diskussionen um globalen Klimaschutz – lässt zudem erwarten, dass der Anteil erneuerbarer Energien an der weltweiten Energiematrix steigen wird und erneuerbare Energien damit auch in der internationalen Politik zunehmend an Bedeutung gewinnen werden.

Die Agrartreibstoffproduktion in Brasilien ist ein Thema, das auch in Deutschland wissenschaftliche Aufmerksamkeit erregt (vgl. Mildner & Zilla 2007; Nolte & Stolte 2007, Nolte & Stolte 2008; Nitsch & Giersdorf 2005). Mildner und Zilla (2007) gehen hierbei insbesondere auf die Zusammenarbeit zwischen Brasilien und der Europäischen Union (EU) ein und adressieren diesbezügliche Chancen und Risiken. Charlita de Freitas (2007) betrachtet allgemein die Überschneidung deutscher und brasilianischer Interessen bei der Förderung erneuerbarer Energien. Die deutsch-brasilianische Zusammenarbeit auf dem Gebiet erneuerbarer Energien wird jedoch nicht näher beleuchtet. Da erneuerbare Energien erst seit Ende des Jahres 2007 einen Schwerpunkt der bilateralen Entwicklungszusammenarbeit bilden, geht Stamm (2006) bei der Analyse deutsch-brasilianischer Interessenkonvergenzen und –Divergenzen bezüglich globaler Strukturpolitik nicht näher auf dieses Thema ein. Auch Schirm (2007) berücksichtigt in seiner

---

bezeichnet ihre Zusammenarbeit mit Brasilien als eine strategische Partnerschaft (vgl. Maihold 2007) und Brasilien sieht China als einen strategischen Partner an (vgl. de Almeida 2006:15).

Analyse der Rolle Brasiliens in der globalen Strukturpolitik nicht das Politikfeld erneuerbare Energien. Wie diese Ausführungen verdeutlichen, ist die deutsch-brasilianische Zusammenarbeit auf dem Gebiet erneuerbarer Energien ein sehr aktuelles Thema, zu dem bisher keine wissenschaftlichen Studien mit Hinblick auf die Möglichkeiten zur Gestaltung globaler Strukturen existieren.

### **I.3. Theoretischer Rahmen und methodische Herangehensweise**

Eine angemessene Beantwortung der Fragestellungen in Hinblick auf das Ziel dieser Arbeit, einen Beitrag zur Beurteilung des Potenzials einer strategischen Partnerschaft zwischen Deutschland und Brasilien zu leisten, ist mit verschiedenen Anforderungen an den theoretischen Rahmen verbunden. Da strategisches Handeln voraussetzt, dass die betrachteten Akteure das eigene Vorgehen zum Erreichen bestimmter Ziele planen, ist eine gewisse Nähe zu Theorien rationalen Handelns erforderlich, welche vom methodologischen Individualismus ausgehen und Handeln auf Grundlage von Kosten-Nutzen-Abwägungen erklären. Die ökonomischen Versionen der Handlungstheorie scheinen jedoch für die folgende Analyse wenig geeignet zu sein, da diese mit sehr restriktiven Annahmen verbunden sind und all zu gerne die Realität aus den Augen verlieren. Zur Gewährleistung der praktischen Relevanz sollte der theoretische Rahmen daher an weichere Rationalitätsanforderungen gebunden sein und das Akteurhandeln nicht losgelöst vom sozialen Kontext analysieren. Da die vom BMZ angestrebte strategische Partnerschaft auf die Beeinflussung globaler Strukturen zielt, sollten des Weiteren Wechselwirkungen zwischen Akteur und Struktur berücksichtigt werden.

Ein Ansatz, der diese Anforderungen erfüllt, ist der akteurzentrierte Institutionalismus, der von Mayntz und Scharpf (1995) als Ansatz zur Forschungsheuristik für die interaktionsorientierte Policy-Analyse entwickelt wurde. Neben der Erklärung bestimmter politischer Ergebnisse dient dieser Ansatz auch der Einschätzung der Realisierbarkeit bestimmter politischer Optionen. Er verbindet dabei handlungstheoretische und institutionelle Paradigmen und führt politische Ergebnisse auf intentionales Handeln zurück, welches als begrenzt rational und sozial konstruiert verstanden wird. Die Spezifikation des allgemeinen Ansatzes, die Scharpf (2006) stärker auf grundlegende spieltheoretische Konzepte ausrichtet, erscheint aufgrund der analytischen Klarheit als besonders geeignet für die Beantwortung der Fragestellungen.

Der akteurzentrierte Institutionalismus ist eine Forschungsheuristik, die in unterschiedlichen politikwissenschaftlichen Teilbereichen eingesetzt werden kann. Mayntz und Scharpf wenden diesen Ansatz jedoch primär auf die innerstaatliche Ebene an,<sup>2</sup> während sich der Fokus dieser Arbeit auf die Interaktion von Staaten im internationalen System richtet. Um die Besonderheiten des Gegenstandsbereiches der IB zu berücksichtigen, werden die analytischen Konzepte Scharpfs mit Ansätzen aus dieser politikwissenschaftlichen Disziplin verbunden. Aufgrund der Gemeinsamkeiten mit dem akteurzentrierten Institutionalismus bieten sich hierfür insbesondere institutionalistische Ansätze der IB an.

Die erkenntnistheoretische Orientierung dieser Studie ist empirisch-analytischer Natur. Zur Analyse des betrachteten Falles wird eine qualitative Herangehensweise gewählt, wobei die nationalen Regierungen Deutschland und Brasiliens den Gegenstand dieser Sekundäranalyse bilden. Die theoretisch ausgerichteten Kapitel basieren vor allem auf einschlägiger wissenschaftlicher Literatur, ergänzt durch politische Dokumente. Der empirische Teil dieser Arbeit beruht primär auf offiziellen Informationen beider Regierungen. Hierbei bezieht sich die Arbeit vor allem auf Publikationen, Pressemitteilungen und Homepages der Regierungen sowie auf Reden und Artikel von Regierungsvertretern. Daneben sind offizielle Dokumente über die bilaterale Kooperation für den empirischen Teil von Bedeutung.

#### **I.4. Aufbau der Arbeit**

Da sich der Fokus dieser Arbeit auf die mit dem Ankerlandkonzept verbundene Neuorientierung der deutschen Entwicklungspolitik richtet und Entwicklungsstrategien nicht als losgelöste Konzepte betrachtet werden sollten, kontextualisiert das zweite Kapitel zunächst das Verständnis von Entwicklungspolitik als Beitrag zur globalen Strukturpolitik sowie das Ankerlandkonzept. Dieses Kapitel ist grundlegend für das Verständnis der entwicklungspolitischen Ziele der Bundesregierung sowie deren Entwick-

---

<sup>2</sup> Während die Forschungsschwerpunkte Scharpfs die Organisation von Ministerialverwaltungen, Föderalismus und europäische Integration sowie die politische Ökonomie von Wohlfahrtsstaaten, Arbeitslosigkeit und Inflation umfassen (vgl. Scharpf 2007), richtet Mayntz ihre Forschung vor allem auf Gesellschaftstheorie, politische Steuerung und Politikentwicklung, Wissenschaftsentwicklung und das Verhältnis zwischen Wissenschaft und Politik sowie transnationale Strukturen und transnationale Regelungsversuche (vgl. Mayntz 2008).

lungspolitik gegenüber den Ankerländern und daher für die Zielsetzung der vorliegenden Arbeit von entscheidender Bedeutung.

Zur Einschätzung des Potenzials einer strategischen Partnerschaft im Rahmen globaler Strukturpolitik ist ein klar definiertes Analyseraster erforderlich, welches theoretisch fundiert sein sollte. Im dritten Kapitel wird daher der theoretische Rahmen der weiteren Analyse entwickelt und davon das Analyseraster zur Operationalisierung der Fragestellungen abgeleitet. Wie oben bereits erläutert, basiert der theoretische Rahmen dieser Arbeit primär auf dem Ansatz des akteurzentrierten Institutionalismus in der Spezifikation Scharpfs, der jedoch aufgrund des hier behandelten Gegenstandsbereichs mit Ansätzen der IB ergänzt wird.

Der Fokus der folgenden Kapitel richtet sich auf die Empirie. In Analogie zu den Fragestellungen untergliedert sich der empirische Teil in drei Kapitel, wobei sich die Struktur der einzelnen Kapitel am erarbeiteten Analyseraster orientiert. Im vierten Kapitel werden die Fähigkeiten Deutschlands und Brasiliens zur Beeinflussung globaler Strukturpolitik untersucht, während im fünften Kapitel eine Analyse der Präferenzen beider Regierungen bezüglich der Förderung erneuerbarer Energien in der globalen Strukturpolitik erfolgt. In diesem Kapitel, welches den Schwerpunkt des empirischen Teils dieser Arbeit bildet, werden zuerst die Präferenzen beider Regierungen getrennt voneinander betrachtet und anschließend miteinander verglichen, um Aussagen bezüglich der Konvergenz der Präferenzen treffen zu können. Das sechste Kapitel beleuchtet schließlich die bestehende bilaterale Zusammenarbeit auf dem Gebiet der erneuerbaren Energien. Hierbei wird untersucht, inwiefern die bilaterale Kooperation zur Realisierung der im fünften Kapitel spezifizierten Präferenzen beiträgt.

Während jedes Kapitel mit einem Zwischenfazit endet, welches die Bedeutung des jeweiligen Kapitels für die gesamte Arbeit resümiert, fasst das abschließende Fazit die Ergebnisse dieser Arbeit zusammen, ergänzt um eine Bewertung der Ergebnisse und einen Ausblick.

## II. Entwicklungspolitik im Kontext der Globalisierung

In den 1990er Jahren taucht der Begriff der Globalisierung als ein neues Schlagwort auf, welches höchst unterschiedliche Assoziationen und Emotionen hervorruft. Auch in der Formulierung der deutschen Entwicklungspolitik tritt dieser Begriff in Erscheinung: Entwicklungspolitik wird nun als globale Strukturpolitik definiert, die nicht nur interne Rahmenbedingungen innerhalb der Entwicklungsländer verändern, sondern auch den Globalisierungsprozess politisch gestalten soll. Dieses Kapitel legt dar, warum die Gestaltung der Globalisierung als eine entwicklungspolitische Herausforderung gesehen wird. Dabei wird insbesondere der Zusammenhang zwischen Globalisierung, *global governance*, nachhaltiger Entwicklung und der Entwicklungspolitik der Bundesregierung aufgezeigt. Des Weiteren wird das Verständnis von Entwicklungspolitik als Beitrag zur globalen Strukturpolitik und das Ankerlandkonzept des BMZ näher erläutert.

### II.1. Globalisierung: Tendenzen und Herausforderungen für die Politik

Der mit dem Begriff der Globalisierung bezeichnete Prozess zunehmender grenzüberschreitender Interaktionen ist kein Phänomen, welches erst in den 1990er Jahren entsteht, sondern bereits auf den Beginn der europäischen Seefahrt und die Eroberung der sogenannten Neuen Welt zurückgeführt werden kann. Die Zunahme grenzüberschreitender Interaktionen beruht einerseits auf technischem Fortschritt insbesondere in den Bereichen Transport und Kommunikation. Andererseits sollte jedoch die Bedeutung politischer Entscheidungen als Bedingungsfaktoren der Globalisierung nicht unterschätzt werden. Im Anschluss an den 2. Weltkrieg galt beispielsweise die Förderung wirtschaftlicher Verflechtungen als vorrangiges politisches Instrument zur Sicherung von Völkerverständigung und Frieden. Neben Handelsliberalisierungen führten allgemeine Deregulierungen von Märkten zu einer Vermehrung und Verdichtung grenzüberschreitender Interaktionen, welche zudem durch das Ende des Systemwettbewerbs zwischen Ost und West begünstigt wurden (vgl. Enquete-Kommission "Globalisierung der Weltwirtschaft" 2002:49–52).

Die heutige Globalisierung unterscheidet sich jedoch sowohl in ihrem Ausmaß als auch in ihrer Qualität von der Vergangenheit, sie verläuft „farther, faster, deeper and



cheaper“ (Keohane & Nye 2000:108).<sup>3</sup> Keohane und Nye grenzen die heutige „thick globalization“ von der „thin globalization“ beispielsweise im Zuge der Seidenstraße ab: Die Seidenstraße führte zwar zu ökonomischen und kulturellen Interaktionen über die Grenzen hinweg, diese wirkten sich jedoch nur auf kleine Gruppen aus. Die heutige Globalisierung umfasst dagegen eine Vielzahl sowohl intensiver als auch extensiver Beziehungen, die das Leben sehr vieler Menschen beeinflussen (vgl. Keohane & Nye 2000:108, Keohane & Nye 2002:198–202), sowie Staaten und Gesellschaften in ein komplexes System wechselseitiger Interdependenz einbinden (vgl. Messner & Nuscheler 1999:385f.).

Die ökonomische Dimension dominiert zumeist die Wahrnehmung der Globalisierung. Die zunehmend weltweiten Verflechtungen beziehen sich jedoch nicht nur auf Märkte sowie auf Informationen und Wahrnehmungen, die Markttransaktionen begleiten. Die wachsende globale Interdependenz verfügt auch über eine ökologische Dimension: Die Emission von Treibhausgasen in einem Land wirkt sich z. B. ohne Rücksicht auf nationale Grenzen auf den globalen Klimawandel aus. Abgesehen davon ist die kulturelle Dimension der Globalisierung nicht zu vernachlässigen, im Zuge derer sich Leitbilder mit universellem Anspruch, wie z. B. Demokratie, Marktwirtschaft und Menschenrechte, herausbilden (vgl. Bohnet 2001:105–108; Keohane & Nye 2000:105ff., Keohane & Nye 2002:195–198; Messner & Nuscheler 1999:62f.).

Die Globalisierung ist kein Nullsummenspiel, die Integration von Märkten führt aufgrund von Effizienzgewinnen zu Wohlfahrtssteigerungen. Wissen ist zunehmend international verfügbar und auch die Möglichkeiten internationaler Vernetzungen weiten sich aus (vgl. Messner 2001:30f.). Des Weiteren ist davon auszugehen, dass mit zunehmenden Interdependenzen die Bereitschaft der Staaten zur Kooperation steigt. Nuscheler (2001:397) bezeichnet die Globalisierung sogar als „das weltgeschichtlich umfassendste Lernprojekt, das auch Industriegesellschaften von „Belehrungsgesellschaften“ zu „Lerngesellschaften“ mutieren lässt.

Die Globalisierung ist neben Chancen jedoch auch mit Risiken verbunden, sowohl auf der Ebene der Staaten als auch innerhalb von Gesellschaften bilden sich neben Gewinnern auch Verlierer heraus (vgl. Nuscheler 2000:472f.). Mit der zunehmenden Ver-

---

<sup>3</sup> Keohane und Nye beziehen sich mit dieser Aussage auf Friedman (1999:17), zitieren ihn jedoch nicht wörtlich.

netzung von immer mehr Subsystemen und Problemfeldern entstehen zudem systemische Wirkungsketten, die auch globale Systemrisiken hervorrufen können (vgl. Messner 2005:30, 35). Diese globalen Systemrisiken, zu denen u.a. die soziale Polarisierung der Welt, der transnationale Terrorismus, der globale Klimawandel und die Instabilitäten der globalen Finanzmärkte gezählt werden können, führen Industrie- und Entwicklungsländer in eine Weltrisikogesellschaft zusammen (vgl. Messner & Scholz 2005:19–24). Einzelne Staaten können diese Risiken, die zumeist als Nebenfolgen auf Entscheidungen im Modernisierungsprozess zurückzuführen sind, nicht mehr im Alleingang lösen (vgl. Beck 2007:24–42). Die Globalisierung erzeugt zudem neue Formen der Exklusion, Fragmentierung und Ungleichzeitigkeiten: Arbeitskräfte nicht wettbewerbsfähiger Branchen und Unternehmen werden aus dem Arbeitsmarkt ausgeschlossen und Länder im Weltmarkt marginalisiert, global vernetzte städtische Eliten koexistieren mit abgekoppelten ländlichen Bevölkerungsgruppen und die institutionellen politischen Strukturen können der Geschwindigkeit der ökonomischen Globalisierung kaum folgen (vgl. Messner 1999:52f.).

Während die Begrenzung der Risiken der Globalisierung, aber auch die Nutzung der mit ihr verbundenen Chancen, die Staaten vor neue Herausforderungen stellt, überfordern die grenzüberschreitenden Problemzusammenhänge die Steuerungsfähigkeit nationalstaatlich organisierter Politik (vgl. Messner 2001:30f., Messner 2005:27). Neben der externen Souveränität in den zwischenstaatlichen Beziehungen erodiert zunehmend auch die interne Souveränität der Staaten: Auch innerhalb ihrer nationalen Grenzen sind diese in einer wachsenden Zahl von Politikfeldern nicht in der Lage, Probleme im Alleingang zu lösen und deshalb auf die Kooperation mit privaten Akteuren angewiesen (vgl. Reinicke 1998:52–74). Diese zunehmenden Interdependenzen, die Staaten „unterlaufen und überwölben“ (Czempiel 1999:69), erfordern daher Anpassungsleistungen der politischen Institutionen und Instrumente, die den neuen Realitäten oft nicht gewachsen sind (vgl. CGG 1995:341f.; Hauchler 1999:23–29; Messner 2001:30f.).

## **II.2. Global Governance**

Diese mit dem Globalisierungsprozess verbundenen Änderungen der Rahmenbedingungen politischer Steuerung greift die Debatte um *global governance* auf, die Rosenau (1992) in der Disziplin der IB einleitet. In der von Rosenau verwendeten Form einer deskriptiven und analytischen Kategorie weist *global governance* auf Neuerungen

in den internationalen Beziehungen hin, wie z. B. die zunehmende Bedeutung der internationalen Ebene, die wachsende Relevanz privater Akteure und entsprechende Steuerungsprobleme des Nationalstaates. Untersucht werden hierbei insbesondere die Ursprünge, Funktionsweisen und Wirkungen neuer Formen politischer Regulierung (vgl. Hummel 2005:131f.). *Global governance* ist jedoch nicht nur als ein deskriptives oder analytisches Konzept zu sehen, gerade die normative Verwendung als wünschenswertes Programm zur Gestaltung der Weltpolitik ist von praktischer politischer Relevanz und daher auch für das Verständnis der deutschen Entwicklungspolitik von Bedeutung. In den folgenden Ausführungen wird daher das Konzept der *global governance* vor allem in seiner normativen Ausprägung vorgestellt.

Nach dem Ende des Kalten Krieges sahen reformorientierte Politiker aus dem Umfeld der großen Weltkommissionen<sup>4</sup> in den neuen weltpolitischen Rahmenbedingungen eine Chance für die friedliche und kooperative Gestaltung der Weltpolitik und gründeten zu diesem Zweck die Kommission für Weltordnungspolitik (CGG).<sup>5</sup> Der Abschlussbericht dieser Kommission orientiert sich zwar an den Argumenten und Begrifflichkeiten Rosenaus, etabliert *global governance* jedoch in der internationalen politischen Diskussion als ein normatives Konzept (vgl. Brand & Scherrer 2005:115f.; Enquete-Kommission "Globalisierung der Weltwirtschaft" 2002:45ff.; Hummel 2005:131f.).

Nach der Kommission für Weltordnungspolitik umfasst der Begriff *global governance* folgende Inhalte:

„Governance ist die Gesamtheit der zahlreichen Wege, auf denen Individuen sowie öffentliche und private Institutionen ihre gemeinsamen Angelegenheiten regeln. Es handelt sich um einen kontinuierlichen Prozess, durch den kontroverse und unterschiedliche Interessen ausgeglichen werden und kooperatives Handeln initiiert werden kann. Der Begriff umfasst sowohl formelle Institutionen und mit Durchsetzungsmacht versehene Herrschaftssysteme als auch informelle Regelungen, die von Menschen und Institutionen vereinbart und als im eigenen Interesse angesehen werden. (...) Auf globaler Ebene hat man unter Ordnungspolitik bisher vorwiegend das System der zwischenstaatlichen Beziehungen verstanden, doch

---

<sup>4</sup> Die Gründung der Kommission für Weltordnungspolitik ist auf die Initiative Brandts zurückzuführen, der für diesen Zweck neben Vertretern seiner Nord-Süd-Kommission Vertreter der Kommission für Abrüstung und Sicherheit, der Weltkommission für Umwelt und Entwicklung sowie der Kommission des Südens um sich versammelte (vgl. CGG 1995:xv).

<sup>5</sup> Die Stiftung Entwicklung und Frieden übersetzte den Begriff *global governance* mit Weltordnungspolitik. Da *governance* jedoch ein vielschichtiger Begriff ist, für den es keine direkte Entsprechung im Deutschen gibt, wird in dieser Arbeit außer zur Bezeichnung der Kommission der englischen Begriff beibehalten.

heute müssen auch Nichtregierungsorganisationen (...), Bürgerbewegungen, multinationale Konzerne und der globale Finanzmarkt mit einbezogen werden. (...) Es gibt weder ein einziges Modell oder eine einzige Form der Weltordnungspolitik, noch existiert eine einzige Ordnungsstruktur oder eine Gruppe solcher Strukturen. Es handelt sich um einen breit angelegten, dynamischen und komplexen Prozess interaktiver Entscheidungsfindung, der sich ständig weiterentwickelt und sich ändernden Gegebenheiten anpasst“ (Stiftung Entwicklung und Frieden 1995:4f.).

Das Konzept der *global governance* umfasst demnach Prozesse kollektiver Entscheidungsfindung sowie kollektiven Handelns staatlicher und nicht-staatlicher Akteure und plädiert für eine kooperative und anpassungsfähige Form der Problembearbeitung. *Global governance* ist dabei als ein Mittel zum Zweck anzusehen, das der effektiven Umsetzung politischer und gesellschaftlicher Ziele dient (vgl. Enquete-Kommission "Globalisierung der Weltwirtschaft" 2002:417). Es ist nicht mit *global government*, d.h. Weltregierung oder Weltstaat, gleichzusetzen, sondern integriert all diejenigen Akteure, die über die Fähigkeit verfügen, Ergebnisse zu erzielen (vgl. CGG 1995:xvi, 4). Da Regierungen und staatliche Zusammenschlüsse nicht allein über das Wissen um Wirkungszusammenhänge und die erforderlichen Fähigkeiten zur Rahmensetzung und Durchsetzung von Ordnungen verfügen, sind sie auf Know-how und Kooperation mit privaten Akteuren angewiesen (vgl. Messner 2005:40).

Nichtsdestotrotz gelten Staaten als primäre Akteure der *global governance*, da allein sie autoritative Entscheidungen treffen können. Sie werden durch private Akteure nicht ersetzt, sondern ergänzt (vgl. CGG 1995:4; Enquete-Kommission "Globalisierung der Weltwirtschaft" 2002:420f.; Keohane & Nye 2002:202–204; Nuscheler 2000:478). Des Weiteren erfüllen auch internationale Organisationen und internationale Regime im Rahmen von *global governance* wichtige Funktionen (vgl. Enquete-Kommission "Globalisierung der Weltwirtschaft" 2002:425f.; Messner 2005:38f.; Nuscheler 2000:476). Das auf Territorialität, Unabhängigkeit und Nichtintervention beruhende Souveränitätskonzept verliert mit zunehmender Interdependenz an Bedeutung und wird durch ein System geteilter Souveränitäten abgelöst, in dem Souveränität kollektiv gesichert wird, um staatliche Handlungsfähigkeit zu stabilisieren bzw. bereits verloren gegangene Gestaltungsräume zurückzugewinnen. Das Einfügen der Nationalstaaten in dieses System geteilter Souveränitäten wird also nicht als eine Einschränkung gesehen, sondern als eine Bedingung zur Ausweitung politischer Steuerungsfähigkeit in einer immer interde-

pendenteren Welt (vgl. CGG 1995:337; Messner 2001:35, Messner 2005:27f.; Reinicke 1998:62–74).

*Global governance* zeichnet sich durch netzwerkartiges Zusammenwirken von staatlichen und nicht-staatlichen Akteuren aus. Ziel ist nicht die hierarchische Steuerung und die Zentralisierung von Politik auf der Weltebene, sondern die vernetzte Mehrebenenpolitik, die lokale, nationale, regionale und globale Ebenen miteinander verbindet. Staaten geben hierbei Kompetenzen nach oben und unten ab, um nach dem Prinzip der Subsidiarität Problemlösungen auf derjenigen Ebene anzusiedeln, die sachlich und organisatorisch angemessen ist und auf der Probleme möglichst effizient und partizipativ behoben werden können (vgl. CGG 1995:4f.; Enquete-Kommission "Globalisierung der Weltwirtschaft" 2002:419ff., 450f.; Messner 2005:37ff.).

Die Herstellung einer effektiven *global governance* -Architektur ist mit einer Reihe von Schwierigkeiten und Herausforderungen verbunden. Neben der Lösung von Koordinationsproblemen im Rahmen der Mehrebenenpolitik ist hierbei insbesondere die inklusive und partizipative Gestaltung von Strukturen hervorzuheben, um Blockaden aufgrund von asymmetrischen Verhandlungsstrukturen verhindern sowie Entscheidungen innerhalb des Systems der *global governance* legitimieren zu können (vgl. CGG 1995:4ff.; Messner 1999:56). Diese angestrebte inklusive und partizipative Gestaltung von *global governance* bietet einen wichtigen Anknüpfungspunkt für eine Entwicklungspolitik im Sinne globaler Strukturpolitik.

### **II.3. Nachhaltige Entwicklung**

Wie oben bereits kurz angesprochen, verfolgt das BMZ mit der globalen Strukturpolitik das Ziel einer global nachhaltigen Entwicklung. Diese Zielsetzung soll in diesem Unterkapitel näher beleuchtet werden, indem der Hintergrund und die Inhalte des Konzeptes der nachhaltigen Entwicklung sowie dessen Konsequenzen für die Entwicklungspolitik dargestellt werden.

Der Club of Rome wies bereits in den 1970er Jahren auf die Idee der Begrenzung hin, die einen zentralen Aspekt des Konzeptes nachhaltiger Entwicklung darstellt (vgl. Meadows u.a. 1972). Während Vertreter der Modernisierungstheorien, die in den 1960er Jahren die entwicklungstheoretischen Diskussionen prägten, im wirtschaftlichen Wachstum eine zentrale Komponente von Entwicklung sahen und die Industrieländer als Vorbilder aller Entwicklungsprozesse darstellten, kritisierte der Club of Rome mit

dem Hinweis auf absolute Wachstumsgrenzen das wachstumzentrierte und ressourcenintensive Entwicklungsmodell der Industrieländer und damit verbunden das Konzept der nachholenden Entwicklung. Die Vertreter des Clubs of Rome forderten den Übergang von Wachstum zu einem wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Gleichgewicht, das die Befriedigung materieller Bedürfnisse sicherstellen sollte (vgl. Meadows u.a. 1972:17, 170-176).

In dem Bericht der von Brundtland geleiteten Kommission für Umwelt und Entwicklung (WCED) aus dem Jahr 1987 bildete das Konzept der nachhaltigen Entwicklung zum ersten Mal die Grundlage einer integrativen Politikstrategie (vgl. Enquete-Kommission "Globalisierung der Weltwirtschaft" 2002:393). Die Kommission verknüpfte Umwelt- und Entwicklungsfragen systematisch miteinander, indem sie den Zusammenhang zwischen Armut, Ungleichheit und Umweltproblemen untersuchte. Nachhaltige Entwicklung definiert die Kommission als eine Entwicklung, die „den Bedürfnissen der heutigen Generation entspricht, ohne die Möglichkeiten anderer Generationen zu gefährden, ihre eigenen Bedürfnisse zu befriedigen und ihren eigenen Lebensstil zu wählen“ (WCED 1987:xv). Im Mittelpunkt nachhaltiger Entwicklung steht demnach die Befriedigung von Grundbedürfnissen, für die auch wirtschaftliches Wachstum als notwendig erachtet wird. Im Gegensatz zum Club of Rome sieht die WCED keine absoluten, sondern nur relative Grenzen des Wachstums, „die vom Stand der Technik und der gesellschaftlichen Organisation der Fähigkeit der Umwelt auferlegt werden, gegenwärtige und zukünftige Bedürfnisse zu befriedigen“ (WCED 1987:8). Die Kommission löst damit den vermeintlichen Widerspruch zwischen Wirtschaftswachstum und Bedürfnisbefriedigung auf der einen Seite und Umweltschonung auf der anderen Seite auf.

Der Forderung der Brundtland-Kommission, umwelt- und entwicklungspolitische Entscheidungsprozesse miteinander zu verbinden, wurde fünf Jahre später auf dem Erdgipfel der Vereinten Nationen (VN) in Rio de Janeiro entsprochen. Die Konferenz der VN für Umwelt und Entwicklung verankerte die Erkenntnis in der internationalen Politik, dass Umwelt- und Entwicklungsprobleme über ein globales Ausmaß verfügen und nicht getrennt voneinander betrachtet werden können (vgl. Nuscheler 2006:382–384). In der Rio-Deklaration erkennen die Unterzeichnerstaaten die Beseitigung von Armut in den Entwicklungsländern als eine unabdingbare Voraussetzung für nachhaltige Entwicklung an und einigen sich auf ihre Rechte und Pflichten gegenüber der Umwelt, wo-

bei sie die Verantwortung der Industrieländer als Hauptverursacher globaler Umweltprobleme betonen (vgl. *Rio Declaration on Environment and Development* 1992). Als Aktionsplan für einen nachhaltigen Entwicklungsweg verabschiedeten die Staaten die Agenda 21, welche Wechselwirkungen ökologischer, sozialer und ökonomischer Aspekte beschreibt sowie die Notwendigkeit basisorientierter Lösungsansätze und der Etablierung querschnittsorientierter Institutionen unterstreicht. Die Staaten verpflichten sich hier zu dem Ziel, durch die „Vereinigung von Umwelt- und Entwicklungsinteressen (...) die Deckung der Grundbedürfnisse, die Verbesserung des Lebensstandards aller Menschen, einen größeren Schutz und eine bessere Bewirtschaftung der Ökosysteme und eine gesicherte, gedeihlichere Zukunft zu gewährleisten“ (*Agenda 21* 1992:Präambel Absatz 1.1). Diese Definition nachhaltiger Entwicklung ist damit umfassender als diejenige der Brundtland-Kommission.

Das auf dem Erdgipfel verbreitete Leitbild der nachhaltigen Entwicklung etablierte sich als ein neues Paradigma der umwelt- und entwicklungspolitischen Zusammenarbeit und bildet eine wichtige Orientierung für die inhaltliche Ausgestaltung von *global governance* (vgl. Enquete-Kommission "Globalisierung der Weltwirtschaft" 2002:393, 418). Thiel zählt die nachhaltige Entwicklung zu den großen Entwicklungstheorien,<sup>6</sup> wobei sie sich durch ihre teleologische Ausrichtung von den anderen Theorien unterscheidet: Ziel ist nicht die Erklärung von Entwicklung und Unterentwicklung, sondern allein die Definition von Zielsetzungen für künftige Entwicklungen (vgl. Thiel 2001:11–18). Im Zusammenhang mit dem Konzept einer auf nachhaltige Entwicklung ausgerichteten *global governance* bildet sich im Laufe der 1990er Jahre eine neue Phase der Entwicklungskooperation heraus: Die Entwicklungspolitik zielt nun nicht mehr allein auf die die Verbesserung von Bedingungen in den Entwicklungsländern über Wissens- und Finanztransfers von Nord nach Süd, sondern betont auch die Bedeutung gemeinsamer Such- und Lernprozesse zur Lösung grenzüberschreitender und globaler Probleme (vgl. Messner 2001:33).

---

<sup>6</sup> Neben der nachhaltigen Entwicklung gehören nach Ansicht Thiels die Modernisierungstheorie, die Dependenztheorie, das Zentralplanungsmodell, das neoliberale Modell, das Gänseflug-Modell staatlich gelenkter Privatwirtschaft und das Konzept der kulturellen Bedingtheit von Entwicklung zu den großen Entwicklungstheorien.

#### **II.4. Entwicklungspolitik als Beitrag zur globalen Strukturpolitik**

Ausgehend von dem parteiübergreifenden Konsens, die Bearbeitung globaler Zukunftsfragen und die Gestaltung der Globalisierung als zentrale Aufgaben der Entwicklungspolitik zu betrachten sowie isolierte Einzelprojekte durch Strukturhilfe abzulösen, um die Rahmenbedingungen für nachhaltige Entwicklung zu verbessern, definierte die Koalition aus SPD und Bündnis 90/Die Grünen in ihrer Koalitionsvereinbarung 1998 Entwicklungspolitik als globale Strukturpolitik (vgl. Vorstand der SPD 20. Oktober 1998:61) und spezifizierte dieses Konzept in der darauf folgenden Legislaturperiode (vgl. BMZ 2002b:4, BMZ 2004b:11–16; Hillebrand & Maihold 1999:41; Messner 2007:396). Die Inhalte des Verständnisses von Entwicklungspolitik als Beitrag zur globalen Strukturpolitik sollen im Folgenden näher beleuchtet werden.

Seit der Verabschiedung der Millenniumsentwicklungsziele (MDGs) im Jahr 2001 bilden diese Ordnungsrahmen und Messlatte für die deutsche Entwicklungspolitik. Der Beitrag des BMZ zur globalen Strukturpolitik richtet sich demnach an dem Ziel der Armutsbekämpfung und an dem Leitbild einer global nachhaltigen Entwicklung aus, wobei das BMZ unter nachhaltiger Entwicklung wirtschaftliche Leistungsfähigkeit, soziale Gerechtigkeit, ökologische Tragfähigkeit sowie politische Stabilität versteht. Um die weltweite Armut zu verringern, möchte das BMZ mit seinem Beitrag zur globalen Strukturpolitik die Chancen der Globalisierung gerechter verteilen und deren Risiken begrenzen (vgl. BMZ 2004b:11–16, BMZ 2005:ixf., 17-19).

Um diese Ziele zu erreichen, möchte die deutsche Entwicklungspolitik eine effektive Gestaltung der *global governance*-Architektur fördern. Die Entwicklungspolitik setzt dabei auf mehreren Ebenen an: Während in den Entwicklungsländern entwicklungsfreundliche Rahmenbedingungen gefördert werden sollen, tritt das BMZ innerhalb von Deutschland für eine verstärkte Politikkohärenz und entwicklungspolitische Bewusstseinsbildung ein. Zudem möchte es bei der Veränderung globaler Strukturen mitwirken, um Entwicklungsländer stärker in multilaterale Entscheidungsprozesse zu integrieren. Hierbei sollen die Handlungsspielräume der Entwicklungsländer erweitert und ihre Interessen stärker berücksichtigt werden. Abgesehen davon setzt sich die deutsche Entwicklungspolitik für eine stärkere Ausrichtung globaler Institutionen auf Armutsbekämpfung und Entwicklung ein. Faire internationale Rahmenbedingungen auf den Ebenen der Welthandels-, Weltfinanz- und Umweltordnung sollen die Voraussetzungen für



eine nachhaltige Entwicklung schaffen (vgl. BMZ 2004b:11–16, BMZ 2005:ix f., BMZ 2008a:15).

Das BMZ betont die Notwendigkeit der Zusammenarbeit mit einer Vielzahl von Akteuren, um die Herausforderungen der Globalisierung meistern zu können. Es hebt daher die Bedeutung von *public private partnerships* mit Wirtschaftsvertretern und der Zusammenarbeit mit zivilgesellschaftlichen Organisationen hervor. Auf diese Weise sollen die Kompetenzen, Fähigkeiten und Erfahrungen der verschiedenen Akteure gebündelt werden (vgl. BMZ 2004b:17, BMZ 2005:19). Um konstruktiv mit den eigenen Problemen und mit den Herausforderungen der Globalisierung umgehen zu können, soll die Handlungsfähigkeit der Staaten in den Entwicklungsländern gestärkt werden. Des Weiteren möchte das BMZ den Aufbau von Problemlösungskapazitäten im Rahmen regionaler Kooperations- und Integrationsprojekte unterstützen, um überforderte globale Institutionen zu entlasten und die Handlungspotenziale von Staaten, die im Zuge der Globalisierung auf der nationalen Ebene verloren gegangen sind, zurück zu gewinnen (vgl. BMZ 2002b:12f.; Messner 2007:406ff.).

Die Entwicklungspolitik der Bundesregierung bedarf der Legitimation durch die eigene Bevölkerung. Messner weist darauf hin, dass Entwicklungspolitik „aus aufgeklärtem Eigeninteresse“ (Messner 2007:416) nicht nur mit Menschenrechten, Solidarität oder auch außenwirtschaftlichen Interessen begründet werden kann. Deutschland profitiert auch von einer möglichen Steigerung der Legitimation und Effektivität der *global governance*-Architektur. Sind Akteure in den globalen Verhandlungssystemen marginalisiert oder gar nicht repräsentiert, so besteht die Gefahr, dass diese die globalen Organisationen und Regelwerke nicht akzeptieren und kooperative Problemlösungen verhindern. Gerade in Bereichen wie der globalen Umweltpolitik verfügen die Entwicklungsländer über eine Blockademacht, da hier dauerhafte Lösungen ohne ihre Beteiligung nicht möglich sind. Abgesehen davon sind nur leistungsfähige Staaten fähig, effektive Beiträge zur Umsetzung globaler Vereinbarungen sowie zur Lösung globaler Probleme zu leisten (vgl. Messner & Scholz 2005:28). Die deutsche Entwicklungspolitik im Sinne globaler Strukturpolitik kann nach Messner zudem als eine Investition in das soziale Kapital Deutschlands innerhalb des internationalen Systems angesehen werden: Indem die Entwicklungspolitik in Netzwerke verlässlicher Partner jenseits der OECD-Welt investiert und kooperative Partnerschaften in den Entwicklungsregionen aufbaut, fördert

sie die außenpolitische Gestaltungsfähigkeit der deutschen Bundesregierung (vgl. Messner 2007:416–419).

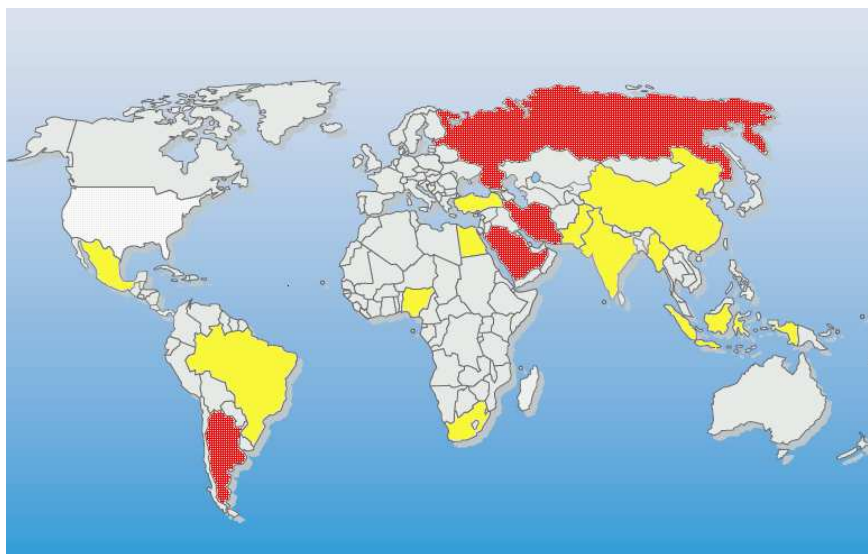
### **II.5. Das Ankerlandkonzept**

Zielt die Entwicklungspolitik nicht mehr nur auf die Veränderung interner Rahmenbedingungen innerhalb von Entwicklungsländern, sondern möchte sie auch auf die Veränderung globaler Strukturen einwirken, so erfordert die Umsetzung dieser anspruchsvolleren Gestaltungsziele auch eine Anpassung der entwicklungspolitischen Instrumente. Partner einer Entwicklungspolitik als Beitrag zur globalen Strukturpolitik können dabei nicht nur die ärmsten Staaten sein, sondern müssen diejenigen Staaten umfassen, die zur Beeinflussung globaler Strukturen fähig sind. Als neues Kooperationskonzept mit diesen in den internationalen Beziehungen bedeutsamen Staaten entwarf das DIE im Auftrag des BMZ das Ankerlandkonzept (vgl. Stamm 2004). Dieses Ankerlandkonzept soll im Folgenden näher betrachtet werden. Hierbei soll insbesondere auf die Definition der Ankerländer und der ihnen zugesprochenen Bedeutung sowie auf die Ziele und Instrumente der Entwicklungskooperation mit diesen Ländern eingegangen werden.

Das DIE betrachtet Länder mit einem hohen Anteil an der Wirtschaftsleistung ihrer Region als potenziell bedeutsame Partner bei der Gestaltung globaler Strukturen. Ausgehend von den Weltentwicklungsindikatoren der Weltbank und der dort vorgenommen regionalen Aufgliederung werden diejenigen Länder als Ankerländer definiert, die über den höchsten Anteil am regionalen Bruttoinlandsprodukt (BIP) oder zumindest über 20 Prozent des regionalen BIP, abzüglich der Wirtschaftsleistung des größten Landes, verfügen. Auf der folgenden Seite bietet Abbildung 1 einen Überblick über die insgesamt ermittelten fünfzehn Ankerländer. Während das BMZ mit den in roter Farbe abgebildeten Ankerländern Argentinien, Russland, Iran und Saudi-Arabien nicht zusammenarbeitet, sind die elf auf der Karte gelb schattierten Ankerländer Kooperationspartner des BMZ: China, Indonesien und Thailand in der Region Ostasien und Pazifik, Brasilien und Mexiko in Lateinamerika, die Türkei in der Region Europa/Zentralasien, Ägypten im Nahen Osten und Nordafrika, Indien und Pakistan in Südasien sowie Süd-

afrika und Nigeria in Afrika südlich der Sahara.<sup>7</sup> Ankerländer sind dabei nicht mit Schwellenländern zu verwechseln, die das DIE als Länder definiert, welche einen relativ hohen Stand der menschlichen Entwicklung erreicht haben und gleichzeitig über die Wettbewerbsvoraussetzungen verfügen, um diesen Entwicklungsstand zu halten bzw. weiter zu erhöhen.<sup>8</sup> Mit Brasilien und Mexiko erfüllen nur zwei Ankerländern gleichzeitig auch die Kriterien eines Schwellenlandes (vgl. Stamm 2004:10–16).

**Abb. 1: Die Ankerländer**



**Quelle: Darstellung der Autorin**

Ankerländer sind nach Ansicht des DIE innerhalb ihrer jeweiligen Region sowohl ökonomisch als auch politisch von Bedeutung: Kleine Entwicklungsländer sind häufig in ihrem Außenhandel stark auf die regionalen Ankerländer bezogen, Ankerländer spielen eine wichtige Rolle in regionalen Integrationsprozessen und erfüllen zudem in ihrer jeweiligen Region Leitbildfunktionen. Der Begriff Ankerland soll jedoch nicht auf eine stabilisierende Funktion dieser Länder hinweisen, die Länder können innerhalb ihrer Regionen sowohl positive als auch negative Rollen übernehmen (vgl. Stamm 2004:7, Stamm 2005:122, 130f.).

Das ökonomische und politische Gewicht der Ankerländer beschränkt sich nicht auf ihre jeweilige Region, auch bei der Entwicklung von Lösungskonzepten für Pro-

<sup>7</sup> Mit Thailand und der Türkei wird die entwicklungspolitische Zusammenarbeit in den nächsten Jahren allerdings auslaufen (vgl. BMZ a).

<sup>8</sup> Die Bestimmung von Schwellenländern richtet sich nach folgenden Indizes: Human Development Index, Growth Competitiveness Index, Business Competitiveness Index, Freedom of the World Survey

bleme im Weltmaßstab und für Aushandlungsprozesse im Rahmen globaler Strukturpolitik werden sie als maßgebliche Akteure betrachtet. Ankerländer engagieren sich zunehmend in der Gestaltung internationaler Beziehungen: Bei den Verhandlungen der World Trade Organization (WTO) in Cancún beispielsweise traten Ankerländer als selbstbewusste Interessenvertreter der Entwicklungsregionen auf, die Ankerländer Brasilien, Indien und Südafrika setzen sich im Rahmen des 2003 gegründeten *India, Brazil and South Africa Forum* (IBSA) für eine Stärkung des Multilateralismus des Südens ein, und zwei Drittel der ermittelten Ankerländer sind Mitglieder der G-20, in der seit 1999 Maßnahmen zur Erhöhung der Stabilität des internationalen Finanzsystems diskutiert werden (vgl. Stamm 2004:7–11, Stamm 2005:122–131).

Im Gegensatz zu der Entwicklungszusammenarbeit mit anderen Ländern sollen in der Zusammenarbeit mit Ankerländern entwicklungspolitische Wirkungen nicht primär innerhalb dieser Länder, sondern in der jeweiligen Region und darüber hinaus erzielt werden. Das BMZ möchte die Gestaltungskraft von Ankerländern bei der Mitwirkung an internationalen Prozessen stärken und dabei so weit wie möglich an dem deutschen Gestaltungsinteresse im Bereich der globalen Strukturpolitik ausrichten. Im Fokus der Zusammenarbeit mit den Ankerländern stehen vor allem die MDGs der Reduzierung von absoluter Armut (MDG 1) und der Förderung einer ökologisch nachhaltigen Entwicklung (MDG 7). Während Indien, China, Nigeria, Äthiopien und Bangladesch als besonders relevante Länder für die Armutsbekämpfung identifiziert werden, gelten Brasilien, Indonesien und Mexiko als entscheidende Partner für das Erreichen des Ziels einer global nachhaltigen Entwicklung, da diese Länder bezüglich der globalen Entwicklungsproblematik und der Menge an global emittierten Treibhausgasen überdurchschnittliche Werte vorweisen (vgl. BMZ 2004a:8, BMZ 2005:122; Stamm 2004:10, 16–19).

Aufgrund der gesteigerten wirtschaftlichen und politischen Rolle der Ankerländer im regionalen und globalen Kontext, ihrer Bedeutung hinsichtlich globaler Herausforderungen und ihres zunehmenden Selbstbewusstseins bei der Gestaltung internationaler Politiken weist das DIE auf die Notwendigkeit neuer Formen der Entwicklungskooperation mit den Ankerländern hin, die sich an den Angebotsstärken Deutschlands

---

sowie Environmental Performance Index. Als Schwellenländer gelten demnach Brasilien, Chile, Costa Rica, Mauritius, Mexiko, Uruguay, Malaysia und Trinidad and Tobago.

orientieren sollten. Die Bereiche der Umwelttechnik und der erneuerbaren Energien werden dabei besonders hervorgehoben (vgl. Stamm 2004:7, 20-22). Das BMZ möchte aus diesem Hintergrund die Entwicklungszusammenarbeit mit den Ankerländern zu strategischen Partnerschaften weiterentwickeln, im Rahmen derer gemeinsame Interessen in der globalen Strukturpolitik verfolgt werden. Neben der Vertiefung der politischen, kulturellen, wissenschaftlich-technologischen sowie wirtschaftlichen Zusammenarbeit in Abstimmung mit anderen Bundesministerien soll auch ein verstärktes privatwirtschaftliches Engagement insbesondere deutscher Unternehmen in den Ankerländern unterstützt werden (vgl. BMZ 2004a:8-14).

## II.6. Zwischenfazit

Die Neuorientierung der deutschen Entwicklungspolitik hin zur Gestaltung globaler Strukturen lässt sich auf die in den 1990er Jahren beginnende Globalisierungsdebatte zurückführen und muss im Zusammenhang mit *global governance* und nachhaltiger Entwicklung analysiert werden, welche sich ebenfalls im Laufe der 1990er Jahre als übergeordnete Konzepte der Entwicklungspolitik herausbildeten.

Der als Globalisierung bezeichnete Prozess zunehmender grenzüberschreitender Interaktionen bindet Staaten und Gesellschaften in ein komplexes System wechselseitiger Interdependenzen ein. Während die Nutzung der Chancen der Globalisierung und die Minimierung ihrer Risiken die Staaten vor neue Herausforderungen stellt, sinkt die Fähigkeit der Staaten, politische Probleme im Alleingang zu lösen. Diese veränderten Rahmenbedingungen politischer Steuerung greift die Debatte um *global governance* auf. In der normativen Verwendung als wünschenswertes Programm zur Gestaltung von Weltpolitik steht *global governance* für das kooperative Zusammenwirken von staatlichen und nicht-staatlichen Akteuren zur kollektiven Sicherung politischer Steuerungsfähigkeit. Für die inhaltliche Ausgestaltung von *global governance* bietet das Konzept der nachhaltigen Entwicklung, das die Bedürfnisbefriedigung gegenwärtiger und zukünftiger Generationen in den Mittelpunkt stellt, eine wichtige Orientierung. Seitdem sich die Staaten auf dem Erdgipfel in Rio 1992 zu dem Leitbild nachhaltiger Entwicklung bekannten, bildet dieses das neue Paradigma der umwelt- und entwicklungspolitischen Zusammenarbeit.

Für die Umsetzung des Ziels einer global nachhaltigen Entwicklung erachtet das BMZ die Reform globaler Strukturen als notwendig, welche vor allem zu einer effekti-

verer Gestaltung von *global governance* beitragen soll. Um eine stärkere Integration der Entwicklungsländer in multilaterale Entscheidungsprozesse und den Ausbau der Problemlösungsfähigkeiten innerhalb dieser Länder zu fördern, möchte das BMZ die Entwicklungsländer stärker an der Lösung globaler Probleme beteiligen. Dabei möchte es vor allem mit den Ankerländern kooperieren, da es diesen aufgrund ihrer regionalen wirtschaftlichen Bedeutung die Fähigkeit zur Beeinflussung globaler Strukturen zuspricht. Die deutsche Entwicklungspolitik soll daher in Rahmen von strategischen Partnerschaften die Gestaltungskraft der Ankerländer bei der Mitwirkung an internationalen Prozessen und der Lösung globaler Herausforderungen stärken und diese dabei so weit wie möglich an deutschen Interessen ausrichten. Die vorliegende Arbeit untersucht, ob die deutsch-brasilianische Entwicklungskooperation ein Potenzial für die Realisierung dieser anspruchsvollen Ziele bietet. Bevor auf das ausgewählte Fallbeispiel eingegangen wird, soll zunächst der theoretischen Rahmen der weiteren Analyse vorgestellt werden.

### III. Theoretischer Rahmen der weiteren Analyse

Ziel dieses Kapitels ist die Entwicklung eines Analyserasters zur Operationalisierung der Fragestellungen. Zu diesem Zweck wird zunächst der für den theoretischen Rahmen dieser Arbeit zentrale Ansatz des akteurzentrierten Institutionalismus vorgestellt. Anschließend soll dieser mit institutionalistischen Ansätzen der IB verbunden werden und die im akteurzentrierten Institutionalismus grundlegenden Konzepte des institutionellen Kontextes und des Akteurs in Hinblick auf die Interaktion von Staaten im internationalen System konkretisiert werden. Das Kapitel endet mit der Ableitung des Analyserasters.

#### III.1. Der akteurzentrierte Institutionalismus

In den Sozialwissenschaften bilden die Paradigmen des *homo oeconomicus* und des *homo sociologicus* zwei Pole, die oft als unvereinbar angesehen werden. Die ökonomische Rational-Choice-Theorie basiert auf dem Weltbild egoistisch handelnder Individuen, deren Verhalten auf Kosten-Nutzen-Kalkülen basiert. Die Präferenzen bzw. Interessen der Individuen werden hierbei nicht empirisch ermittelt, sondern theoretisch angenommen. Individuen streben demnach nach der Maximierung ihres oft nicht näher spezifizierten Nutzens, während Politikern zumeist das Ziel der Maximierung von Macht unterstellt wird. In der Annahme unbegrenzter Informationsverarbeitungskapazitäten wählt der *homo oeconomicus* nach der Logik der Konsequentialität stets diejenige Option, die seinen Nutzen maximiert. Normorientierte Theorien setzten sich von diesem individualistischen Ansatz ab und konzentrieren ihre Analyse auf Strukturen bzw. Normen. Soziale Normen konstituieren demnach die Akteure, indem sie definieren, wer ein Akteur ist und über welche grundlegenden Rechte und Pflichten dieser verfügt. Der *homo sociologicus* maximiert nicht seinen Nutzen, sondern erfüllt seine soziale Rollen, die sein Selbstverständnis formen und festlegen, welches Verhalten sozial angemessen ist. Nach der Logik der Angemessenheit wählen die Akteure also diejenige Handlung, von der die Akteure aufgrund ihrer Überzeugung annehmen, dass sie am weitestgehenden mit bestehenden Normen übereinstimmt (vgl. Rittberger 2004:7–10; Scharpf 2006:47–50; Zangl & Zürn 1999:924ff.).

Die Paradigmen des *homo oeconomicus* und des *homo sociologicus* und die damit verbundenen individualistische bzw. strukturalistische Methodologien müssen jedoch

nicht als unvereinbare Gegensätze angesehen werden. Der von Mayntz und Scharpf (1995) entwickelte Ansatz des akteurzentrierten Institutionalismus wählt einen Mittelweg zwischen diesen beiden Polen. Scharpf (2006) spezifiziert den allgemeinen gemeinsamen Ansatz näher und legt dabei ein stärkeres Gewicht auf analytische Werkzeuge, die im weiteren Sinne der Spieltheorie zugeordnet werden können (vgl. Scharpf 2006:17f.). Die folgenden Ausführungen stellen die grundlegenden Züge des akteurzentrierten Institutionalismus vor, wobei vor allem auf die Spezifikation Scharpfs Bezug genommen wird.

Der akteurzentrierte Institutionalismus ist ein Ansatz der Forschungsheuristik für die interaktionsorientierte Policy-Analyse, der neben der Erklärung vergangener politischer Entscheidungen der Einschätzung der politischen Realisierbarkeit bestimmter Politikoptionen dient. Er ist dabei nicht als ein Erklärungsmodell anzusehen, sondern soll lediglich die wissenschaftliche Aufmerksamkeit auf bestimmte Aspekte der Wirklichkeit lenken (vgl. Mayntz & Scharpf 1995:39; Scharpf 2006:64). Der Ansatz des akteurzentrierten Institutionalismus integriert handlungstheoretische und institutionalistische Paradigmen, um eine größere Übereinstimmung zwischen den theoretischen Perspektiven und der beobachteten Realität politischer Interaktionen gewährleisten zu können (vgl. Scharpf 2006:74). Politische Entscheidungen werden als Ergebnis intentionalen Handelns gesehen, welches als begrenzt rational und sozial konstruiert gilt. Die Intentionen eines Individuums hängen von dessen Wahrnehmungen und Präferenzen ab. Individuelles Handeln basiert folglich nicht auf der objektiven, sondern auf der wahrgenommenen Realität sowie auf angenommenen kausalen Zusammenhängen. Entscheidend für das Handeln sind daneben nicht objektive Bedürfnisse, sondern subjektive Interessen, Wertungen und normative Vorstellungen (vgl. Scharpf 2006:47f.).

Scharpf definiert Institutionen als Regelwerke, die offenstehende Handlungsverläufe strukturieren, indem sie gebotene, verbotene und erlaubte Handlungen festlegen. Hierbei ist von Bedeutung, dass die Verletzung dieser Regelwerke, die sowohl formale rechtliche Regeln als auch soziale Normen umfassen, mit Sanktionen verbunden sind<sup>9</sup> (vgl. Scharpf 2006:77). Institutionen werden sowohl als abhängige als auch als unabhängige Variablen betrachtet: Einerseits können Akteure die Institutionen absichtsvoll

---

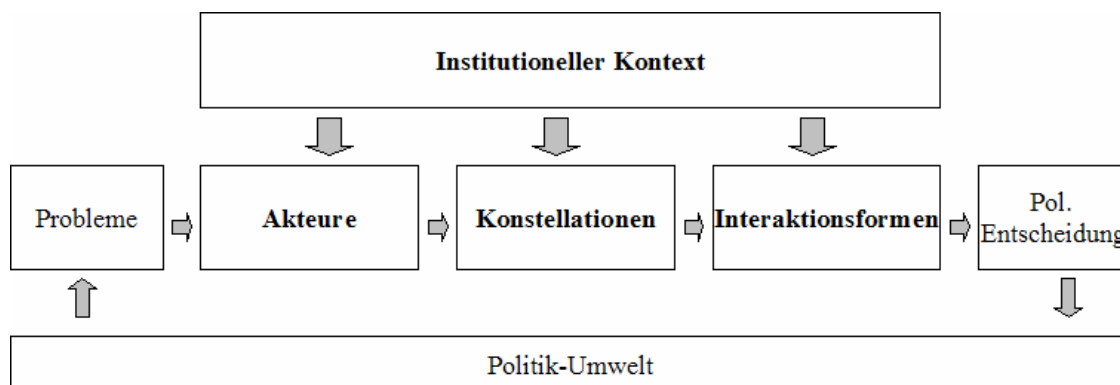
<sup>9</sup> Diese Definition weist Ähnlichkeiten mit der Definition von Institutionen von North (1990:3–10), Bates u.a. (1998:8–10) sowie der Definition von Regeln bei Ostrom, Gardner & Walker (1994:38–40) auf.



gestalten und verändern, andererseits bilden institutionelle Faktoren den stimulierenden, ermöglichenden oder auch restringierenden Handlungskontext (vgl. Mayntz & Scharpf 1995:43). Institutionen sind in zeitlicher und räumlicher Hinsicht variabel, gelten jedoch innerhalb ihres jeweiligen Bereiches als relativ stabil. Sie konstituieren die Akteure und bestimmen weitgehend deren Handlungsmöglichkeiten, Präferenzen und Wahrnehmungen, determinieren jedoch weder deren Entscheidungen noch die Interaktionsergebnisse (vgl. Mayntz & Scharpf 1995:45, 49; Scharpf 2006:76-84, 319).

Scharpf richtet seinen Fokus auf die strategischen Handlungen und Interaktionen zweckgerichteter Akteure. Wie in Abbildung 2 ersichtlich, erfolgt die Erklärung politischer Entscheidungen bzw. die Einschätzung der politischen Realisierbarkeit bestimmter Politikoptionen in Anlehnung an die Spieltheorie über drei Stufen: der Analyse von Akteuren, Akteurkonstellationen und Interaktionsformen.

**Abb. 2: Der Gegenstandsbereich des akteurzentrierten Institutionalismus**



**Quelle: Scharpf 2006:85**

Dem methodologischen Individualismus zufolge können nur Individuen handeln. Da Individuen in politischen Prozessen jedoch üblicherweise im Interesse und aus der Perspektive größerer Einheiten handeln, umfasst das Konzept des Akteurs bei Scharpf neben Individuen auch komplexe Akteure (vgl. Scharpf 2006:35). Der Gebrauch von akteurtheoretischen Konzepten oberhalb der individuellen Ebene setzt allerdings voraus, dass die beteiligten Akteure ein gemeinsames Ziel verfolgen und die übergeordnete Einheit über interpersonale Informationsverarbeitung und Präferenzintegration zu intentionalem Handeln fähig ist. Individuelles Verhalten sollte nach Scharpf stets auf diejenige individuelle oder soziale Einheit bezogen werden, in deren Namen gehandelt wird

und aus deren Perspektive intentionale Entscheidungen erklärt werden können (vgl. Scharpf 2006:97, 101, 107f., 112).

Die Akteure werden über ihre Fähigkeiten und Handlungsorientierungen charakterisiert. Die Fähigkeiten umfassen alle Handlungsressourcen, die einem Akteur die Möglichkeit geben, ein Ergebnis in bestimmter Hinsicht und zu einem gewissen Grad zu beeinflussen. Als primäre Quellen solcher Handlungsressourcen gelten institutionelle Regeln, die u.a. Kompetenzen zuweisen und Partizipations- und Vetorechte oder auch das Recht zur autonomen Entscheidung definieren. Daneben zählt Scharpf auch persönliche Merkmale, wie z. B. physische Stärke, Intelligenz, Human- und Sozialkapital,<sup>10</sup> materielle Ressourcen, wie z. B. Geld, Land oder auch militärische Macht, sowie technologische Ressourcen und einen privilegierten Informationszugang zu den Handlungsressourcen eines Akteurs (vgl. Scharpf 2006:86f.).

Da die subjektive Handlungsorientierung nicht direkt beobachtet werden kann, zerlegt Scharpf dieses Konzept in Bestandteile, deren Inhalte leichter durch Indikatoren bestimmt werden können, welche institutionell geprägt und empirisch zu beobachten sind. Mit dieser Vorgehensweise soll verhindert werden, dass die subjektive Handlungsorientierung von den tatsächlichen Handlungsverläufen abgeleitet wird und die Forschungsergebnisse Tautologien anstelle von Erklärungen liefern (vgl. Scharpf 2006:110). Das Konzept der Handlungsorientierung besteht aus den Komponenten der Wahrnehmung und der Präferenzen. Die Wahrnehmung eines Akteurs wird als sozial konstruiert und institutionell geformt angesehen. Scharpf geht nicht von allwissenden Akteuren aus, sondern nimmt an, dass der Wissensstand zwischen allen Akteuren in einer institutionalisierten Interaktion übereinstimmt und somit auch für den Forscher zugänglich ist. In Anlehnung an Goldstein & Keohane (1993) geht Scharpf von der Arbeitshypothese aus, dass direkt beobachtbare Tatsachen empirisch zutreffend wahrgenommen werden, während nicht direkt beobachtbare Tatsachen und kausale Beziehungen von denjenigen Theorien abgeleitet werden, die in dem jeweiligen institutionellen Kontext dominieren. Eine Abweichung von dieser Arbeitshypothese erfolgt, sofern es Anhaltspunkte dafür gibt, dass Akteure auf Grundlage unterschiedlicher Theorien handeln (vgl. Scharpf 2006:42, 114-116).

---

<sup>10</sup> Bezüglich des Sozialkapitals verweist Scharpf auf Coleman (1990:300–321).

In Abgrenzung zur ökonomischen Rational-Choice-Theorie betont Scharpf, dass die Inhalte der Präferenzen nicht als objektiv angenommen werden können, sondern empirisch zu bestimmen sind. Die Präferenzen basieren seiner Ansicht nach in erster Linie auf dem institutionellen Eigeninteresse, welches die grundlegende Präferenz von Akteuren für Selbsterhaltung bzw. Sicherung des Fortbestandes der Organisation, Autonomie und Wachstum widerspiegelt. Sie werden jedoch auch durch normative Orientierungen bzw. Rollenerwartungen geprägt. In Anlehnung an Luhmann (1966:112–118) bestimmen Normen sowohl im Sinne von Restriktionen die notwendigen Bedingungen für bestimmte Handlungen als auch die Zwecke, die mit einer Handlung erreicht werden sollen. Hierbei ist zu beachten, dass normativ definierte organisatorische Ziele oder Mandate für die Präferenzen eines komplexen Akteurs von großer Bedeutung sind. Normative Rollenerwartungen werden von allen Teilnehmern einer Interaktion geteilt und sind daher auch für den Forscher leicht zugänglich. Da die verschiedenen Aspekte der Präferenzen kein hierarchisch geordnetes und logisch konsistentes System bilden müssen und auch Konflikte zwischen den einzelnen Komponenten denkbar sind, ist die Fähigkeit zur Bildung einer eigenen Identität von Bedeutung: Akteure können eigene Interessen und Normen definieren und einzelne Aspekte daraus besonders hervorheben. Die Definition der eigenen Identität erleichtert dabei nicht nur die eigene Entscheidungsfindung, sondern verringert auch die Unsicherheit für die Interaktionspartner (vgl. Scharpf 2006:42, 116-121).

Die Akteurkonstellation umfasst all das Wissen, welches dem Forscher über die an der betrachteten politischen Interaktion beteiligten Akteure zur Verfügung steht. Sie setzt sich aus den beteiligten Spielern, den möglichen Handlungsoptionen bzw. Strategien, sowie den Wahrnehmungen und Bewertungen der erreichbaren Ergebnisse zusammen. Die Akteurkonstellation stellt die statische Repräsentation der Divergenz bzw. Konvergenz von Handlungspräferenzen dar und spiegelt somit das Konfliktniveau der betrachteten Interaktion wider (vgl. Scharpf 2006:42, 128f.).

Bei der Erklärung bzw. der Vorhersage eines wahrscheinlichen politischen Ergebnisses sollte zudem der Modus der Interaktionen berücksichtigt werden. Die Interaktionsformen transformieren die Akteurkonstellationen in politische Entscheidungen, wobei eine gegebene Akteurkonstellation je nach Interaktionsmodus – zu denen Scharpf einseitiges Handeln, Verhandlungen, Mehrheitsentscheidungen und hierarchische Steue-

rung zählt – unterschiedliche politische Ergebnisse hervorbringen kann. Die Interaktionsformen sind, wie in Tabelle 1 ersichtlich, mit unterschiedlichen institutionellen Anforderungen verbunden, so dass der institutionelle Kontext die jeweils möglichen Interaktionsformen im Sinne einer Möglichkeitsgrenze beschränkt: Institutionell anspruchsvollere Interaktionsformen werden nicht zugelassen, weniger anspruchsvollere Optionen können jedoch nicht ausgeschlossen werden (vgl. Scharpf 2006:90–92).

**Tab. 1: Interaktionsformen und institutioneller Kontext**

	Institutioneller Kontext			
	Anarch. Felder und minimale Inst.	Netzwerke, Regime und Zwangsv.	Verbände und repräs. Versamml.	Hierarch. Organisationen und der Staat
Einseitiges Handeln	X	X	X	X
Verhandlungen	(X)	X	X	X
Mehrheitsentscheidungen	-	-	X	X
Hierarchische Steuerung	-	-	-	X

**Quelle: Scharpf 2006:91**

Bilden anarchische Felder oder minimale Institutionen das institutionelle Umfeld, so sieht Scharpf das einseitige Handeln als einzig mögliche Interaktionsform an. Ein anarchisches Feld bezeichnet einen institutionsfreien Kontext, in dem Akteure ohne wechselseitige Verpflichtungen und ohne bereits existierende Beziehungen zueinander interagieren. Existiert dagegen ein Rechtssystem, welches u.a. Eigentumsrechte schützt und das Abschließen von rechtlich verbindlichen Verträgen ermöglicht, so bilden minimale Institutionen den Kontext der Interaktionen. Scharpf hebt hervor, dass einseitiges Handeln interdependenter Akteure in der Regel mit negativen Wohlfahrts- und Verteilungswirkungen verbunden ist (vgl. Scharpf 2006:43, 167-195).

Verhandlungen stellen im institutionellen Kontext von minimalen Institutionen, Netzwerken, Regimen oder auch Zwangsverhandlungssystemen die institutionell anspruchsvollste Interaktionsform dar und dienen der Realisation von Kooperationsgewinnen. Netzwerke können aus der Häufigkeit freiwilliger dyadischer Interaktion als informelle und selbst organisierte Strukturen entstehen, welche die Interaktion von Akteuren langfristig prägen, indem sie Vertrauen schaffen sowie die Transaktionskosten von Interaktionen senken und damit die Gefahr opportunistischen Verhaltens verringern (vgl. Scharpf 2006:231–240). In Abgrenzung zu dem informellen Charakter von Netz-

werken stellen Regime absichtsvoll geschaffene normative Bezugsrahmen dar, welche die Interaktion zwischen einer formell festgelegten Anzahl von Akteuren steuern.<sup>11</sup> Diese Akteure erklären sich explizit dazu bereit, bestimmte Interessenpositionen anderer Parteien zu respektieren, bestimmte Ziele gemeinsam zu verfolgen sowie bestimmte Verfahren in zukünftigen Interaktionen zu beachten. Sind die beteiligten Akteure einer Interaktion rechtlich oder faktisch nicht in der Lage, ihre Ziele durch einseitiges Handeln zu erreichen und hängt das gemeinsame Handeln von der annähernd einstimmigen Billigung aller Parteien ab, so bilden Zwangsverhandlungssysteme das institutionelle Umfeld. Scharpf betont, dass freiwillige Verhandlungen im Allgemeinen selbst bei günstigen institutionellen Bedingungen mit hohen Transaktionskosten verbunden sind, die exponentiell mit der Anzahl der beteiligten Akteure steigen (vgl. Scharpf 2006:241-249).

Handlungen einer Vielzahl von Akteuren können jedoch mit vergleichsweise geringen Transaktionskosten koordiniert werden, wenn kollektiv verbindliche Entscheidungen durch Mehrheitsabstimmungen oder hierarchische Steuerung herbeigeführt werden können. Diese Interaktionsformen sind nur im institutionellen Rahmen repräsentativer Versammlungen bzw. hierarchischer Organisationen möglich. Während bei Mehrheitsentscheidungen kollektiv verbindliche Entscheidungen getroffen werden können, die gegen die Präferenzen einer Minderheit verstoßen, bietet hierarchische Steuerung einzelnen Akteuren die Möglichkeit, sich über die Präferenzen anderer Akteure hinwegzusetzen und deren Entscheidungen zumindest teilweise zu bestimmen.<sup>12</sup> Hierarchische Steuerung kann zwar die Transaktionskosten politischer Koordination beseitigen, jedoch nur dann wohlfahrtsmaximierend wirken, wenn sich die Inhaber hierarchischer Autoritätspositionen ausschließlich am Gemeinwohl orientieren und zudem in der Lage sind, alle erforderlichen Informationen zu erhalten und richtig zu verarbeiten (vgl. Scharpf 2006:43f., 251-255, 282-286).

Der Ansatz des akteurszentrierten Institutionalismus bildet den grundlegenden Rahmen für die Ableitung des Analyserasters. Dieser sehr allgemein formulierte Ansatz, der sich jedoch primär an politischen Interaktionen innerhalb von Staaten orientiert, soll

---

<sup>11</sup> Scharpf verweist auf Krasner (1983a) und hebt hervor, dass das Konzept des Regimes zwar in den Internationalen Beziehungen entwickelt wurde, jedoch auch im innerstaatlichen Bereich angewendet werden kann.

<sup>12</sup> Diese Definition hierarchischer Steuerung orientiert sich an March & Simon (1959).

im Folgenden mit institutionalistischen Ansätzen der IB verbunden und in Hinblick auf den Untersuchungsgegenstand dieser Arbeit näher spezifiziert werden.

### **III.2. Verbindung mit institutionalistischen Ansätzen der IB**

Die Anwendung des akteurzentrierten Institutionalismus auf die Interaktion von Staaten ist nur dann als sinnvoll anzusehen, wenn Institutionen im internationalen System eine zentrale Bedeutung zugesprochen wird. In diesem Unterkapitel werden daher in aller Kürze Ansätze aus der Disziplin der IB vorgestellt, die ihre Analyse auf Institutionen konzentrieren. Des Weiteren wird aufgezeigt, inwiefern diese Gemeinsamkeiten mit dem akteurzentrierten Institutionalismus Scharpfs vorweisen. In einem ersten Schritt werden diese Ansätze in die theoretische Debatte der IB eingeordnet.

Theorien der IB können in die Denkschulen des Realismus, Liberalismus und Institutionalismus unterteilt werden (vgl. Zangl & Zürn 1999:925). Der Realismus betrachtet souveräne Staaten als zentrale Akteure internationaler Politik und nimmt an, dass im internationalen System weder eine übergeordnete Macht existiert noch die Durchsetzung allgemeingültiger Normen möglich ist. Aufgrund der anarchischen Struktur des internationalen Systems sorgen sich die Staaten vor allem um ihre Unabhängigkeit und ihr Überleben, die Gewährleistung der eigenen Sicherheit bildet das primäre Ziel staatlichen Handelns. Um die notwendige Selbsthilfefähigkeit maximieren zu können, streben Staaten nach der Ausweitung ihrer relativen Macht (vgl. Krell 2004:145–176; Waltz 1979:88–128). Im Gegensatz zu diesem systemischen Ansatz der IB sehen Vertreter des Liberalismus die Staaten nicht als primäre Akteure der internationalen Politik an. Da dem methodologischen Individualismus zufolge das Primat der Gesellschaft gegenüber dem Staat gilt, richtet sich der Fokus der Analyse auf einzelne politisch-administrative und gesellschaftliche Akteure. Es wird also angenommen, dass der Staat in der internationalen Politik die Interessen der Gesellschaft bzw. der jeweils durchsetzungsfähigsten gesellschaftlichen und politisch-administrativen Akteure vertritt. Prozesse und Ergebnisse internationaler Politik werden folglich mithilfe subsystemischer Strukturen erklärt (vgl. Krell 2004:181–231; Moravcsik 1997). Vertreter der institutionalistischen Denkschule der IB teilen zumeist die Annahme der realistischen Denkschule, dass Staaten die zentralen Akteure der internationalen Politik darstellen. In Abgrenzung zum Realismus betonen sie jedoch die komplexe Interdependenz als Strukturmerkmal des internationalen Systems und leiten daraus die Notwendigkeit der Staa-

ten ab, miteinander zu kooperieren. Internationale Institutionen fördern dabei die Kooperation zwischen den Staaten, indem sie die Erwartungssicherheit über Ergebnisse von Interaktionen erhöhen und zu der Vertrauensbildung zwischen den jeweiligen Interaktionspartnern beitragen (vgl. Keohane 1984:49–84; Krell 2004:239–261).

Jede dieser drei Denkschulen hat interessens- und normorientierte Varianten herausgebildet, d.h., innerhalb dieser Denkschulen existieren sowohl Vertreter, die sich in ihrer Analyse für die rationale Handlungslogik des *homo oeconomicus* entschieden haben, als auch Ansätze und Theorien, die auf der Logik der Angemessenheit des *homo sociologicus* basieren. In Tabelle 2 sind diese rationalistischen und konstruktivistischen Varianten der drei Denkschulen mit jeweils einem Hauptwerk aufgeführt.

**Tab. 2: Denkschulen der Internationalen Beziehungen**

Denkschule	Metatheorie	
	Rationalismus	Konstruktivismus
Realismus	<i>Neorealismus</i> (Waltz 1979)	<i>Ideationistischer Realismus</i> (Wendt 1992)
Liberalismus	<i>Utilitaristischer Liberalismus</i> (Moravcsik 1997)	<i>Ideationistischer Liberalismus</i> (Ruggie 1982)
Institutionalismus	<i>Rationalistischer Institutionalismus</i> (Keohane 1984)	<i>Soziologischer Institutionalismus</i> (Finnemore 1998)

**Quelle: Darstellung der Autorin in Anlehnung an Nielebock 2004**

Die beiden Varianten des Institutionalismus sollen in diesem Zusammenhang kurz beleuchtet werden. Der rationalistische Institutionalismus wurde entscheidend durch Keohane (1984) geprägt. Keohane betont die Bedeutung der hohen zwischenstaatlichen Interaktionsdichte im internationalen System, deren Verlust bzw. starke Reduzierung mit erheblichen Kosten für die Staaten verbunden wäre. In Abgrenzung zum Realismus streben Staaten nach Ansicht Keohanes nicht nur nach Macht, sondern auch nach Wohlfahrt, wobei sie sich nicht an den relativen, sondern nur an den absoluten Gewinnen orientieren. In wiederkehrenden Situationen institutionalisieren Staaten die Kooperation, um Kooperationshindernisse und damit verbunden kollektiv suboptimale Interaktionsergebnisse zu verhindern. Institutionen können demnach den Nutzen von Staaten erhöhen, indem sie Informationen und Überprüfungsmöglichkeiten zur Verfügung stellen, Vertrauen bilden und damit verbunden die Kooperationskosten senken (vgl. Keohane 1984:49–84). Der soziologische Institutionalismus dagegen geht davon aus, dass

Normen und andere intersubjektiv geteilte Weltanschauungen die Strukturen des internationalen Systems bilden. Staaten und andere komplexe Akteure handeln hier nicht nur auf Grundlage ihrer Interessen, auch ihre Identität ist handlungsbestimmend. Vertreter des soziologischen Institutionalismus nehmen Identität und Interessen nicht als exogen an, sondern gehen davon aus, dass internationale Institutionen internationale Akteure konstituieren, ihnen Rollen zuweisen und so ihre Verhaltensweisen bestimmen. Das Handeln der Akteure im internationalen System ist also nicht nutzenmaximierend, sondern normgeleitet und rollengerecht (vgl. Finnemore & Sikkink 1998; Nielebock 2004).

Die interessenorientierten und normorientierten Varianten der institutionalistischen Denkschule Internationaler Beziehungen müssen nicht als unvereinbar angesehen werden (vgl. Zangl & Zürn 1999:925). In der institutionalistischen Denkschule der IB lassen sich Vertreter derselben Grundidee des akteurzentrierten Institutionalismus finden, akteurzentrierte und institutionenzentrierte Herangehensweisen zu verbinden und einen Mittelweg zwischen den Paradigmen des *homo oeconomicus* und *homo sociologicus* zu wählen (vgl. Scharpf 2006:73). Zürn und Zangl (1999) fassen Theorien und Ansätze in den verschiedenen politikwissenschaftlichen Teilgebieten, die auf den Theorien interessenorientierten Handelns basieren, diese jedoch mit Theorien normorientierten Handelns integrieren, unter dem Oberbegriff „akteurorientierter Institutionalismus“ zusammen. Als Vertreter des akteurorientierten Institutionalismus nennen Zürn und Zangl neben Mayntz, Scharpf und sich selbst Ostrom, Putnam und Young.<sup>13</sup> Diese Ansätze und Theorien teilen die Annahme, dass sich Akteure und Strukturen wechselseitig zeitversetzt konstituieren: Während vorübergehend fixe Interessen und Identitäten das Handeln der Akteure erklären und angenommen wird, dass soziale Institutionen die Interessen der Akteure widerspiegeln, prägen die institutionellen Strukturen wiederum langfristig diese Interessen. Neben der Verbindung von individualistischen und strukturalistischen Ansätzen vermitteln die Vertreter des akteurorientierten Institutionalismus zwischen erklärenden und verstehenden Ansätzen, indem sie den Akteuren nicht objektive Interessen aus der Außenperspektive zuschreiben, sondern die Subjektivität der Akteursinteressen betonen. Diese sollen daher nicht einfach angenommen, sondern empirisch ermittelt werden. Auf dem Gebiet der IB stellt der akteurorientierte Institutionalismus



zudem eine Verbindung zwischen systemischen und subsystemischen Ansätzen dar, da staatliche und gesellschaftliche Interessen gleichermaßen berücksichtigt werden können. Der akteurorientierte Institutionalismus vermittelt folglich nicht nur zwischen Ansätzen des rationalen und des normativen Institutionalismus, sondern führt auch unterschiedliche Teilgebiete der Politikwissenschaft zusammen (vgl. Zangl & Zürn 1999:923–942).

Wie diese Ausführungen verdeutlichen, lassen sich innerhalb der institutionalistischen Denkschule der IB Ansätze finden, die zwischen den interessens- und normorientierten Varianten dieser Denkschule vermitteln und substantielle Gemeinsamkeiten mit dem akteurzentrierten Institutionalismus Scharpfs vorweisen.<sup>14</sup> Für die Erstellung des Analyserasters wird nun das von Scharpf entwickelte Konzept des institutionellen Kontextes auf das internationale System sowie das Konzept des Akteurs auf Staaten in der internationalen Politik übertragen. Das Konzept des institutionellen Kontextes soll hierbei insbesondere durch institutionalistische Ansätze in den IB ergänzt werden.

### III.3. Institutionen in den internationalen Beziehungen

Das institutionelle Umfeld einer Interaktion innerhalb von Staaten unterscheidet sich von dem institutionellen Kontext einer zwischenstaatlichen Interaktion. Während die Staaten innerhalb ihres Territoriums beispielsweise die rechtmäßige Anwendung physischer Zwangsmittel auf sich konzentrieren, existiert ein solches Gewaltmonopol im internationalen System nicht. Die Durchsetzung formaler Regeln ist im internationalen System daher mit größeren Schwierigkeiten verbunden als auf nationaler Ebene. In diesem Unterkapitel soll nun der institutionelle Kontext des internationalen Systems in seinen Grundzügen charakterisiert werden.

Scharpf definiert Institutionen als Regelwerke, die sowohl formale rechtliche Regeln als auch soziale Normen umfassen und auf deren Verletzen Sanktionen folgen (vgl. Scharpf 2006:77). In dem internationalen System können Sanktionen beispielsweise die Form von militärischen Aktionen, Wirtschaftsembargos, Abbruch diplomatischer Beziehungen oder auch Reputationsverlust annehmen. Franck betont, dass in den interna-

---

<sup>13</sup> Hierbei sind die Forschungsschwerpunkte von Zürn, Zangl und Young eindeutig der Disziplin der Internationalen Beziehungen zuzuordnen, aber auch Putnam (1988) hat mit seinen *two-level games* einen wichtigen Beitrag für diese Disziplin geleistet.

<sup>14</sup> Der akteurzentrierte Institutionalismus von Scharpf hält auch die Regeln zur Theoriebildung in den IB ein, die Zürn (1992:123–136) zur Vermeidung der Theoriebildungsdefekte des Holismus, Determinismus und Reduktionismus in den IB entwickelt.

tionalen Beziehungen trotz des fehlenden Gewaltmonopols Regeln weitgehend eingehalten werden und nennt als wichtige Voraussetzung dafür die Legitimität dieser Regeln, d.h. dass die Adressaten einer Regel diese inhaltlich als gerecht und in prozessualer Hinsicht als legitim wahrnehmen (vgl. Franck 1990:3, 16-19, 37f.).

Scharpf hebt hervor, dass die verschiedenen Interaktionsformen mit unterschiedlichen institutionellen Anforderungen verbunden sind und der institutionelle Kontext daher die jeweils möglichen Interaktionsformen im Sinne einer Möglichkeitengrenze beschränkt (vgl. Scharpf 2006:90–92). Mehrheitsentscheidungen und hierarchische Steuerungen sind dabei Interaktionsformen, die relativ hohe Anforderungen an den institutionellen Kontext stellen. Diese Interaktionsformen sind auch in den internationalen Beziehungen möglich, wie z. B. im Kontext des WTO-Rates oder der Generalversammlung der VN als repräsentative Versammlungen sowie des Sicherheitsrates oder der Europäischen Gemeinschaft als hierarchische bzw. supranationale Organisationen. Da die Erfüllung dieser institutionellen Anforderungen jedoch in den internationalen Beziehungen eher als Ausnahme und nicht als Regel gelten kann, konzentrieren sich die folgenden Ausführungen auf den internationalen institutionellen Kontext von einseitigem Handeln und Verhandlungen. Hierbei soll herausgestellt werden, welche Institutionen Vertreter der IB im internationalen System identifizieren und wie sie diese charakterisieren.

Als eine minimale Institution in den internationalen Beziehungen kann man das Völkerrecht sehen, welches auf internationalen Übereinkünften und dem internationalen Gewohnheitsrecht sowie auf allgemeinen Rechtsgrundsätzen beruht, die in allen innerstaatlichen Rechtsordnungen vorzufinden sind, wie z. B. das Prinzip der *pacta sunt servanda*. Die staatliche Souveränität bildet das zentrale Prinzip des Völkerrechts, aus dem sich die weiteren völkerrechtlichen Prinzipien der Staatengleichheit, der Reziprozität und des Interventionsverbotes ableiten lassen (vgl. Krell 2004:111–125; Volger 1997:540; Wittkämper & Obszerninks 2000). Vertreter der institutionalistischen Denkschule der IB betonen die Bedeutung dieser konstitutiven Prinzipien innerhalb des institutionellen Kontextes des internationalen Systems, da diese den Rahmen möglicher Organisationen, Regime und Netzwerke bestimmen (vgl. Chayes & Handler Chayes 1993:176; Hasenclever & Mayer 2007:14f.; Zürn 1998:172–176).

Als Beispiel für anspruchsvollere Institutionen im internationalen System lassen sich Netzwerke nennen. Diese setzen sich aus Akteuren der Politik, Wirtschaft oder

Gesellschaft zusammen, deren Mitwirkung bei der Problembearbeitung in einzelnen Politikfeldern als nützlich gilt und die weitgehend eine gemeinsame Welt- und Problemsicht teilen (vgl. Hasenclever & Mayer 2007:15; Zürn 1998:173f.). In Netzwerken treffen sich die Akteure regelmäßig, um je nach Bedarf koordinierte Aktionen für spezifische Felder zu entwickeln, sie legen allerdings keine Verhaltensweisen über einen längeren Zeitraum fest. Als Beispiele für solche Netzwerke innerhalb der internationalen Politik nennt Zürn Wissensgemeinschaften im Umweltbereich sowie die G8, in deren Rahmen zwar regelmäßige Treffen und Verfahrensregeln sowie ein regelmäßiger Informations- und Meinungsaustausch existieren, substantielle Verhaltensvorschriften jedoch nur ausnahmsweise getroffen werden (vgl. Zürn 1998:172–176). Politiknetzwerke erfüllen in dem internationalen System weitreichende Funktionen: Sie tragen u.a. zum Agenda-Setting bei, sammeln und verteilen Wissen, bilden Sozialkapital und erleichtern die Festlegung globaler Standards (vgl. Reinicke & Deng 2000:27–64).

Des Weiteren bilden Regime den institutionellen Kontext des internationalen Systems. Die Definition internationaler Regime von Krasner hat sich in der Regimetheorie der IB als Standard durchgesetzt:<sup>15</sup>

„Regimes can be defined as sets of implicit or explicit principles, norms, rules, and decision-making procedures around which actors' expectations converge in a given area of international relations. Principles are beliefs of fact, causation and rectitude. Norms are standards of behaviour defined in terms of rights and obligations. Rules are specific prescriptions or proscriptions for action. Decision-making procedures are prevailing practices for making and implementing collective choice” (Krasner 1983b:2).

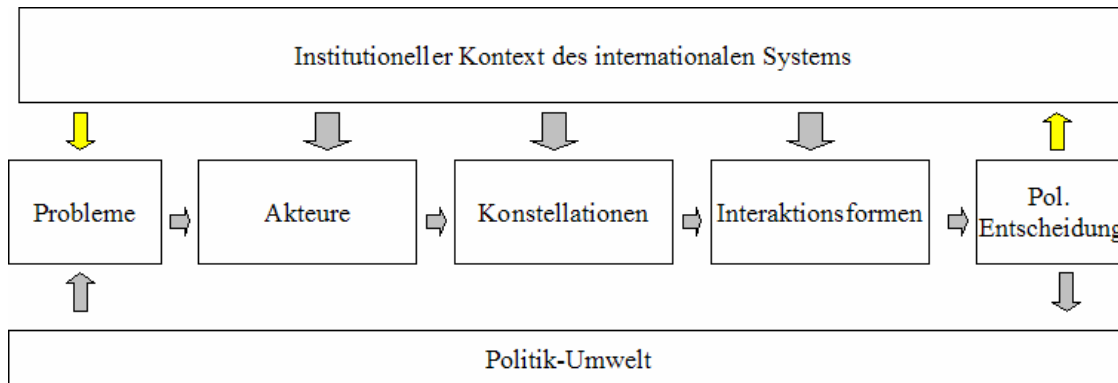
Internationale Regime bestehen also aus impliziten und expliziten Prinzipien, Normen, Regeln und Entscheidungsprozeduren. Die Prinzipien umfassen dabei eine gemeinsame Problemsicht und gemeinsame Zielvorstellungen. Internationale Zusammenarbeit ist schließlich nur dann möglich, wenn sich die Akteure auf Problemursachen sowie Sinn und Zweck der Kooperation verständigen können. Normen stellen allgemeine Verhaltensstandards dar, die anhand von Geboten und Verboten den Weg zur Problemlösung vorgeben. Regeln beinhalten spezifische Verhaltensvorschriften, welche die Normen konkretisieren und operationalisieren, also mess- und überprüfbar machen. Die Verfahren der Entscheidungsfindung umfassen schließlich Bestimmungen für den Um-

---

<sup>15</sup> Beispielsweise orientieren sich Filzmaier u.a. (2006:290–294), Krell (2004:248f.), Müller (2000), Sprinz (2003), Zangl (2006) und Zürn (1998) an dieser Definition.

gang mit dem Regime, wie z. B. die Interpretation von Normen und Regeln, die Überprüfung von Vereinbarungen, die Streitschlichtung bei Konflikten und die Veränderung oder Erweiterung des Regimes (vgl. Krell 2004:248f.). Regime beziehen sich in den meisten Fällen nicht auf gesamte Sachbereiche der internationalen Politik, wie z. B. Wirtschaft oder Umwelt, sondern nur auf ein spezifisches Gebiet, welches durch die Wahrnehmungen der politischen Entscheidungsträger eingegrenzt wird (vgl. Zürn 1998:172–176). Beispiele für internationale Regime sind das Welthandelsregime GATT oder auch das Klimaregime der VN. Regime steuern das Verhalten internationaler Akteure dauerhaft und erleichtern die Kooperation auf spezifischen Problemfeldern, indem sie für diese Ordnungsstrukturen schaffen. Nach Young verfügen internationale Regime über vielfältige Funktionen: „Regimes may be thought as (1) utility modifiers, (2) enhancers of cooperation, (3) bestowers of authority, (4) learning facilitators, (5) role definers and (6) agents of international realignments“ (Young 1997:15). Nach der rationalen Sichtweise werden internationale Regime aufgrund der potentiellen Nachteile eines Regelbruchs, wie z. B. wirtschaftlicher Sanktionen oder des Reputationsverlusts als zuverlässiger Kooperationspartner, eingehalten (vgl. Müller 2000:93, 458; Keohane 1984:85–109; Zangl 2006:129ff.; Zürn 1998:192–200). Der konstruktivistischen Sichtweise zufolge führt dagegen die Internalisierung der Normen und Regeln durch die beteiligten Akteure dazu, dass sich neue Werte herausbilden und Interessen verändern (vgl. Zürn 1998:193). Dies begünstigt wiederum kooperatives Verhalten und kann daher auch die Persistenz von internationalen Regimen erklären (vgl. Müller 2000:471).

Scharpf betrachtet das institutionelle Umfeld einer Interaktion als vorübergehend konstant und berücksichtigt daher in seiner graphischen Darstellung des Erklärungsansatzes des akteurzentrierten Institutionalismus nicht die Wirkung politischer Entscheidungen auf den institutionellen Kontext. Da globale Strukturpolitik den zentralen Gegenstand dieser Arbeit bildet und diese gerade auf eine Veränderung des institutionellen Rahmens des internationalen Systems zielt, wird in der folgenden Analyse jedoch, wie in Abbildung 3 ersichtlich, sowohl der institutionelle Kontext als Ursache politischer Probleme als auch die Auswirkungen politischer Entscheidungen auf den institutionellen Kontext betrachtet.

**Abb. 3: Der Gegenstandsbereich der folgenden Analyse**

**Quelle: Darstellung der Autorin**

Als letzter Schritt vor der Ableitung des Analyserasters soll nun das Akteurkonzept Scharpfs auf Staaten in den internationalen Beziehungen übertragen werden.

### III.4. Akteure in den internationalen Beziehungen

Scharpf charakterisiert die Akteure über ihre Fähigkeit zur Beeinflussung politischer Entscheidungen sowie über ihre subjektive Handlungsorientierung, die sich aus der Wahrnehmung und den Präferenzen zusammensetzt. Dieses Unterkapitel charakterisiert Staaten als Akteure in den internationalen Beziehungen und stellt dabei insbesondere heraus, über welche Handlungsressourcen ein Staaten verfügen muss, um internationale Politik beeinflussen zu können und auf welchen Präferenzen die Handlungsorientierung von Staaten in dem internationalen System beruht.

In der folgenden Analyse werden mit den nationalen Regierungen Deutschlands und Brasiliens zwei komplexe Akteure betrachtet. Dabei ist zu berücksichtigen, dass sich die Regierungen wiederum aus verschiedenen Akteuren zusammensetzen, die nicht immer über identische Handlungsorientierungen verfügen müssen. Regierungen sind jedoch in der Lage, eine gemeinsame Handlungsorientierung herauszubilden, wobei hier die innerstaatliche institutionelle Struktur von großer Bedeutung ist, welche z. B. die Kompetenz- und Machtverteilung innerhalb der Exekutive beeinflusst. Trotz einer möglichen inneren Differenzierung sollen die nationalen Regierungen im Folgenden zur Vereinfachung der Analyse weitestgehend als einheitliche Akteure betrachtet werden. Sofern dies notwendig sein sollte, erfolgt jedoch ein Hinweis auf Differenzen zwischen der Handlungsorientierung unterschiedlicher Regierungsakteure.

Nach Scharpf umfassen die Fähigkeiten alle Handlungsressourcen, die einem Akteur die Beeinflussung politischer Ergebnisse ermöglichen. Damit spricht Scharpf eine Form von Macht an, die Czempiel als *governance* bezeichnet. Bei dieser Machtform werden nicht einzelne Handlungen, sondern die Ergebnisse dieser Handlungen über die gemeinsame Steuerung von Prozessen beeinflusst.<sup>16</sup> Dieses Verständnis von Macht grenzt sich eindeutig vom traditionellen Machtbegriff Max Webers ab, demzufolge Macht die Fähigkeit umschließt, seinen Willen gegen den Widerstand anderer durchzusetzen (Weber 1947:28). Über Macht im Sinne von *governance* verfügt dagegen derjenige Akteur, der Konsens über Problemlösungen herbeiführen und diese in seinem Sinne ausrichten kann:

„Governance setzt sich durch, indem sie Zustimmung produziert. Sie muss überzeugen, nicht überwinden. Sie beteiligt alle, die an den Vorgängen beteiligt sind, an deren Kontrolle. Und steigert dadurch ihre Fähigkeit, diese gemeinsam ausgeübte Kontrolle in eine gewünschte Richtung zu steuern“ (Czempiel 1999:229).

Nye nennt diese Machtform *soft power* bzw. sanfte Macht – eine Machtform, die seiner Ansicht nach in den internationalen Beziehungen von großer Bedeutung ist. Nach Nye verfügen diejenigen Akteure über sanfte Macht, die Präferenzen anderer beeinflussen können, da sie als glaubwürdig gelten oder für andere Akteure in gewisser Hinsicht über eine Vorbildfunktion verfügen. Abgesehen davon umfasst sanfte Macht die Fähigkeit, den politischen Diskurs einzurahmen und damit die politische Agenda zu bestimmen (vgl. Nye 2004:1-11, 30ff.). Czempiel nennt die strukturelle Macht als eine weiter entwickelte Form der Machtausübung in den internationalen Beziehungen. Über strukturelle Macht verfügt demnach ein Akteur, der Interaktionen über einen gewissen Zeitraum so steuern kann, dass die daraus resultierenden Strukturen den eigenen Zielen behilflich sind (vgl. Czempiel 1999:91-96, 227ff.). Wie der Name schon verdeutlicht, ist es genau diese strukturelle Macht, welche die Bundesregierung mit dem Konzept der globalen Strukturpolitik anstrebt.

Als primäre Handlungsressourcen sieht Scharpf institutionelle Regeln. Des Weiteren zählt er persönliche Merkmale, materielle und technologische Ressourcen sowie den privilegierten Informationszugang zu den Handlungsressourcen eines Akteurs (vgl.

---

<sup>16</sup> Czempiel bezieht sich hier auf Hart (1976), der vorschlägt, Macht in den internationalen Beziehungen nicht als Kontrolle über Ressourcen oder über Akteure zu messen, sondern als Kontrolle über Ereignisse und Ergebnisse.

Scharpf 2006:86f.). Es ist davon auszugehen, dass institutionelle Regeln als Handlungsressource bei der Interaktion von Staaten im internationalen System über eine geringere Bedeutung verfügen als bei Interaktionen beispielsweise zwischen verschiedenen Akteuren der Verwaltung, sie sollten deswegen jedoch nicht vernachlässigt werden. Zu den institutionellen Ressourcen in den internationalen Beziehungen kann man z. B. das Sozialkapital und die Möglichkeit des Agenda-Settings durch die Einbindung in Netzwerke, Regime und andere institutionelle Strukturen zählen. Materielle Ressourcen in den internationalen Beziehungen umfassen z. B. das BIP eines Landes oder auch die Ausstattung mit natürlichen Ressourcen. Die von Scharpf genannten persönlichen Merkmale als Handlungsressource können in Bezug auf nationale Regierungen beispielsweise als Fachwissen oder auch Verhandlungsgeschick der Exekutive interpretiert werden. Abgesehen davon ist, in Anlehnung an das Konzept sanfter Macht Nyes, die Reputation von Staaten und deren Fähigkeit, den politischen Diskurs in den internationalen Beziehungen einzurahmen, als weitere wichtige Handlungsressourcen anzusehen.

Scharpf nennt Informationen als weitere Handlungsressource. Diese sollte gerade bei komplexen Zusammenhängen in den internationalen Beziehungen nicht unterschätzt werden, da politische Entscheidungsträger Wissen und Expertise benötigen, um Problemlagen zu verstehen und die Konsequenzen der eigenen Entscheidungen abschätzen zu können. Dies ist insbesondere bei Umweltthemen von Relevanz, da hier die politischen Entscheidungsträger oft nicht in der Lage sind, die langfristigen Auswirkungen ihrer Entscheidungen einzuschätzen. Wer über einen privilegierten Informationszugang verfügt und diese Informationen vor allem verarbeiten kann, ist zudem in der Lage, Probleme rechtzeitig zu erkennen und frühzeitig Lösungen vorzubereiten. Des Weiteren kann die Diffusion neuer Ideen und Informationen zu neuen Verhaltensweisen führen. Die Fähigkeit, glaubwürdige Informationen zu teilen und damit die Wahrnehmung eines Problems zu beeinflussen, ist daher eine wichtige Ressource in der internationalen Politik (vgl. Adler & Haas 1992:368; Czempiel 1999:96–100; Haas 1992:2f.; Nye 2004:30ff.). Die Einbindung in Netzwerke, Regime und andere institutionelle Strukturen kann wiederum entscheidend die Diffusion von Informationen erleichtern.

Die Handlungsorientierung eines Akteurs setzt sich nach Scharpf aus der Wahrnehmung und den Präferenzen zusammen. Bezüglich der Wahrnehmung wird der Arbeitshypothese Scharpfs gefolgt, dass direkt beobachtbare Tatsachen empirisch richtig

wahrgenommen werden (vgl. Scharpf 2006:114). Bei der folgenden Fallstudie wird allerdings zu berücksichtigen sein, dass nicht beobachtbare Tatsachen und kausale Beziehungen von den betrachteten Akteuren durchaus unterschiedlich wahrgenommen werden können. Bei der Präferenzbildung eines Akteurs hebt Scharpf die Bedeutung der Fähigkeit zur Bildung der eigenen Identität hervor (vgl. Scharpf 2006:119–122). Bezüglich der außenpolitischen Identität einer nationalen Regierung sollte berücksichtigt werden, dass diese sowohl auf der nationalen außenpolitischen Identität beruht, deren Grundlage z. B. die nationale Verfassung darstellt, als auch von den spezifischen Orientierungen der jeweiligen Regierung beeinflusst wird.

Nach Scharpf bildet das institutionelle Eigeninteresse die Grundlage der Präferenzen, welches das Streben nach der Sicherung des Fortbestandes der Organisation, Autonomie und Wachstum widerspiegelt (vgl. Scharpf 2006:117). Das Eigeninteresse von Staaten in der internationalen Politik kann durch die vier grundlegenden Ziele staatlicher Außenpolitik nach Holsti (1995:83–114) charakterisiert werden. Demnach streben Staaten nach Sicherheit im Sinne der Gewährleistung der physischen Existenz der eigenen politischen Gemeinschaft, nach Autonomie im Sinne einer eigenständigen Innen- und Außenpolitik, nach Wohlfahrt, da die nationale Wirtschaftskraft einerseits Grundlage für die anderen außenpolitischen Ziele bildet und andererseits innenpolitisch von Bedeutung ist, sowie nach Prestige, welches sich auf den Ruf und den Status des Staates bezieht. Prestige ermöglicht dem Staat freundschaftliche Beziehungen und erleichtert zudem die Suche nach Kooperationspartnern. Zu diesen vier grundlegenden Zielen soll für die folgende Analyse in Anlehnung an den rationalistischen Institutionalismus das Streben nach Einfluss hinzugefügt werden.

Die Präferenzen eines Akteurs werden nach Scharpf auch durch normative Rollenerwartungen geprägt (vgl. Scharpf 2006:118f.). Wie Keohane betont, verfügen diese in der internationalen Politik insbesondere bei Umweltfragen über eine entscheidende Bedeutung (vgl. Keohane 2002:4). Man kann hierbei davon ausgehen, dass diese Rollenerwartungen bei der außenpolitischen Präferenzbildung von Staaten sowohl nach innen, d.h. in Bezug zu innerstaatlichen Akteuren, als auch nach außen, also in Bezug zu anderen internationalen Akteuren, von Bedeutung sind.



### III.5. Zwischenfazit: das Analyseraster

Die Darstellung des theoretischen Rahmens der weiteren Analyse schließt nun mit der Ableitung des Analyserasters zur Operationalisierung der Fragestellungen. In Anlehnung an die drei Stufen der Analyse Scharpfs werden somit zuerst die brasilianische und die deutsche Regierung mit ihren Fähigkeiten und Handlungsorientierungen charakterisiert, dann in Analogie zur Akteurkonstellation das Konfliktniveau zwischen beiden Regierungen analysiert und abschließend die Interaktion beider Regierungen betrachtet.

Zur Identifikation der Fähigkeiten beider Regierungen, die globale Strukturpolitik auf dem Gebiet der erneuerbaren Energien zu beeinflussen, erfolgt eine Konzentration auf die wirtschaftliche Stärke, die Einbindung in Netzwerke, Regime und andere institutionelle Strukturen sowie auf die Fähigkeit zum Agenda-Setting. Bezüglich der wirtschaftlichen Stärke wird gefragt, welche erneuerbaren Energien in beiden Ländern hergestellt werden und inwiefern Deutschland und Brasilien auf dem Gebiet erneuerbarer Energien weltwirtschaftlich von Bedeutung sind. Des Weiteren wird die Einbindung beider Staaten in Netzwerke, Regime und andere institutionelle Strukturen beleuchtet, da eine solche Einbindung sowohl das Sozialkapital einer Regierung erhöht sowie den Zugang und die Diffusion von Informationen erleichtert als auch die Einflussmöglichkeiten einer Regierung steigert, sei es durch die alleinige Partizipation in einer institutionellen Struktur oder durch die Fähigkeit, die Agenda zu beeinflussen. Aufgrund der besonderen Bedeutung des Agenda-Settings soll dieser Aspekt noch einmal unabhängig von der bloßen Einbindung in institutionelle Strukturen analysiert werden. Die Fähigkeit des Agenda-Settings beschränkt sich schließlich nicht auf die Einbettung in internationale institutionelle Strukturen, sondern kann beispielsweise auch unabhängig davon auf Wissen und Sachkompetenz, wirtschaftlicher Stärke oder politischem Geschick basieren. Unter Agenda-Setting wird im Folgenden sowohl die Aufstellung einer Tagesordnung innerhalb einer institutionellen Struktur als auch die Fähigkeit verstanden, Probleme zu thematisieren und diese der politischen Bearbeitung zuzuweisen (vgl. Pehle 2000).

Bei der Analyse der Handlungsorientierung wird zuerst die Wahrnehmung beider Regierungen betrachtet, den Schwerpunkt bildet allerdings die empirische Bestimmung der Präferenzen beider Regierungen. Bezüglich der Wahrnehmung wird gefragt, auf welche Art von erneuerbaren Energien sich diese konzentriert, welche Wirkungen beide

Regierungen einer Ausweitung der weltweiten Nutzung von erneuerbaren Energien zuzusprechen und wie beide Regierungen die internationalen Rahmenbedingungen für erneuerbare Energien sowie die eigene Rolle auf diesem Gebiet wahrnehmen. In Bezug auf die Präferenzen wird untersucht, wie die Regierungen ihre Identität definieren, welche Eigeninteressen sie artikulieren und welche normative Rollenerwartungen von den Regierungen angesprochen werden. Bei der empirischen Bestimmung des Eigeninteresses dienen die oben angeführten grundlegenden Ziele staatlicher Außenpolitik – Sicherheit, Autonomie, Wohlfahrt, Prestige und Einfluss – als Orientierung. Abgesehen von der Identifikation der Präferenzen ist zudem von Bedeutung, auf welche Art und Weise beide Regierungen ihre Präferenzen in der internationalen Politik umsetzen möchten. Daher wird das Konzept der Handlungsorientierung durch diese angestrebten Instrumente ergänzt. In Anschluss an die Charakterisierung der Handlungsorientierung wird in Anlehnung an das Konzept der Akteurkonstellation das Wissen über beide Akteure miteinander verbunden und dabei der Grad der Konvergenz bzw. Divergenz zwischen den Wahrnehmungen und Präferenzen beider Regierungen ermittelt.

Abschließend wird die Interaktion beider Regierungen auf dem Gebiet erneuerbarer Energien betrachtet und dabei herausgestellt, inwiefern beide Regierungen bei der Realisierung ihrer Präferenzen kooperieren. Zu diesem Zweck erfolgt zuerst eine Darstellung der bestehenden bilateralen Kooperation. Schwerpunkt bildet hierbei die Entwicklungszusammenarbeit, ressortübergreifende Kooperation und andere Politikfelder werden jedoch auch berücksichtigt. In einem zweiten Schritt wird gefragt, inwiefern sich die bestehende Kooperation auf die Realisierung der Präferenzen auswirkt. Je nach Grad der Präferenzkonvergenz werden dabei nur gemeinsame Präferenzen oder auch von der anderen Partei nicht geteilte Präferenzen einbezogen. Neben den direkten Auswirkungen auf die Realisierung der Präferenzen werden auch die indirekten Auswirkungen der Kooperation über eine mögliche Veränderung der Fähigkeiten beider Regierungen zur Beeinflussung globaler Strukturpolitik berücksichtigt.

Mit dieser Ableitung des Analyserasters, das in Abbildung 4 zusammenfassend veranschaulicht wird, endet der theoretische Teil dieser Arbeit. In den folgenden Kapiteln wird das Analyseraster auf das betrachtete Fallbeispiel angewandt. Der Fokus des folgenden Kapitels richtet sich folglich auf die Fähigkeiten beider Regierungen zur Beeinflussung globaler Strukturpolitik.

**Abb. 4: Das Analyseraster**

<b>1. Fähigkeiten zur Beeinflussung globaler Strukturpolitik</b>
<ul style="list-style-type: none"><li>• Wirtschaftliche Stärke</li><li>• Einbindung in institutionelle Strukturen</li><li>• Agenda-Setting</li></ul>
<b>2. Präferenzen in der globalen Strukturpolitik</b>
<ul style="list-style-type: none"><li>• Wahrnehmung</li><li>• Identität</li><li>• Eigeninteresse</li><li>• Normative Rollenerwartungen</li><li>• Instrumente zur Realisierung dieser Präferenzen</li></ul>
<b>3. Kooperation zur Realisierung dieser Präferenzen</b>
<ul style="list-style-type: none"><li>• Inhalte der bilateralen Kooperation</li><li>• Auswirkungen auf die Realisierung der Präferenzen</li></ul>

Quelle: Darstellung der Autorin

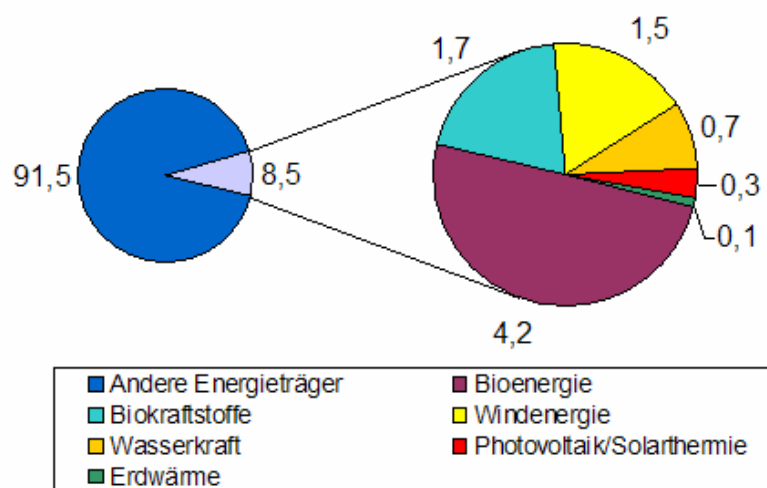
## IV. Die Fähigkeiten Deutschlands und Brasiliens zur Beeinflussung globaler Strukturpolitik

In diesem Kapitel soll die erste Fragestellung der vorliegenden Arbeit beantwortet werden. D.h. in diesem Kapitel wird gezeigt, ob Deutschland und Brasilien auf dem Gebiet der erneuerbaren Energien über die Fähigkeit zur Beeinflussung globaler Strukturpolitik verfügen. Hierbei wird, dem Analyseraster folgend, zuerst die wirtschaftliche Stärke beider Länder bei der Herstellung von erneuerbaren Energien betrachtet. Anschließend wird gefragt, ob beide Regierungen in für dieses Politikfeld relevante institutionelle Strukturen eingebunden sind und ob sie über die Fähigkeit des Agenda-Settings verfügen. Da die institutionellen Strukturen auf diesem Politikfeld sehr vielfältig sind,<sup>17</sup> können nur einige wenige exemplarisch berücksichtigt werden.

### IV.1. Deutschland

In Deutschland werden verschiedene Formen erneuerbarer Energien hergestellt, die insgesamt 8,5 Prozent des deutschen Gesamtenergieverbrauches decken. Abbildung 5 veranschaulicht den jeweiligen Anteil der unterschiedlichen Formen erneuerbarer Energien am Energieverbrauch im Jahr 2007.

**Abb. 5: Anteil erneuerbarer Energien am deutschen Gesamtenergieverbrauch 2007**



**Quelle: Darstellung der Autorin mit Daten aus AGEE (2008)**

<sup>17</sup> Einen Überblick über diese institutionelle Landschaft in der internationalen Politik geben Steiner u.a. (2006:154f.), Suding & Lempp (2007) und BMU (2005).

Hierbei wird deutlich, dass Bioenergie mit einem Anteil von 4,2 Prozent mit Abstand den größten Beitrag zur Energiegewinnung leistet, gefolgt von Biokraftstoffen (1,7%), Windenergie (1,5%) und Wasserkraft (0,7%). Photovoltaik/Solarthermie und Erdwärme tragen mit einem Anteil von 0,3 bzw. 0,1 Prozent nur in einem geringen Umfang zur Energieversorgung Deutschlands bei.

Der Gesamtumsatz mit erneuerbaren Energien betrug im Jahr 2007 ca. 25 Mrd. Euro. Betrachtet man den Anteil der verschiedenen Formen erneuerbarer Energien am Gesamtumsatz mit erneuerbaren Energien, verschiebt sich deren relative Bedeutung für die deutsche Wirtschaft. Biomasse<sup>18</sup> generiert zwar mit einem Anteil von 40,9 Prozent am Gesamtumsatz auch mit Abstand den höchsten Umsatz, an zweiter Stelle steht hier allerdings Solarenergie mit einem Anteil von 29 Prozent am gesamten Umsatz, gefolgt von Windenergie (22,8%). Der Gesamtumsatz aus Wasserkraft ist dagegen mit einem Anteil von 4,9 Prozent vergleichsweise gering. Auf Geothermie entfallen 2,4 Prozent des Gesamtumsatzes mit erneuerbaren Energien (vgl. BMU 2008c:30).

Im Jahr 2007 waren ca. 250.000 Menschen im Bereich der erneuerbaren Energien beschäftigt, wobei der Sektor Biomasse mit einem Anteil von 38 Prozent über die größten Beschäftigungswirkungen verfügt, gefolgt von den Sektoren Windenergie (34%) und Solarenergie (20%). Die Beschäftigungswirkungen von Wasserkraft (4%) und Geothermie (2%) sind jedoch nur sehr gering (vgl. BMU 2008a:18).

**Tab. 3: Führende Produzenteländer erneuerbarer Energien**

	#1	#2	#3
Insgesamt vorhandene Kapazitäten	China	Deutschland	USA
Investitionen insgesamt	Deutschland	China	USA
Windkraft	Deutschland	Spanien/USA	
Solarenergie/Photovoltaik	Deutschland	Japan	USA
Kleinwasserkraft	China	Japan	USA
Ethanolproduktion	USA	Brasilien	China
Biodieselproduktion	Deutschland	USA	Frankreich
Geothermie	USA	Philippinen	Mexiko

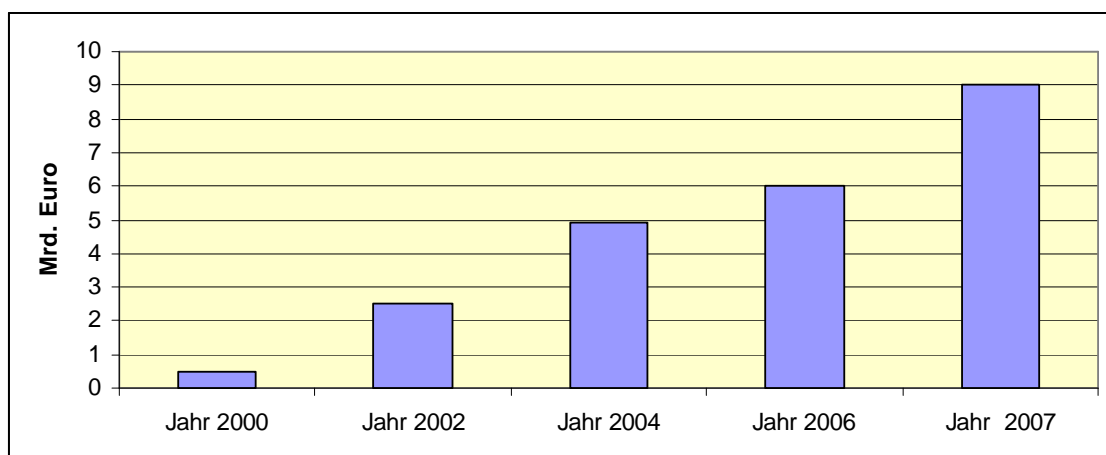
**Quelle: Darstellung der Autorin in Anlehnung an REN21 (2008:8)**

<sup>18</sup> Biomasse umfasst Bioenergie und Biokraftstoffe.

Wie Tabelle 3 veranschaulicht, gehört Deutschland zu den weltweit größten Produzenten von erneuerbaren Energien, sofern man die Energiegewinnung aus großen Wasserkraftwerken nicht berücksichtigt.<sup>19</sup> Im Jahr 2006 konnte nur China höhere Kapazitäten bei der Herstellung von erneuerbaren Energien vorweisen. Deutschland war im Jahr 2006 das Land der Welt, das am meisten in erneuerbare Energien investierte, zudem gewann es am meisten Energie aus Windkraft und Solarenergie. Auch bei der Biodieselproduktion war es mit einem Anteil von 50 Prozent an der weltweiten Produktion führend. Bei der Ethanolherstellung, der Energiegewinnung aus Kleinwasserkraftwerken sowie bei Geothermie belegt Deutschland dagegen im internationalen Vergleich keinen Spitzenplatz (vgl. REN21 2008:8-16, 39).

Deutschland ist bei erneuerbaren Energien Exportweltmeister. Wie Abbildung 6 verdeutlicht, konnte die deutsche Erneuerbare-Energien-Branche im Zeitraum 2000 bis 2007 ihr Exportvolumen von 0,5 auf 9 Mrd. Euro steigern.

**Abb. 6: Exportvolumen der deutschen Erneuerbaren-Energien-Branche**



**Quelle: Darstellung der Autorin mit Daten aus AGEE (2008; 2007)**

Die Windindustrie ist diejenige Industrie, die mit Abstand am meisten zu diesem Exportvolumen beiträgt. Sie erzielte im Jahr 2007 einen Exportumsatz in Höhe von 6 Mrd. Euro, dies entspricht 78 Prozent ihres Gesamtumsatzes. Die deutsche Solartechnik konnte im selben Jahr bei einer Exportquote von 43 Prozent einen Exportumsatz in Höhe von 2,5 Mrd. Euro erreichen. Die Wasserkraftindustrie erwirtschaftete sogar 80 Prozent ihres Umsatzes durch Exporte, dies entspricht allerdings einem im Vergleich zur

<sup>19</sup> Aufgrund der umstrittenen Umweltwirkungen von großen Wasserkraftwerken rechnet REN21 deren Energiegewinnung nicht der Kategorie „erneuerbare Energien“ zu.

Wind- und Solarindustrie geringem Exportvolumen. Abgesehen davon trägt die Bioga-  
sindustrie mit ca. 150 Mio. Euro und einer Exportquote von 30 Prozent zu den deut-  
schen Exporten erneuerbarer Energien bei (vgl. AGEE 2008).

Nach dieser Analyse der wirtschaftlichen Stärke Deutschlands auf dem Gebiet er-  
neuerbarer Energien soll nun beleuchtet werden, inwiefern die deutsche Bundesregie-  
rung in relevante institutionelle Strukturen eingebunden ist und über die Fähigkeit des  
Agenda-Settings verfügt. Eine wichtige institutionelle Handlungsressource zur Gestal-  
tung globaler Strukturpolitik ist die Mitgliedschaft Deutschlands in der G8. Die Mini-  
ster sowie Staats- und Regierungschefs der G8-Mitgliedsstaaten treffen sich regelmäÙig  
im informellen Rahmen, um sich auf gemeinsame Maßnahmen bezüglich globaler Her-  
ausforderungen zu verständigen. Nicht zuletzt aufgrund ihres wirtschaftlichen Gewich-  
tes, das ca. 70 Prozent der Weltwirtschaftsleistung umfasst (vgl. May 2007:810), kann  
die G8 zu Fragen der Weltwirtschaft und der internationalen Politik wichtige Impulse  
geben und auch effektive Vorentscheidungen treffen. Im Rahmen der jährlich wech-  
selnden Präsidentschaft haben die Mitgliedsstaaten die Möglichkeit, die Agenda der  
gemeinsamen Treffen zu bestimmen. Die deutsche Regierung nutzte während ihrer Prä-  
sidentschaft 2007 u.a. die Gelegenheit, um einen strukturierten Dialog der G8 mit Brasi-  
lien, China, Indien, Mexiko und Südafrika zu initiieren und diesen im Rahmen des so-  
genannten Heiligendamm-Prozesses für einen Zeitraum von zwei Jahren zu formalisie-  
ren. Erneuerbare Energien bildeten zwar keinen Schwerpunkt des G8-Gipfels in  
Deutschland, in der gemeinsamen Erklärung der G8 und der fünf Schwellenländer<sup>20</sup>  
bekennen sich die Staaten jedoch zu der Bedeutung von sauberen und erneuerbaren  
Energiequellen für die Gewährleistung einer nachhaltigen Entwicklung (vgl. Bundesre-  
gierung 2007d; *Gemeinsame Erklärung 2007*; May 2007).

Des Weiteren ist die Einbindung Deutschlands in die EU eine weitere institutio-  
nelle Ressource zur Gestaltung internationaler Politik – sei es innerhalb der EU oder  
auch in Bezug auf deren Handelspolitik und anderweitige Außenbeziehungen. Die EU-  
Präsidentschaft ermöglicht den Mitgliedsstaaten, für die Dauer von sechs Monaten die  
Tagesordnung des Europäischen Rates sowohl inhaltlich als auch organisatorisch zu

---

<sup>20</sup> Die deutsche Bundesregierung spricht im Rahmen des Heiligendamm-Prozesses von einem Dialog mit  
Schwellenländern. Die Definition von Schwellenländern unterscheidet sich hierbei von derjenigen des  
DIE, die im zweiten Kapitel aufgeführt wurde, und berücksichtigt ausschließlich die Höhe des BIP dieser  
Länder.

gestalten sowie den Rat und die EU gegenüber anderen Staaten und internationalen Organisationen zu vertreten. Für die deutsche EU-Präsidentschaft im ersten Halbjahr 2007 bildeten energiepolitische Fragen eine Priorität. Der Europäische Rat beschloss unter der deutschen Präsidentschaft den Aktionsplan „Eine Energiepolitik für Europa“, in dem sich die EU u.a. zu einer verstärkten Nutzung von erneuerbaren Energien verpflichtet<sup>21</sup> und sich für einen Ausbau der bilateralen Energiedialoge mit Schwellenländern ausspricht (vgl. BMU 2008d:6–10; Rat der Europäischen Union 2007:16–23).

Als OECD-Staat ist Deutschland des Weiteren Mitglied in der Internationalen Energieagentur (IEA), deren Mitgliedsstaaten sich zu gemeinsamen Maßnahmen bei Krisen der Ölversorgung sowie zu Informationsaustausch und zur Koordination ihrer Energiepolitiken verpflichtet haben. Die Arbeit der IEA deckt alle Energieträger ab und besitzt nach Angaben des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (BMU) das zurzeit umfassendste Know-how bezüglich technologischer Entwicklung, Marktentwicklung und Wettbewerbsfähigkeit von erneuerbaren Energien in Industrieländern (vgl. BMU 2005:26; IEA 2007).

Ihre Fähigkeit zum Agenda-Setting stellte die deutsche Bundesregierung zudem mit der Organisation der Internationalen Konferenz für erneuerbare Energien *renewables 2004* unter Beweis, zu der der damalige Bundeskanzler Schröder einlud, nachdem sich die Regierungen auf dem VN-Weltgipfel in Johannesburg 2002 nicht auf ein verbindliches Ziel für den Anteil erneuerbarer Energien an der Energieproduktion einigen konnten (vgl. BMU 2005:20f.). Auf der Konferenz verabschiedeten Vertreter aus 154 Ländern eine politische Deklaration, in der sie gemeinsame politische Ziele zur Stärkung der Rolle erneuerbarer Energien definieren und eine gemeinsame Vision einer nachhaltigen Energiezukunft entwickeln, sowie ein internationales Aktionsprogramm, in der sich die Teilnehmer freiwillig zu einzelnen Aktivitäten verpflichten, welchen dem Ausbau erneuerbarer Energien dienen. Abgesehen davon einigten sich die Teilnehmer auf Politikempfehlungen zur Marktentwicklung von erneuerbaren Energien in Entwicklungs- und Industrieländern (vgl. *renewables 2004 - Conference Secretariat 2004*).

---

<sup>21</sup> Bis zum Jahr 2020 sollen erneuerbare Energien einen Anteil von 20 Prozent an dem Gesamtenergieverbrauch der EU erreichen, zudem sollen Biokraftstoffe in demselben Zeitraum mindestens 10 Prozent des verkehrsbedingten Benzin- und Dieserverbrauchs in der EU decken (vgl. Rat der Europäischen Union 2007:21).



Ein weiteres Ergebnis der *renewables 2004* ist die Gründung des *Renewable Energy Policy Network for the 21st Century* (REN21) – ein globales Politiknetzwerk aus Regierungen, internationalen Institutionen, NGOs und Wirtschaftsvertretern, das sich für die Förderung von erneuerbaren Energien einsetzt. Dieses Netzwerk möchte das Agenda-Setting in der internationalen Politik beeinflussen, die Vorteile erneuerbarer Energien in politischen Prozessen unterstreichen und Wissenstransfers zwischen den Mitgliedern unterstützen. Mit dem globalen Statusbericht erneuerbare Energien veröffentlicht REN21 zudem einen umfassenden Überblick über die weltweite Entwicklung von erneuerbaren Energien. Die deutsche Bundesregierung ist ein aktives Mitglied dieses Netzwerkes. Das Sekretariat des Netzwerkes wird von der Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ) und dem Entwicklungsprogramm der VN (UNEP) gestellt, zudem ist einer der stellvertretenden Vorsitzenden des Netzwerkes Mitglied der deutschen Bundesregierung (vgl. REN21 a, REN21 b).

Die deutsche Bundesregierung beeinflusst des Weiteren mit der Initiative zur Gründung einer Internationalen Agentur für erneuerbare Energien (IRENA) die internationale Agenda auf dem Politikfeld erneuerbarer Energien. Sie richtet in diesem Jahr die Vorbereitungsveranstaltungen für die angestrebte Gründung der IRENA zu Beginn des Jahres 2009 aus und setzt damit nicht nur die Notwendigkeit einer institutionellen Stärkung von erneuerbaren Energien in der internationalen Politik auf die Agenda, sondern kann auch Einfluss auf die Tagesordnung der Vorbereitungskonferenzen ausüben (vgl. Bundesregierung 2008a). Die IRENA wird bei der Analyse der deutschen Präferenzen näher beleuchtet. Zunächst richtet sich jedoch der Fokus auf die Fähigkeiten Brasiliens zur Beeinflussung globaler Strukturpolitik.

#### **IV.2. Brasilien**

Unter den zwanzig größten Volkswirtschaften der Welt ist Brasilien abgesehen von Frankreich, in dem die Atomenergie dominiert, die Volkswirtschaft mit der geringsten Kohlenstoffintensität (vgl. Ochs 2007:11). Die geringe Kohlenstoffintensität ist vor allem auf Wasserkraft zurückzuführen, die in Brasilien über einen Anteil von 83 Prozent an dem Elektrizitätsmix verfügt. Nur China und Kanada gewinnen mehr Elektrizität aus Wasserkraft als Brasilien (vgl. IEA 2006:479). Berücksichtigt man nur die Kapazität der Kleinwasserkraftwerke, so steht Brasilien nach China, Japan, USA und Italien weltweit auf dem fünften Platz (vgl. REN21 2008:8).

Abgesehen von Wasserkraft ist die Produktion von Agrartreibstoffen in Brasilien von Bedeutung. Aufgrund deren Relevanz für die außenpolitische Agenda Brasiliens werden sich die folgenden Ausführungen auf diese konzentrieren. Bereits in den 1970er Jahren begann die brasilianische Regierung mit der Förderung der Ethanolproduktion aus Zuckerrohr. Nachdem das Programm *ProÁlcool* dazu führte, dass bereits Mitte der 1980er Jahre über 90 Prozent der im Inland hergestellten Pkw mit alternativem Kraftstoff fahren, brach die Ethanolproduktion Ende der 1980er Jahre infolge steigender Zuckerpreise und sinkender Ölpreise ein. Erst 2003 begann eine neue Expansion der Ethanolproduktion, die einerseits auf steigende Ölpreise und auf den sehr niedrigen Weltmarktpreisen für Zucker zurückzuführen ist, aber auch auf der Einführung der sogenannten Flex-Fuel-Autos auf dem brasilianischen Markt beruht<sup>22</sup> (vgl. de Almeida, Bontempo & De Souza e Silva 2008:155; IEA 2006:400f.; Mildner & Zilla 2007:1; Nolte & Stolte 2008:152f.). Seit 2004 fördert die brasilianische Regierung die Produktion von Biodiesel, mit der sie vor allem kleinbäuerliche Strukturen in benachteiligten Regionen unterstützen möchte. Die Biodieselproduktion steckt aber im Vergleich zur technologisch weit fortgeschrittenen Ethanolherstellung noch in den Kinderschuhen (vgl. de Almeida, Bontempo & De Souza e Silva 2008:172; Mildner & Zilla 2007:2).

Brasilien deckt mehr als 13 Prozent seines Kraftstoffbedarfs mit Ethanol und Biodiesel, dies ist der höchste Anteil im weltweiten Vergleich (vgl. IEA 2006:388).<sup>23</sup> Die Ethanolproduktion ist ein wichtiger Wirtschaftssektor Brasiliens. Zusammen mit der Zuckerproduktion trägt sie zu ca. 3,5 Prozent des BIP bei, wobei zur Zeit ca. 50 Prozent des Zuckers für die Ethanolproduktion eingesetzt wird. Zudem sind die Beschäftigungswirkungen der Ethanolindustrie nicht zu vernachlässigen, die ca. 700.000 direkte und 200.000 indirekte Arbeitsplätze schafft (vgl. de Almeida, Bontempo & De Souza e Silva 2008:156, 168).

Lange Zeit war Brasilien weltweit führender Ethanolproduzent, im Jahr 2006 wurde es allerdings von den USA überholt. Mit 17,5 Milliarden Litern werden ca. 44 Prozent des weltweiten Ethanols in Brasilien hergestellt (vgl. REN21 2008:13). Zudem ist Brasilien mit einem Anteil von 50 Prozent am globalen Ethanolhandel nach wie vor

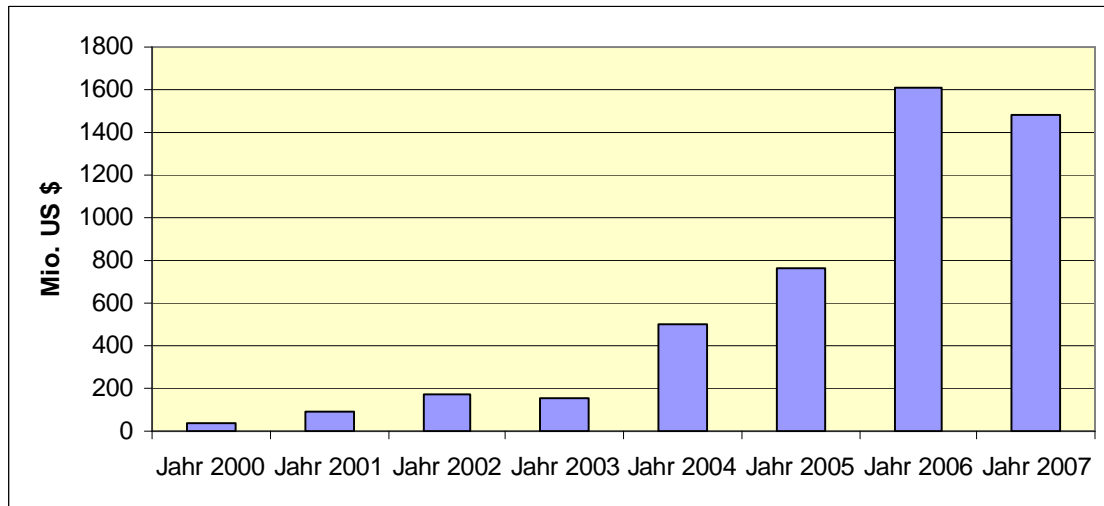
---

<sup>22</sup> Die Flex-Fuel-Fahrzeuge können mit einer beliebigen Mischung aus herkömmlichen Treibstoff und Ethanol betrieben werden.

<sup>23</sup> Cuba steht hier mit einem Anteil von etwas mehr als 6% an zweiter Stelle, gefolgt von Schweden mit ca. 2%.

der größte Ethanolexporteur (vgl. IEA 2006:476; REN21 2008:13). Wie Abbildung 7 veranschaulicht, konnte Brasilien zudem seine Ethanolexporte in den letzten Jahren stark ausweiten.

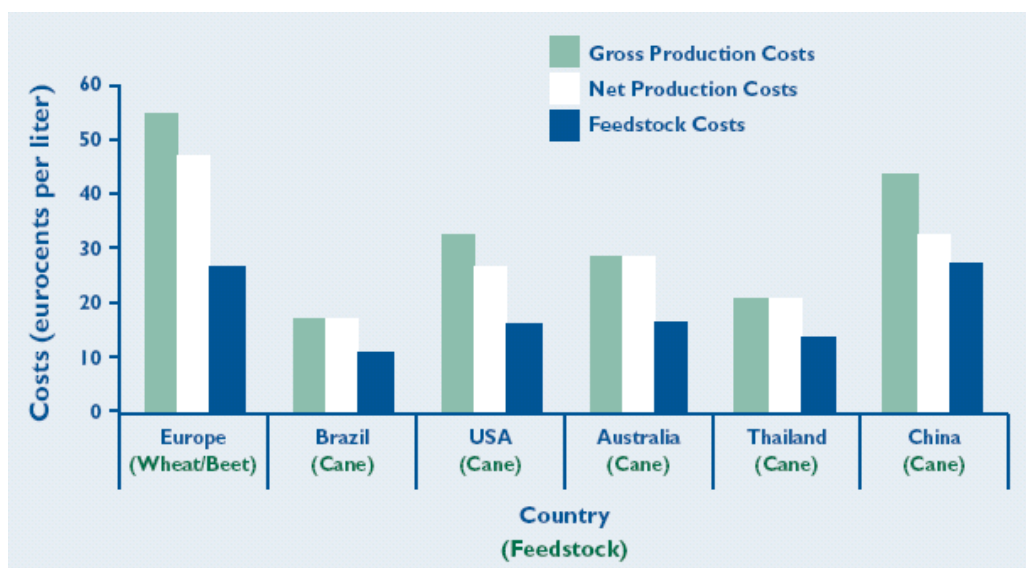
**Abb. 7: Entwicklung der brasilianischen Ethanolexporte**



**Quelle: Darstellung der Autorin mit Daten von UNICA**

Abbildung 8 zeigt, dass die Produktionskosten des brasilianischen Ethanols mit etwas weniger als 20 Euro-Cent pro Liter die Geringsten im weltweiten Vergleich sind. Die durchschnittlichen Kosten der europäischen Ethanolproduktion übersteigen diese sogar beinahe um ein Dreifaches.

**Abb. 8: Kosten der brasilianischen Ethanolproduktion im internationalen Vergleich**



**Quelle:Henniges & Zeddies 2006**

Wie der internationale Vergleich der Produktionskosten zeigt, ist die Wettbewerbsfähigkeit Brasiliens bei der Ethanolproduktion außerordentlich hoch, das brasilianische Ethanol kann sogar mit Rohöl konkurrieren (vgl. de Almeida, Bontempo & De Souza e Silva 2008:161; IEA 2006:400; Mildner & Zilla 2007:1). Abgesehen davon weist das aus Zuckerrohr produzierte brasilianische Ethanol bessere Energiewerte auf als z. B. das aus Mais gewonnene Ethanol in den USA (vgl. Nolte & Stolte 2008:153).

In Anschluss an die Darstellung der wirtschaftlichen Stärke Brasiliens soll nun die Einbindung der brasilianischen Regierung in institutionelle Strukturen und deren Fähigkeit zum Agenda-Setting beleuchtet werden. Seit 2003 nimmt Brasilien an den erweiterten G8-Gipfeln teil. Abgesehen vom Heiligendamm-Prozess ist der Dialog der G8 mit den Schwellenländern allerdings wenig formalisiert: Die jeweilige G8-Präsidentschaft kann entscheiden, ob und in welcher Form sie einen erweiterten Dialog organisiert.<sup>24</sup> Im Rahmen des Heiligendamm-Prozesses intensivieren die G8 für einen Zeitraum von zwei Jahren den Dialog mit den Schwellenländern, wobei auch die Zusammenarbeit bei der Förderung erneuerbarer Energien vertieft werden soll. Über die Teilnahme an den erweiterten G8-Gipfeln und am Heiligendamm-Prozess verfügt Brasilien zwar über die Möglichkeit, die eigenen Positionen gegenüber der G8 zu vertreten, die Fähigkeit Brasiliens, die Agenda der G8-Treffen zu beeinflussen, ist allerdings im Vergleich zu den Mitgliedsstaaten der G8 sehr begrenzt. Zudem verfügt Brasilien bei den G8-Treffen über keine Entscheidungsmacht (vgl. Biato 2008:14–16; Bundesregierung 2007b, Bundesregierung 2007c; Fiori 2008a; Vargas 2007:8).

In Anschluss an trilaterale Konsultationen während des ersten erweiterten G8-Gipfels in Evian 2003 gründete Brasilien zusammen mit Indien und Südafrika IBSA, welches über Süd-Süd-Kooperation und Abstimmungen gemeinsamer Positionen die Einflussmöglichkeiten der drei Staaten bei der Gestaltung internationaler Politik erhöhen soll. Maihold (2007:3) bezeichnet Lula als „treibende Kraft“ bei dieser Initiative, die Brasilien die Möglichkeit bietet, den eigenen Positionen bei internationalen Verhandlungsprozessen mehr Gehör zu verschaffen. Im Rahmen des IBSA finden regelmäßige Treffen der Minister sowie der Staats- und Regierungschefs statt, zudem existieren Arbeitsgruppen, die Themen von gemeinsamen Interesse behandeln. Der Vorsitz des

---

<sup>24</sup> Die Regierung der USA entschied sich beispielsweise gegen die Teilnahme der Schwellenländer an dem von ihr organisierten Gipfel im Jahr 2004 (vgl. Biato 2008:14).

Forums rotiert zwischen den Staaten, im Jahr 2009 wird Brasilien den Vorsitz übernehmen und die Tagesordnung des Forums bestimmen können. Die Arbeitsgruppe zum Thema Energie dient dem Informationsaustausch über erneuerbare Energien und soll insbesondere die Produktion und Nutzung von Agrartreibstoffen fördern. Im Jahr 2006 unterzeichneten die drei Staaten zudem ein *Memorandum of Understanding*, um die Zusammenarbeit auf diesem Gebiet zu vertiefen (vgl. IBSA; MRE a, MRE c).

Des Weiteren stimmen Indien, Südafrika und Brasilien im Rahmen des IBSA ihr Vorgehen bei den WTO-Verhandlungen ab. Brasilien spielte auf der WTO-Konferenz 2003 eine führende Rolle bei der Gründung der G20 – ein Zusammenschluss von mittlerweile 23 Entwicklungsländern, der über das Erarbeiten gemeinsamer Positionen die Verhandlungsmacht dieser Länder bei den WTO-Verhandlungen steigern soll. Die Führungsrolle innerhalb der G20 ermöglicht es Brasilien, seinen Forderungen, u.a. auch nach einer Reduktion der Einfuhrzölle von Ethanol, mehr Gewicht zu verleihen (vgl. Biato 2008:9; MRE b; Ochs 2007:20; Schirm 2007:1).

Eine weitere institutionelle Ressource zur Gestaltung internationaler Beziehungen ist die brasilianische Mitgliedschaft im *Mercado Comum do Sul* (Mercosul), der eine wirtschaftliche und politische Integration Südamerikas anstrebt. Die halbjährige Präsidentschaft des Mercosul rotiert zwischen den Mitgliedstaaten, unter der brasilianischen Präsidentschaft in der zweiten Hälfte des Jahres 2008 kann die brasilianische Regierung die Agenda der gemeinsamen Treffen bestimmen. Seit 2006 existiert innerhalb des Mercosul eine Arbeitsgruppe zu Agrartreibstoffen, zudem verabschiedeten die Mitgliedsstaaten letztes Jahr ein Aktionsplan zur Förderung der Kooperation auf diesem Gebiet (vgl. MRE 2008e, MRE d; CMC/ Mercosul 2006; CMC/ Mercosul 2007).

Die brasilianische Regierung ist des Weiteren, genauso wie die deutsche Bundesregierung, aktives Mitglied in dem globalen Politiknetzwerk REN21 und stellt in dem Leitungskomitee des Netzwerkes ein Mitglied (vgl. REN21 b).

Ochs (2007:11) zählt Brasilien zu den einflussreichsten Staaten in der Klimapolitik. Brasilien gestaltet im Gegensatz zu China oder Indien die Verhandlungsprozesse der VN zum Klimaschutz mit eigenen Vorschlägen aktiv mit. Die Fähigkeit der brasilianischen Regierung zum Agenda-Setting in diesem Bereich verdeutlicht z. B. ein Positionspapier Brasiliens, das sich für die Bestimmung der Minderungsziele einzelner Staaten über deren historische Emissionen ausspricht und damit die Verhandlungsposition

vieler Entwicklungsländer prägte. Zudem ist die Einrichtung des *Clean Development Mechanism* (CDM) auf einen brasilianischen Vorschlag zurückzuführen. Der CDM erlaubt Ländern, die sich im Kyoto-Protokoll zu verbindlichen Reduktionszielen verpflichtet haben, Projekte zur Emissionsreduktion in Entwicklungsländern zu finanzieren und die damit eingesparten Emissionen auf die eigene Bilanz anzurechnen. Diese Projekte umfassen auch die Förderung erneuerbarer Energien in Entwicklungsländern (vgl. Ochs 2007:11; UNFCCC).

Die brasilianische Regierung konnte zudem mit ihrer Initiative zur Gründung des *International Biofuel Forum* (IBF) die internationale Agenda auf dem Gebiet der Agrartreibstoffe prägen. Mitglieder des IBF sind mit Brasilien, China, Indien, Südafrika, den USA und der EU die größten Produzenten und Konsumenten von Agrartreibstoffen. Das Forum dient u.a. zur Vorbereitung der *International Biofuels Conference*, die im November 2008 in São Paulo stattfinden soll – eine weitere Möglichkeit für Brasilien, die Agenda auf diesem Gebiet zu gestalten (vgl. MRE 2007c). Auf das IBF und die in São Paulo stattfindende Konferenz wird später ausführlicher eingegangen.

### **IV.3. Zwischenfazit**

Im Anschluss an dieses Kapitel kann festgestellt werden, dass sowohl Deutschland als auch Brasilien auf dem Gebiet erneuerbarer Energien über die Fähigkeit zur Gestaltung globaler Strukturpolitik verfügen.

In Deutschland werden verschiedene Formen erneuerbarer Energien hergestellt, weltweit führend ist Deutschland bei Windkraft, Solarenergie und der Produktion von Biodiesel. In Brasilien ist die Energiegewinnung aus Wasserkraft und die Produktion von Agrartreibstoffen, insbesondere Ethanol, von Bedeutung. Nach den USA ist Brasilien das Land, welches am meisten Ethanol produziert. Deutschland und Brasilien sind zudem wichtige Exporteure erneuerbarer Energien. Bei einer aggregierten Betrachtung der verschiedenen Formen erneuerbarer Energien ist Deutschland Exportweltmeister, was vor allem auf den Exportleistungen der Windindustrie beruht. Daneben tragen insbesondere die Solartechnik und die Wasserkraftindustrie zum deutschen Exportvolumen erneuerbarer Energien bei. Brasilien profiliert sich dagegen als Exporteur von Ethanol auf dem Weltmarkt. Die internationale Wettbewerbsfähigkeit des brasilianischen Ethanols ist aufgrund der sehr niedrigen Produktionskosten außerordentlich hoch und Brasi-

lien kann einen Anteil von 50 Prozent am globalen Ethanolhandel vorweisen. Die Exporte beider Länder weisen zudem einen ausgeprägten positiven Wachstumstrend auf.

Neben ihrer wirtschaftlichen Stärke auf dem Gebiet erneuerbarer Energien sind beide Staaten in relevante institutionelle Strukturen eingebunden. Die Mitgliedschaft Deutschlands z. B. in der G8, EU, IEA und REN21 ist als institutionelle Ressource der deutschen Bundesregierung zu beurteilen. Bezüglich der brasilianischen Regierung ist die Einbindung in G8+5, IBSA, G20, Mercosul und REN21 zu nennen. Die Fähigkeit beider Staaten zum Agenda-Setting ist einerseits auf die Einbindung in diese institutionellen Strukturen zurückzuführen, da das Recht zur Festsetzung der Tagesordnung von G8, EU, IBSA und Mercosul zwischen den jeweiligen Mitgliedsstaaten rotiert. Andererseits stellen Deutschland und Brasilien ihre Fähigkeit zum Agenda-Setting mit eigenen Initiativen zur Veränderung des internationalen institutionellen Kontextes unter Beweis. Die Gründung von REN21 basiert beispielsweise auf der von Deutschland organisierten Konferenz *renewables 2004* und der CDM ist auf eine Initiative Brasiliens zurückzuführen. Des Weiteren beeinflussen beide Regierungen mit aktuellen Initiativen – Deutschland mit der Gründung der IRENA und Brasilien mit dem IBF und der *International Biofuels Conference* in São Paulo – die internationale Agenda auf dem Gebiet erneuerbarer Energien.

## **V. Die Präferenzen Deutschlands und Brasiliens in der globalen Strukturpolitik**

Nachdem das letzte Kapitel gezeigt hat, dass Deutschland und Brasilien fähig sind, globale Strukturpolitik auf dem Gebiet erneuerbarer Energien zu gestalten, wird in diesem Kapitel gefragt, inwiefern die Präferenzen beider Regierungen bezüglich der Förderung erneuerbarer Energien in der globalen Strukturpolitik konvergieren. In einem ersten Schritt werden die Präferenzen beider Regierungen getrennt voneinander dargestellt. Da die Präferenzen und Wahrnehmungen eines Akteurs eng miteinander verbunden sind, werden hierbei zuerst die Wahrnehmung der Regierungen betrachtet. Danach werden die außenpolitische Identität, die Eigeninteressen sowie die normativen Rollenerwartungen der Regierungen untersucht und die jeweils angestrebten Instrumente zur Realisierung der Präferenzen identifiziert. Anschließend werden die Präferenzen der Regierungen verglichen, um im Zwischenfazit dieses Kapitels die zweite Fragestellung dieser Arbeit beantworten zu können.

### **V.1. Deutschland**

Die Bundesregierung spricht sich im Allgemeinen für die weltweite Verbreitung der Produktion und Nutzung von erneuerbaren Energien in ihren verschiedenen Ausprägungen aus.<sup>25</sup> Differenziert sie zwischen den verschiedenen Formen erneuerbarer Energien, so nennt sie in erster Linie Solarenergie, Wind- und Wasserkraft, gefolgt von Erdwärme und Biomasse (vgl. BMU 2008b; BMZ 2006:13). Diese Zweiteilung spiegelt die relative Bedeutung der jeweiligen Formen erneuerbarer Energien für die deutschen Exporte wider, schließlich basieren die deutschen Exporte erneuerbarer Energie vor allem auf der Windindustrie, der Solartechnik und der Wasserkraftindustrie.

Die deutsche Bundesregierung sieht in der Förderung erneuerbarer Energien eine Antwort auf verschiedene globale Herausforderungen. Hierbei hebt sie insbesondere den internationalen Klimaschutz und die damit verbundene Notwendigkeit hervor, die

---

<sup>25</sup> In den folgenden Publikationen spricht sich die Bundesregierung beispielsweise für die Förderung von erneuerbaren Energien im Allgemeinen aus: AA 2008; BMZ 2006:2f.; Bundesregierung 2008b:4f.; CDU Deutschland, CSU Landesleitung & SPD Deutschland 10. Oktober 2005:51f.



Emissionen von Treibhausgasen zu reduzieren.<sup>26</sup> In der Förderung von Energieeffizienz und von erneuerbaren Energien sieht sie die Möglichkeit, das Klima zu schützen, ohne wirtschaftliche oder auch gesellschaftliche Fortschritte gefährden zu müssen. Des Weiteren verweist die Bundesregierung auf das Spannungsfeld zwischen der weltweit steigenden Energienachfrage und der Endlichkeit traditioneller Energieressourcen – ein Spannungsfeld, das sich in steigenden Ölpreisen widerspiegelt. In der sukzessiven Umstellung der Energiesysteme auf erneuerbare Quellen sieht die Bundesregierung daher einen bedeutenden Beitrag zur Gewährleistung einer bezahlbaren und sicheren Energieversorgung. Angesichts des fehlenden Zugangs vieler Menschen zur Elektrizität nennt die Bundesregierung die Armutsbekämpfung als weitere globale Herausforderung, zu der die Förderung erneuerbarer Energien in Entwicklungsländern einen wichtigen Beitrag leisten kann. Die knapper werdenden fossilen Energiequellen führen nach Ansicht der Bundesregierung zudem zu einem Entwicklungsdilemma: Während im Entwicklungsprozess die Nachfrage nach fossilen Energieträgern steigt, verknappen und verteuern sich diese Energiequellen stetig. Die Abhängigkeit von Öl und seinen Preisen führe daher zu einer starken Belastung der wirtschaftlichen Entwicklung von Entwicklungsländern und gehe mit der Gefahr einher, dass eine langfristig positive wirtschaftliche Entwicklung verhindert werde (vgl. BMZ 2005:110; Bundesregierung 2008b:3–6; CDU, CSU & SPD 10. Oktober 2005:162).

Hinsichtlich des Potenzials zur Entwicklungsförderung differenziert die Bundesregierung zwischen den verschiedenen Arten erneuerbarer Energien: Während sie Windkraft, Kleinwasserkraftwerken und der Solarenergie positive Entwicklungswirkungen zuspricht, weist sie auf die Risiken der Produktion von Agrartreibstoffen in Entwicklungsländern hin. Insbesondere bei der Massenproduktion von Agrartreibstoffen mit Ausrichtung auf den Exportmarkt befürchtet die Bundesregierung eine Konkurrenz mit der weltweiten Nahrungsmittelsicherheit sowie negative ökologische und soziale Folgen in den Produzentenländern, wie z. B. die Verdrängung der Kleinbauern von guten Produktionsstandorten, schlechte Arbeitsbedingungen für die Plantagenarbeiter und die Zerstörung von Umwelt und biologischer Vielfalt. Während sie den entwicklungspolitischen Nutzen des Exports von Agrartreibstoffen eher anzweifelt, hebt sie die

---

<sup>26</sup> Die Bedeutung, welche die Bundesregierung der Verbindung von energie- und klimapolitischen Fragen zuspricht, verdeutlichen auch die Internetauftritte des BMZ, BMU und Auswärtigen Amtes. Energie und

positiven Wirkungen der Förderung dezentraler Versorgungs- und Energiesysteme über erneuerbare Energiequellen hervor (vgl. BMZ 2008b:2–6).

Die Bundesregierung sieht Umwelttechnologien und insbesondere innovative Energietechnologien als „zentrale globale Wachstumsmärkte und Leitmärkte für die Zukunft“ (Sach 2008:61). Sie geht davon aus, dass steigende Preise für fossile Energieträger und sinkende Kosten bei der Produktion von erneuerbaren Energien langfristig zu einer weltweiten Annäherung der Kosten für erneuerbare und fossile Energieträger führen werden (vgl. BMZ 2006:23). Da Deutschland nach Ansicht der Bundesregierung über eine sehr gute Ausgangsposition im Zukunftsmarkt der erneuerbaren Energien verfügt, sieht sie in der weltweiten Förderung erneuerbarer Energien eine bedeutende ökonomische Chance für Deutschland (vgl. BMU 2006:4f.). Die Bundesregierung verweist auf die Lücke zwischen dem großen Potenzial der erneuerbaren Energien<sup>27</sup> und deren aktuell relativ geringen weltweiten Marktanteil, welche sie auf fehlendes öffentliches Bewusstsein, Marktverzerrungen zugunsten fossiler Energieträger und einem Mangel an sachgerechten Informationen sowie technischem und administrativem Know-how zurückführt (vgl. Bundesregierung 2008b:5f.). Um diese Lücke zu schließen, setzt sich die Bundesregierung vor allem für eine institutionelle Stärkung des Themas in der internationalen Politik ein (vgl. BMU 2005).

In Anschluss an diesen Überblick über die deutsche Wahrnehmung bezüglich der Förderung von erneuerbaren Energien in der globalen Strukturpolitik sollen nun die Präferenzen der Bundesregierung identifiziert werden. Grundlage der Präferenzen bildet die außenpolitische Identität der Bundesrepublik, die aufgrund der historischen Erfahrungen und Verantwortungen Deutschlands auf dem Verständnis einer im Westen und insbesondere in Europa eingebetteten Zivilmacht basiert, die auf traditionelle Machtpolitik verzichtet und sich in ihrem außenpolitischen Handeln vor allem über ihre multilaterale Orientierung charakterisiert (vgl. Baumann 2007:442; Hellmann 2006:192–194; Risse 2007:53–55). Diese außenpolitische Grundorientierung der Bundesrepublik ist auch in dem Grundgesetz niedergeschrieben. In der Präambel des Grundgesetzes wird der Wille hervorgehoben, „als gleichberechtigtes Glied in einem vereinten Europa dem

---

Klima werden hier jeweils zu einem Themenblock zusammengefasst.

<sup>27</sup> Nach Angaben der Bundesregierung ist die Menge an Energien aus erneuerbaren Quellen, die mit aktuellen Technologien erschließbar ist, 5,9 mal so hoch wie der derzeitige globale Energiebedarf (vgl. Bundesregierung 2008b:5).

Frieden der Welt zu dienen“, und davon abgesehen bekennt sich das deutsche Volk „zu unverletzlichen und unveräußerlichen Menschenrechten als Grundlage jeder menschlichen Gemeinschaft, des Friedens und der Gerechtigkeit in der Welt“ (*Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland*: Art. 1). Des Weiteren beruht die außenpolitische Identität Deutschlands auf dem Selbstverständnis als Exportnation und Handelsstaat (vgl. AA 2007b; Baumann 2007:442; Hellmann 2006:79–82; Merkel 2005).

Aufbauend auf diese grundlegende außenpolitische Identität sieht die deutsche Bundesregierung „Deutschland als verantwortungsbewusste(n) Partner in Europa und der Welt“ (CDU, CSU & SPD 10. Oktober 2005:146). Ihre eigene grundlegende außenpolitische Orientierung charakterisiert sie im Koalitionsvertrag folgendermaßen:

„Deutsche Außen-, Europa- und Entwicklungspolitik dient dem Frieden in der Welt. Unser gemeinsames Ziel ist, die Chancen der Globalisierung für unser Land zu nutzen und einen wirksamen Beitrag zur Verhinderung und Beilegung von Konflikten, im Kampf gegen den internationalen Terrorismus sowie zur Linderung von Armut zu leisten. Grundlage dafür sind eine verlässliche Außen-, Europa- und Entwicklungspolitik, die auf das Vertrauen unserer Verbündeten und Partner setzt. Für Frieden, Freiheit und Sicherheit sowie für eine Politik, die Demokratie und soziale Gerechtigkeit fördert, bleiben Europäische Integration und Atlantische Partnerschaft von überragender Bedeutung“ (CDU, CSU & SPD 10. Oktober 2005:146).

Die Koalition betont zudem, dass sich deutsches außenpolitisches Verhalten vornehmlich in multilateralen Zusammenhängen vollzieht und Deutschland einen effektiven Multilateralismus anstrebt, wobei sie den VN bei der Lösung weltweiter Zukunftsaufgaben eine Schlüsselrolle zuspricht (vgl. CDU, CSU & SPD 10. Oktober 2005:146–163).

Der oben zitierte Abschnitt des Koalitionsvertrages verdeutlicht die Bedeutung des Eigeninteresses in der Außenpolitik der Bundesregierung: Sie unterstreicht hier, dass ihr außenpolitisches Handeln darauf zielt, die Chancen der Globalisierung für Deutschland zu nutzen. Da die Bundesregierung der eigenen Wirtschaft eine sehr gute Ausgangslage auf dem Markt der erneuerbaren Energien zuspricht, sieht sie die weltweite Förderung von erneuerbaren Energien als eine Chance für die Steigerung der nationalen Wohlfahrt (vgl. AA 2007a; BMU 2006:4f.; Bundesregierung 2007a:5). In der Präambel des Koalitionsvertrags betont die Koalition, dass sie eine ambitionierte Umweltpolitik als einen Motor für die Entwicklung und die weltweite Vermarktung von Zukunftstechnologien, die Erhöhung der deutschen Wettbewerbsfähigkeit und die

Schaffung von Arbeitsplätzen betrachtet (vgl. CDU, CSU & SPD 10. Oktober 2005:17f.). Dementsprechend möchte sie bei der Formulierung energiepolitischer Rahmenbedingungen in internationalen Gremien die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft in den Mittelpunkt stellen (vgl. CDU, CSU & SPD 10. Oktober 2005:53). Gemäß der deutschen Identität als Handelsstaat strebt die Bundesregierung eine aktive Förderung der Außenwirtschaft an, deutsche Anbieter von Technologien zur Erzeugung erneuerbarer Energien sollen daher bei der Ausweitung von Exportmöglichkeiten unterstützt werden (vgl. CDU, CSU & SPD 10. Oktober 2005:25f., 52). Dabei ermöglicht gerade das Eintreten für die Verbreitung von erneuerbaren Energien in Entwicklungsländern der Bundesregierung, ihr Engagement für den internationalen Klimaschutz direkt mit einer Steigerung deutscher Exporte zu verbinden – eine Verbindung, deren Bedeutung Bundeskanzlerin Merkel auch in der Regierungserklärung unterstreicht:

„Ich werde – das sage ich auch in Richtung des Umweltministers – auf meinen Auslandsreisen sehr bewusst die Klimaschutzprojekte, die nach dem Kiotoprotokoll gerade für die Entwicklungsländer von außerordentlicher Bedeutung sind, als technologisches Know-how der Bundesrepublik Deutschland propagieren. Technologieexport und Klimaschutz liegen heute ganz eng beieinander. Ich glaube, hier können wir unsere Rolle als Exportweltmeister deutlich machen“ (Merkel 2005).

Des Weiteren möchte die Bundesregierung mit einer verstärkten Nutzung erneuerbarer Energien im Inland den steigenden Energie- und Rohstoffpreisen entgegenwirken und damit die deutschen Verbraucher und Unternehmen entlasten (vgl. CDU, CSU & SPD 10. Oktober 2005:64).

Bezüglich des sicherheitspolitischen Eigeninteresses bei der Förderung erneuerbarer Energien spricht die deutsche Bundesregierung einerseits die Sicherung der Energieversorgung, andererseits die Abmilderung der aus dem Klimawandel resultierenden Gefahren und die Vermeidung von weltweiten Verteilungskonflikten an. Die deutsche Volkswirtschaft hängt in einem hohen Maße von Öl- und Gasimporten ab und diese Abhängigkeit von fossilen Energieträgern erachtet die Bundesregierung aufgrund der weltweit steigenden Energienachfrage und der Konzentration verbleibender Reserven auf wenige Staaten, von denen viele als „nicht demokratisch verfasst, staatlich nicht sehr stabil und wenig transparent“ (Heusgen 2008:50) eingeschätzt werden, als Gefahr für die Energieversorgung Deutschlands. Das Streben nach Energieversorgungssicherheit geht hierbei mit dem Ziel der Autonomiesteigerung einher. Die angestrebte Auto-

nomieausweitung verfügt sowohl über eine ökonomische Dimension, da erneuerbare Energien vor Ort hergestellt werden und damit Importe ersetzen können, als auch über eine politische Dimension: Erdöl und Erdgas exportierende Staaten verfügen aufgrund ihrer natürlichen Ressourcenausstattung auch über Machtressourcen, mit denen sie von Erdöl- und Erdgasimporten abhängige Staaten politisch unter Druck setzen können (vgl. AA 2008; Bundesregierung 2007a:58; CDU, CSU & SPD 10. Oktober 2005; Heusgen 2008:50–53; Sach 2008:61).

Während die Bundesregierung bei Fragen der Energieversorgung direkt auf die Sicherheit Deutschlands verweist, bezieht sie sich mit den möglichen Folgen des Klimawandels und den befürchteten weltweiten Verteilungskonflikten vor allem auf die internationale Sicherheit (vgl. Steinmeier 2008:3). Sie verweist auf die Gefahr, dass die Folgen des Klimawandels zur Destabilisierung von Gesellschaften und Staaten beitragen können. Zudem befürchtet sie eine zunehmende Knappheit von Ressourcen und Lebensraum, die zu vermehrte Flüchtlingsbewegungen führen und damit auch die nationale Sicherheit Deutschlands bedrohen kann (vgl. Schlie & von Seherr-Thoß 2008:54f.). Eine „Entwicklungspolitik als Sicherheitspolitik im eigenen Interesse“ (CDU, CSU & SPD 10. Oktober 2005:147) soll dazu beitragen, eben diesen Flüchtlingsbewegungen entgegenzuwirken. Abgesehen davon weist die Bundesregierung auch auf das in Deutschland steigende Risiko von Naturkatastrophen hin (vgl. Schlie & von Seherr-Thoß 2008:54).<sup>28</sup> Zudem befürchtet die Bundesregierung aufgrund der wachsenden Knappheit von Energieressourcen die Zunahme von gewaltsamen Auseinandersetzungen über den Zugang zu Energie. Sie sieht daher in der Förderung von erneuerbaren Energien eine wichtige Strategie zur Konfliktvermeidung (vgl. BMZ 2006:17).

Des Weiteren sollte auf dem hier betrachteten Politikfeld die Bedeutung des internationalen Prestiges und der Einflussnahme auf die Gestaltung internationaler Politik nicht unterschätzt werden. Internationale Umwelt- und Klimapolitik ist für die deutsche Bundesregierung ein Bereich wie kaum ein anderer in der internationalen Politik, in dem sie sich international profilieren kann.<sup>29</sup> Die Bundesregierung sieht sich als Vorrei-

---

<sup>28</sup> Die befürchtete Zunahme von Naturkatastrophen ist auf ein möglicherweise vermehrtes Auftreten von extremen Wetterverhältnissen zurückzuführen, welches die Gefahr von Überflutungen, Erosionen und Waldbränden steigen lässt (vgl. Schlie & von Seherr-Thoß 2008:54).

<sup>29</sup> Holtrup Mostert (2007:376) betont hierbei, dass Deutschland in der Umweltaußenpolitik im Gegensatz zu anderen außenpolitischen Aktionsfeldern unter Berücksichtigung seiner historischen Verantwortung weitgehend vorurteilsfrei handeln kann.

ter in der Umwelt- und Klimapolitik sowie bei der Förderung von erneuerbaren Energien und unterstreicht immer wieder ihren Willen, diese Vorreiterrolle weiter auszubauen (vgl. BMU 2008d:4; BMZ 2005:60; Bundesregierung 2007a:58f.; CDU, CSU & SPD 10. Oktober 2005:65; Sach 2008:64). Das Streben nach Prestige und Einfluss ist auf diesem Politikfeld eng miteinander verbunden. Die deutsche Bundesregierung betont daher auch die Möglichkeit, als internationales Vorbild indirekt die Politikgestaltung auf internationaler Ebene sowie innerhalb anderer Staaten beeinflussen zu können:

„Mit unserer erfolgreichen Politik im Energie- und Umweltbereich setzten wir bereits jetzt Maßstäbe. Dies zeigt sich auch dadurch, dass sich viele Staaten an ihr orientieren: bei der Förderung erneuerbarer Energien, in der Forschung und Entwicklung genauso wie bei der Energieeffizienz. Für uns ist das Ansporn, unsere energie- und klimapolitischen Anstrengungen weiter zu verstärken, im Innern genauso wie in der EU und auf globaler Ebene“ (Steinmeier 2008:3).

Die deutsche Bundesregierung möchte die internationale Umwelt- und Klimapolitik jedoch nicht nur indirekt beeinflussen, sondern diese auch aktiv gestalten (vgl. CDU, CSU & SPD 10. Oktober 2005:53)

Neben den aufgeführten Eigeninteressen basieren die Präferenzen der deutschen Bundesregierung auf Normen – die Bundesregierung selbst charakterisiert ihre Außenpolitik als wertgebunden (vgl. Bundesregierung 2006:76, Bundesregierung 2007a:74f.). Sie hebt die Charta der VN als grundlegenden Rechts- und Werterahmen für die internationalen Beziehungen hervor und sieht auf VN-Konferenzen verabschiedete Ziele auch als Messlatte für die eigene Politik (vgl. Bundesregierung 2006:81; BMZ 2006:13). Für den Bereich der erneuerbaren Energien sind hierbei insbesondere die Konferenzen von Rio und Johannesburg von Bedeutung. Die Koalition bekennt sich zu dem auf dem Erdgipfel in Rio verabschiedeten Leitbild der nachhaltigen Entwicklung, welches sie zum Ziel und Maßstab des eigenen Regierungshandelns auf nationaler, europäischer und internationaler Ebene erklärt, und zu dem Aktionsplan des Weltgipfels zur nachhaltigen Entwicklung in Johannesburg (vgl. CDU, CSU & SPD 10. Oktober 2005:64, 69, 161). Des Weiteren verpflichtet sich die Bundesregierung zu den Zielen und Prinzipien der Millenniumserklärung der VN, die vor allem als verbindlicher Ordnungsrahmen und als Messlatte der Entwicklungspolitik sieht (vgl. BMZ 2005:ix; CDU, CSU & SPD 10. Oktober 2005:161). Den Auf- und Ausbau der Energieversorgung in Entwicklungsländern über den verstärkten Einsatz erneuerbarer Energien erach-

tet die Bundesregierung als einen wichtigen Beitrag zum Erreichen der MDGs (vgl. BMZ 2006:12).

Für den internationalen Klimaschutz tritt die Bundesregierung nach eigenen Angaben nicht nur aus Eigeninteresse ein. Sie sieht sich als großes Industrieland auch in der „moralischen Pflicht“ (Bundesregierung 2007a:5) eine Vorreiterrolle beim Klimaschutz zu spielen. Die Bundesregierung fordert, dass die Industrieländer die führende Rolle und die finanziellen Zusatzlasten für den globalen Klimaschutz übernehmen sollen, da diese einerseits die Hauptverursacher der klimaschädlichen Treibhausgasemissionen sind, andererseits aber auch über das notwendige Know-how sowie über technische und finanzielle Kapazitäten verfügen (vgl. Bundesregierung 2007a:5, 59). Daraus resultiere die Verpflichtung der Industrieländer, den Entwicklungsländern finanzielle Mittel und umweltverträgliche Technologien für den Klimaschutz zugänglich zu machen (vgl. BMZ 2002a:14f.). Die reichsten Industrieländer sollen daher nach Ansicht der Bundesregierung ihre Innovationskraft nutzen, um Märkte für erneuerbare Energien und Effizienztechnologien zu entwickeln und die Kosten dieser Produkte zu senken. Dies wiederum erleichtere den Entwicklungsländern langfristig die Finanzierung nachhaltiger Energien. In der kurzen Frist sollten die Industrieländer zudem die Entwicklungsländer bei dem Aufbau einer nachhaltigen Energieversorgung unterstützen (vgl. BMZ 2006:2–5).

Die Bundesregierung spricht allen Nationen ein Recht auf Entwicklung zu und erachtet die Förderung erneuerbarer Energien als einen wichtigen Beitrag zur Entwicklungsförderung. Energiepolitische Kooperationen sollen neben dem Klimaschutz vor allem die Lebensbedingungen in den Entwicklungsländern verbessern, indem sie einen Beitrag zur Deckung des Energiegrundbedarfes der Bevölkerung und zur Stärkung der technologischen Leistungsfähigkeit des Energiesektors leisten und die Abhängigkeit der Entwicklungsländer von importierten Energieträgern reduzieren (vgl. BMZ 2002a:31f.). Die Armutsbekämpfung als „Gebot ethisch-moralischer Verantwortung und Solidarität“ (Bundesregierung 2007a:77) ist übergeordnetes Ziel der deutschen Entwicklungskooperation. Aus diesem Grund gelten arme Bevölkerungsschichten als vorrangige Zielgruppen in der Entwicklungskooperation. Die angestrebte Energiewende hin zu Energieeffizienz und erneuerbaren Energien in Entwicklungsländern soll daher auch vor allem der Armutsbekämpfung dienen (vgl. BMZ 2007b:3–8).

Ein effektiver Klimaschutz ist nach Ansicht der deutschen Bundesregierung nur über die Einbindung wichtiger Entwicklungs- und Schwellenländer in ein internationales Klimaschutzabkommen als Nachfolgeabkommen des Kyotoprotokolls möglich (vgl. BMU 2008d:5; Bundesregierung 2006:31). Die Bundesregierung fordert daher von den Entwicklungs- und Schwellenländern, sich gemäß ihrer jeweiligen Fähigkeiten zum Klimaschutz zu verpflichten. Als Ergänzung zu einem verbindlichen Klimaschutzabkommen spricht sich die Bundesregierung für Partnerschaften zur Steigerung der Energieeffizienz und zum Ausbau erneuerbarer Energien zwischen Industrie- und Entwicklungsländern aus (vgl. CDU, CSU & SPD 10. Oktober 2005:65). Erneuerbare Energien sollen einen Beitrag dazu leisten, dass Entwicklungsländer nicht die Fehler der Industrieländer wiederholen, sondern einen Entwicklungspfad auf Basis der nachhaltigen Nutzung natürlicher Ressourcen einschlagen (vgl. BMZ 2002a:35).

Die deutsche Bundesregierung ist der Meinung, dass die aktuellen politischen und wirtschaftlichen Strukturen erneuerbare Energien im Vergleich zu anderen Energieträgern benachteiligen. Sie möchte sich daher für die Schaffung von „Chancengleichheit für die Entwicklung erneuerbarer Energien“ einsetzen (Bundesregierung 2008b:8). Sie erachtet es als notwendig, dass erneuerbare Energien in internationalen politischen Prozessen eine stärkere Rolle spielen, und sieht auf diesem Gebiet der internationalen Politik eine „institutionelle Lücke“ (Bundesregierung 2008b:8). Diese institutionelle Lücke soll nach Ansicht der Bundesregierung durch eine IRENA geschlossen werden. Im April 2008 lud die Bundesregierung<sup>30</sup> interessierte Staaten zu einer Vorbereitungskonferenz zur Gründung einer solchen Agentur ein. In den für die Vorbereitungskonferenz erstellten Dokumenten erklärt die Bundesregierung die „Förderung des weltweiten Einsatzes erneuerbarer Energien im großen Maßstab“ (Bundesregierung 2008b:6) zum Hauptziel von IRENA.<sup>31</sup> Schwerpunkt soll nicht auf einer einzigen Form von erneuerbaren Energien liegen, sondern Solar- und Windenergie, Biomasse einschließlich Biotreibstoffe, Gezeiten- und Strömungsenergie, Erdwärmeenergie, Wasserkraft und sonstige Arten von erneuerbaren Energien umfassen. Biomasse und Wasserkraft gehö-

---

<sup>30</sup> Die Vorbereitungskonferenz wurde vom Auswärtigen Amt, BMU und BMZ organisiert.

<sup>31</sup> Die Darstellung der deutschen Position bezüglich IRENA bezieht sich auf die von der Bundesregierung im Vorfeld der ersten Vorbereitungskonferenz erstellten Dokumente und nicht auf die Dokumente, welche die Bundesregierung in Anschluss an diese Konferenz zur Diskussion in den nachfolgenden Workshops erstellt hat (siehe Bundesregierung 2008d; Bundesregierung 2008c), da Letztere bereits die Vorstellungen anderer Staaten integrieren.



ren nach Ansicht der Bundesregierung jedoch nur dann zu dem Aufgabenbereich von IRENA, sofern sie auf „nachhaltige, umweltfreundliche Weise“ (Bundesregierung 2008e:4) produziert werden. Nach den Vorstellungen der Bundesregierung soll IRENA über Politikberatung die ordnungspolitischen Rahmenbedingungen für erneuerbare Energien verbessern, Technologietransfer unterstützen, *Capacity Building* in diesem Bereich fördern, über angewandte Politikforschung zu einer wissenschaftlich abgesicherten Informationsbasis beitragen und eine bessere Finanzierung von erneuerbaren Energien ermöglichen. IRENA soll dabei ihre Leistungen nur auf Nachfrage bereitstellen und nicht das Ziel der Ausarbeitung internationaler Regelungen und Verträge verfolgen (vgl. Bundesregierung 2008b:6f., Bundesregierung 2008e:3, 5). Da die Bundesregierung die Einbettung der IRENA in das System der VN aufgrund der dort geltenden Konsensregel und der skeptischen Einstellung mehrerer Staaten gegenüber dem Ausbau erneuerbarer Energien als eine nicht realistische Option erachtet, soll sie als eine eigenständige staatliche Organisation alle interessierten und gleichgesinnten Staaten einbeziehen (vgl. Bundesregierung 2008b:11). Aus Gründen der Legitimation strebt die Bundesregierung eine Gründung durch eine „möglichst breit gefächerte Gruppe von großen und kleinen Staaten, Industrie- und Entwicklungsländern“ an (Bundesregierung 2008b:6). Bestärkt durch die Gründungskonferenz mit mehr als 50 teilnehmenden Staaten,<sup>32</sup> soll in Anschluss an weitere Konsultationen mit den beitriftswilligen Staaten Anfang 2009 die Gründungs- und Unterzeichnungskonferenz stattfinden (vgl. Bundesregierung 2008j).

## V.2. Brasilien

Der Fokus dieses Unterkapitels richtet sich nun auf die Präferenzen der brasilianischen Regierung, wobei auch hier zuerst deren Wahrnehmung betrachtet wird. In ihrem außenpolitischen Engagement für eine verstärkte Produktion und Nutzung von erneuerbaren Energien konzentriert sich die brasilianische Regierung auf Agrartreibstoffe bzw. insbesondere auf Ethanol, andere Formen erneuerbarer Energien sind für die außenpolitische Agenda Brasiliens von zu vernachlässigender Bedeutung. Agrartreibstoffe bilden dagegen eine außenpolitische Priorität der Regierung Lula (vgl. Amorim 2007:6; Presi-

---

<sup>32</sup> Für eine genaue Auflistung der teilnehmenden Staaten sei auf Bundesregierung (2008g) hingewiesen. An den Vorbereitungsworkshops für die Gründung im Juni/Juli 2008 nahmen nur noch 44 Staaten teil, die Auflistung der teilnehmenden Staaten ist unter Bundesregierung (2008h) zu finden.

dência da República Federativa do Brasil 2008a). Dies betont auch der Leiter der Energieabteilung des brasilianischen Außenministeriums (MRE):

„Bei allen Auslandsreisen von Präsident Lula und allen Kontakten mit ausländischen Besuchern in Brasilien spielen Biokraftstoffe immer eine herausragende Rolle. Ohne Zweifel zeichnet sich die Regierung Lula durch die Entschlossenheit aus, den Gebrauch von Biokraftstoffen in der Welt zu verbreiten“ (Ferreira Simões 2007:11, Übers. d. Verf.).<sup>33</sup>

Nach Ansicht der brasilianischen Regierung können Agrartreibstoffe einen entscheidenden Beitrag zur Sicherung der weltweiten Energieversorgung und zum Klimaschutz leisten (vgl. Amorim 2007:6; Brasilianische Botschaft in Berlin 2007; Ferreira Simões 2007:14f.; MRE 2008d; Roussef 2007). Die brasilianische Regierung geht davon aus, dass Agrartreibstoffe als Substitut für Erdöl an strategischer Relevanz gewonnen haben und mittlerweile in der Außenpolitik der wichtigsten internationalen Akteure von zentraler Bedeutung sind. Dies führt die Regierung einerseits auf steigende Ölpreise und auf die Erwartung zurück, dass die Ölpreise aufgrund zunehmender Nachfrage auch in Zukunft nicht sinken werden, andererseits hebt sie die politischen Instabilitäten in den Förderregionen von Erdöl als eine weitere Ursache dieser Entwicklung hervor (vgl. MRE 2008d). Die Gefährdung der Versorgungssicherheit und die Notwendigkeit zur Reduktion von Treibhausgasemissionen erfordern nach Ansicht der brasilianischen Regierung den Aufbau eines neuen Energiemodells, das sich nahezu vollständig von fossilen Brennstoffen abkehrt. Gerade im Bereich Transport und Verkehr erachtet die brasilianische Regierung eine Umstellung auf erneuerbare Energiequellen als notwendig, da der weltweite Energiebedarf in diesem Sektor fast vollständig von Erdöl und Erdgas gedeckt wird und der Transportsektor für einen hohen Anteil der weltweiten Treibhausgasemissionen verantwortlich ist (vgl. Amorim 2007; Brasilianische Botschaft in Berlin 2007).

Die brasilianische Regierung ist zudem der Meinung, dass die Produktion von Agrartreibstoffen einen bedeutsamen Beitrag für die wirtschaftliche und soziale Entwicklung armer Länder und damit zur Armutsbekämpfung leisten kann. Hierbei hebt sie insbesondere die Beschäftigungswirkung der Produktion hervor, die gerade der ländli-

---

<sup>33</sup> Das Zitat im Original: „Em todas as viagens do Presidente Lula ao exterior e em todos os contatos com visitantes estrangeiros ao Brasil, os biocombustíveis sempre tem papel de destaque. A determinação do Presidente em difundir o emprego de biocombustíveis no mundo é, sem dúvida, uma das marcas de sua administração”.

chen Bevölkerung ein Einkommen ermöglicht und so Hunger und Armut entgegenwirkt (vgl. MRE 2008a). Des Weiteren betont sie, dass der Export von Agrartreibstoffen Entwicklungsländern einen wichtigen Zugang zu Devisen ermöglicht (vgl. MAPA 2006:34). Dennoch sieht sich Brasilien mit vielen Vorurteilen bezüglich der Produktion von Agrartreibstoffen in Entwicklungsländern konfrontiert, hinter denen Lula kommerzielle Interessen vermutet:

„Man muss die vom Handelsprotektionismus und den Interessen der Petrogruppen angetriebenen Kampagnen demaskieren, welche die Produktion von Biokraftstoffen verteufeln möchten. Sie schieben dieser die Schuld zu, sei es für die Verteuerung der Lebensmittel, sei es für die globale Erwärmung“ (MRE 2008b, Übers. d. Verf.).<sup>34</sup>

Die brasilianische Regierung verneint einen allgemeinen negativen Zusammenhang zwischen der Produktion von Agrartreibstoffen und der Nahrungsmittelproduktion sowie dem Umwelt- und Klimaschutz und ist im Gegensatz dazu der Meinung, dass sich die Produktion von Agrartreibstoff überwiegend positiv auf die Nahrungsmittelproduktion und den Umwelt- und Klimaschutz auswirkt (vgl. MRE 2008b; Presidência da República Federativa do Brasil 2008a).

Die brasilianische Regierung schätzt die internationalen Rahmenbedingungen für Agrartreibstoffe – aufgrund hoher Erdölpreise, der Sorge vieler Regierungen um die Sicherheit ihrer Energieversorgung und des Bedeutungszuwachses von Klimaschutzmaßnahmen – als prinzipiell vorteilhaft ein und geht davon aus, dass die komparativen Vorteile der Nutzung von Agrartreibstoffen in Zukunft weiter steigen werden (vgl. Ferreira Simões 2007:31; MAPA 2006:34). Die Regierung schreibt dem eigenen Land eine Spitzenstellung bei der Forschung, Produktion und Vermarktung von Ethanol zu und sieht daher in einer weltweiten Ausweitung der Ethanolnutzung eine Chance, über Exportsteigerungen die ökonomische Entwicklung Brasiliens zu fördern (vgl. Amorim 2007:6). Des Weiteren sieht sie ideale Voraussetzungen, um auch als Produzent von Biodiesel weltweit an Bedeutung zu gewinnen (vgl. Ferreira Simões 2007:21f.). Die brasilianische Regierung betont, dass die Vorteile der Agrartreibstoffe erst bei der Etablierung eines internationalen Marktes vollständig ausgeschöpft werden können. Als

---

<sup>34</sup> Das Zitat im Original: „É preciso desmarcar campanhas, movidas pelo protecionismo comercial e pelos interesses de grupos petroleiros, que buscam demonizar a produção de bicomubustíveis. Atribuem-lhe a culpa seja pelo encarecimento dos alimentos, seja pelo aquecimento global”.

größte Hindernisse dafür sieht sie die Handelsbeschränkungen der Industrieländer sowie deren Vorurteile bezüglich der Produktion von Agrartreibstoffen in Entwicklungsländern – in ihrer Außenpolitik setzt sich die Regierung Lula daher vor allem für die Beseitigung dieser Hindernisse ein (vgl. MRE 2007b).

Nach diesem Überblick über die Wahrnehmung der brasilianischen Regierung wird nun die außenpolitische Identität Brasiliens als Grundlage der außenpolitischen Präferenzen der Regierung Lula betrachtet. Die außenpolitische Identität spiegelt sich wiederum in der brasilianischen Verfassung wider. Der brasilianische Staat verfolgt nach Artikel 3 die grundlegenden Ziele, eine freie, gerechte und solidarische Gesellschaft aufzubauen, die nationale Entwicklung zu garantieren, Armut und Marginalisierung zu bekämpfen und soziale und regionale Ungleichheiten zu reduzieren sowie das Gemeinwohl ohne Diskriminierungen zu fördern. Diese Grundorientierung reflektiert sich in den Außenbeziehungen Brasiliens, deren Prinzipien im Artikel 4 niedergeschrieben sind:

„Die Föderative Republik Brasilien lässt sich in ihren internationalen Beziehungen durch die folgenden Prinzipien leiten: I - Nationale Unabhängigkeit; II - Primat der Menschenrechte; III - Selbstbestimmung der Völker; IV - Nicht-Intervention; V - Gleichheit der Völker; VI - Schutz des Friedens; VII - Friedliche Konfliktlösung; VIII - Missbilligung von Terrorismus und Rassismus ; IX - Kooperation der Völker für den Fortschritt der Menschheit; X - Gewährung politischen Asyls (*Constituição da República Federativa do Brasil* 2008, Übers. d. Verf.).<sup>35</sup>

Mit staatlicher Souveränität verbundene Prinzipien – nationale Unabhängigkeit, Selbstbestimmung der Völker und Nichtintervention – erhalten demnach in den Außenbeziehungen eine hervorgehobene Stellung. Zudem legt dieser Artikel eine friedliche und kooperative Grundorientierung der Außenpolitik fest. Neben den hier aufgeführten Prinzipien lässt sich die Entwicklungsdiplomatie als ein weiterer grundlegender Zug der brasilianischen Außenpolitik charakterisieren (vgl. de Almeida 2007:5). Nach Boeckh (2003: 87) hat „kein anderes Land Lateinamerikas (...) seine Außenpolitik so conse-

---

<sup>35</sup> Der Text im Original: „A República Federativa do Brasil rege-se nas suas relações internacionais pelos seguintes princípios: I - independência nacional; II - prevalência dos direitos humanos; III - autodeterminação dos povos; IV - não-intervenção; V - igualdade entre os Estados; VI - defesa da paz; VII - solução pacífica dos conflitos; VIII - repúdio ao terrorismo e ao racismo; IX - cooperação entre os povos para o progresso da humanidade; X - concessão de asilo político”.

quent in den Dienst der wirtschaftlichen und technologischen Entwicklung gestellt wie (...) Brasilien“.

Die Entwicklungsdiplomatie bildet eine wichtige Grundlage für die außenpolitische Identität der Regierung Lula. Sie definiert das Ziel der nationalen Entwicklungsförderung als Priorität ihrer Politikgestaltung<sup>36</sup> – in seiner Antrittsrede stellt Lula dementsprechend klar, dass die Außenpolitik seiner Regierung vor allem der nationalen Entwicklung dienen soll: „In meiner Regierung wird die diplomatische Tätigkeit Brasiliens (...) vor allem ein Instrument der nationalen Entwicklung sein“ (Lula da Silva 2003, Übers. d. Verf.).<sup>37</sup> In dem Regierungsprogramm werden folgende weitere grundlegende Züge der Außenpolitik festgelegt:

„Brasilien wird seine souveräne Präsenz in der Welt verstärken. Es wird in internationalen Foren für Multilateralismus kämpfen (...). Es wird seine Initiativen für eine gerechtere Wirtschafts-, Finanz- und Handelsordnung beibehalten, die armen Ländern (...) dient und gleichzeitig die aktuellen weltweiten Asymmetrien reduziert. Brasilien wird sich weiterhin in seinem Kampf gegen Hunger und für Frieden engagieren. Es wird eine Beziehung zwischen den Nationen verteidigen, die auf den Prinzipien des Respekts nationaler Souveränität, der Nichtaggression und der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten basiert. Es wird den Prozess der südamerikanischen Integration vorrangig behandeln (...) und seine Süd-Süd-Beziehungen stärken (...) und gleichzeitig versuchen, den eigenen Zugang zu den großen europäischen, nordamerikanischen und asiatischen Märkten zu erweitern (Lula da Silva & Alencar 2006:14, Übers. d. Verf.).<sup>38</sup>

Wie die Ausführungen zur außenpolitischen Identität verdeutlichen, verfolgt die brasilianische Regierung in ihrer Außenpolitik vor allem das Eigeninteresse der nationalen Wohlfahrtssteigerung. Dementsprechend soll das außenpolitische Engagement für eine weltweite Ausweitung der Produktion und Nutzung von Agrartreibstoffen primär der ökonomischen Entwicklung des Landes dienen (vgl. Amorim 2007:7; Ferreira

---

<sup>36</sup> Diese Priorisierung verdeutlicht auch der Vorspann des Regierungsprogrammes zur zweiten Amtszeit Lulas: „Der Name meiner zweiten Amtszeit wird Entwicklung lauten. Entwicklung mit Einkommensverteilung und hochwertiger Bildung“ („O nome do meu segundo mandato será desenvolvimento. Desenvolvimento com distribuição de renda e educação de qualidade“) (Lula da Silva & Alencar 2006).

<sup>37</sup> Das Zitat im Original: „No meu Governo, a ação diplomática do Brasil (...) será, antes de tudo, um instrumento do desenvolvimento nacional“.

<sup>38</sup> Das Zitat im Original: „O Brasil acentuará sua presença soberana no mundo. Lutará nos foros internacionais pelo multilateralismo (...). Menterá suas iniciativas em favor de ordem econômica, financeira e comercial mais justa que beneficie países pobres (...) ao mesmo tempo que reduz as atuais assimetrias mundiais. O Brasil continuará empenhado em sua luta contra o fome e pela paz. Defenderá um relacionamento entre as nações baseado nos princípios de respeito à soberania nacional, de não agressão e de não ingerência nos assuntos internos de outros estados. Privilegiará o processo de integração sul-americana (...) e fortalecerá as relações Sul-Sul (...) ao mesmo tempo em que buscará ampliar seu acesso aos grandes mercados europeu, norte-americano e asiático“.

Simões 2007:11). Für die brasilianische Wirtschaft ist die bereits etablierte Ethanolproduktion von größerer Bedeutung als die Biodieselproduktion, welche nur auf den nationalen Markt ausgerichtet ist. Das außenpolitische Engagement Brasiliens für Agrartreibstoffe bezieht sich daher in erster Linie auf die Ethanolproduktion. Priorität bildet hierbei die Steigerung der brasilianischen Ethanolexporte, die nach Angaben der brasilianischen Regierung nicht nur den Devisenzufluss erhöhen und das Wachstum der brasilianischen Volkswirtschaft fördern, sondern auch über positive Verteilungswirkungen verfügen: Eine Exportsteigerung schafft neue Arbeitsplätze auch für Mitglieder armer Bevölkerungsschichten und ermöglicht diesen wichtige Einkommensquellen (vgl. Brasilianische Botschaft in Berlin 2007; MRE 2008c). Da Brasilien bei der Ethanolproduktion über komparative Kostenvorteile verfügt, diese Wettbewerbsvorteile jedoch aufgrund von politischen Eingriffen in die Märkte nicht vollständig nutzen kann, tritt die Regierung Lula vor allem für den Abbau von Handelshemmnissen insbesondere der Industrieländer ein (vgl. Lula da Silva & Alencar 2006:14f.).

Die Regierung hebt im oben zitierten Ausschnitt aus dem Regierungsprogramm deutlich hervor, dass sie die Präsenz Brasiliens in der internationalen Politik stärken möchte. Sie möchte die eigene Verhandlungsmacht in internationalen Foren steigern und mit den eigenen Vorstellungen internationale Debatten zu Themen wie z. B. Armutsbekämpfung, Energiesicherheit, Klimawandel und Entwicklungsförderung beeinflussen (vgl. Amorim 2008). Brasilien möchte bei der Gestaltung der *global governance*-Strukturen nicht nur auf die Vorschläge der Industrieländer reagieren, sondern diese Strukturen über die Beeinflussung der internationalen Agenda aktiv gestalten (vgl. MRE 2008f). Auf dem Gebiet der Agrartreibstoffproduktion sieht sich die brasilianische Regierung in einer internationalen Führungsposition, und diese möchte sie konsolidieren (vgl. Ferreira Simões 2007:31). Die komparativen Kostenvorteile Brasiliens bei der Produktion von Agrartreibstoffen bieten der Regierung des Weiteren die Chance, den eigenen politischen Einfluss in den internationalen Beziehungen weiter zu steigern:

„Die Führungsrolle, die Brasilien aktuell im Sektor der Biokraftstoffe einnimmt, stellt (...) einen grundlegenden komparativen Vorteil dar. Wenn er gut genutzt und entwickelt wird, kann er (...) zur Transformation Brasiliens in eine Energiemacht erster Klasse beitragen“ (Ferreira Simões 2007:16, Übers. d. Verf.).<sup>39</sup>

Brasilien möchte sich demnach als Energiemacht in den internationalen Beziehungen etablieren – und dies bedeutet bekanntlich neben ökonomischer Stärke auch politische Macht.

Des Weiteren ermöglicht die Produktion von Agrartreibstoffen der brasilianischen Regierung, sich in den internationalen Beziehungen als Vorbild zu profilieren. Sie präsentiert Brasilien aufgrund des hohen Anteils erneuerbarer Energien in der Energiematrix und insbesondere der „großen Erfahrung und Erfolge bei der Herstellung und Nutzung von Biotreibstoffen“ (Brasilianische Botschaft in Berlin 2007) als ein internationales Vorbild und unterstreicht diese Vorbildfunktion immer wieder in ihren Außenbeziehungen. Der hohe Anteil erneuerbarer Energien in der nationalen Energiematrix stellt dabei nach Ansicht der brasilianischen Regierung die Verpflichtung Brasiliens zu dem Ziel der nachhaltigen Entwicklung unter Beweis, während sie mit der Ethanolproduktion die eigenen technologischen Fähigkeiten demonstrieren kann (vgl. Bundesregierung 2008i; MRE 2008c; Presidência da República Federativa do Brasil 2008a). Die brasilianische Regierung unterstreicht die wachsende internationale Nachfrage nach Kooperation auf dem Gebiet der Ethanolherstellung und betont dabei, dass sie stolz ist, die eigenen Erfahrungen mit anderen zu teilen zu können (vgl. Amorim 2007:9; MRE 2008c).

Auch wenn die Regierung Lula in ihren Außenbeziehungen die Wahrung der nationalen Souveränität deutlich betont, spielen Fragen der nationalen Autonomie bei ihrem Einsatz für einen verstärkten weltweiten Einsatz von Agrartreibstoffen nur eine untergeordnete Rolle. Die brasilianische Regierung möchte jedoch Einschränkungen der nationalen Souveränität bei Entscheidungen über das nationale Entwicklungsmodell abwehren, und dieses nationale Entwicklungsmodell umfasst natürlich auch die Produktion von Agrartreibstoffen (vgl. Lula da Silva 2003). In ihrem außenpolitischen Engagement für Agrartreibstoffe spricht die Regierung nationale Sicherheitsinteressen nicht direkt an. Brasilien ist nicht auf Erdölimporte angewiesen und daher verbindet die Re-

---

<sup>39</sup> Das Zitat im Original: „A liderança que o Brasil possui atualmente no setor de biocombustíveis representa (...) uma vantagem comparativa fundamental. Se bem empregada e desenvolvida, pode auxiliar (...) na transformação do Brasil em potência energética de primeira grandeza”.

gierung Lula ihr Engagement für Agrartreibstoffe nicht mit der Sicherung der Energieversorgung Brasiliens (vgl. *Presidência da República Federativa do Brasil* 2007).<sup>40</sup> Sie weist zwar im Allgemeinen auf die Gefahren des Klimawandels hin (vgl. MRE 2007b), scheint aber bei den Diskussionen zum Klimawandel eher die Chancen der Produktionsausweitung von Agrartreibstoffen als die Risiken des Klimawandels für Brasilien zu betonen (vgl. Hermanns 2007:2).

Die brasilianische Außenpolitik dient jedoch nicht nur der Umsetzung von Eigeninteressen, sondern basiert auch auf normativen Vorstellungen. Die Regierung Lula verpflichtet sich, mit ihrer Außenpolitik auf Basis des Völkerrechts eine friedliche und gerechtere Welt zu fördern. In ihren außenpolitischen Diskursen betont die Regierung Lula immer wieder das Streben Brasiliens nach internationaler Gerechtigkeit. Unter internationaler Gerechtigkeit versteht sie dabei vor allem die Reduktion von bestehenden Asymmetrien im internationalen System und die Förderung von Entwicklung in Entwicklungsländern (vgl. *Governo Federal do Brasil* 2008; Lula da Silva & Alencar 2006:14). Dafür erachtet sie die Reform der internationalen Wirtschafts-, Finanz- und Handelsordnung und eine Demokratisierung der internationalen Beziehungen als notwendig. Nach Ansicht der brasilianischen Regierung können Agrartreibstoffe einen wichtigen Beitrag zu einer solchen gerechteren Weltordnung leisten (vgl. Amorim 2007:8f.). Die Produktion von Agrartreibstoffen im eigenen Land bietet demnach den Entwicklungsländern die Möglichkeit, die Kohlenstoffintensität der eigenen Volkswirtschaft zu reduzieren, ohne dabei auf teure Technologien angewiesen zu sein oder Einbußen im Wirtschaftswachstum hinnehmen zu müssen (*Presidência da República Federativa do Brasil* 2007). Im Gegenteil dazu sei die Produktion von Agrartreibstoffen in Entwicklungsländern ein bedeutender Motor für deren wirtschaftliche Entwicklung:

„Für Entwicklungsländer bieten Biokraftstoffe bedeutende Möglichkeiten für die Generierung von Arbeitsplätzen, Einkommen und Exporteinnahmen, und erzeugen darüber hinaus Ersparnis bei Erdölimporten“ (Ferreira Simões 2007:31, Übers. d. Verf.).<sup>41</sup>

---

<sup>40</sup> Zu Beginn der staatlichen Förderung der Ethanolproduktion in den 1970er Jahren verfolgte Brasilien dagegen noch das Interesse, die eigene Energieversorgung zu sichern und eine größere Autonomie gegenüber Erdölimporten zu erlangen (vgl. de Almeida, Bontempo & De Souza e Silva 2008:155; Nolte & Stolte 2008:152).

<sup>41</sup> Das Zitat im Original: „Para países em desenvolvimento, os biocombustíveis trazem grandes possibilidades de geração de empregos, renda e de uma receita de exportação, além de gerar economia na importação de petróleo”.



Abgesehen davon verweist die brasilianische Regierung auf die Möglichkeit, mit Hilfe von Agrartreibstoffen die Energieproduktion zu demokratisieren: Während nach Angaben der brasilianischen Regierung heutzutage 20 Länder Energie für 200 Länder produzieren, könnten bei einer verstärkten Nutzung von Agrartreibstoffen mehr als 100 Länder Energie produzieren und damit den Zugang zu Energie demokratisieren (vgl. *Presidência da República Federativa do Brasil 2007:3*).

Des Weiteren betont die brasilianische Regierung das Streben nach internationaler Solidarität (vgl. *Lula da Silva & Alencar 2006:8*). Sie möchte daher die eigenen Erfahrungen in der Produktion von Agrartreibstoffen mit anderen Entwicklungsländern teilen und dabei insbesondere mit den ärmsten Ländern Afrikas und Lateinamerikas kooperieren (vgl. *Presidência da República Federativa do Brasil 2007:4*).

Die brasilianische Regierung erachtet die Etablierung eines Weltmarktes für Agrartreibstoffe als wichtigsten Schritt zur Umsetzung ihrer Präferenzen und klagt die bestehenden Handelsdiskriminierungen insbesondere der Industrieländer an:

„Merkwürdigerweise wird Ethanol trotz seiner anerkannten ökologischen Vorteile und der steigenden Zahl von Ländern, die es nutzen, in vielen Märkten immer noch durch die Anwendung schwerwiegender Einfuhrzölle diskriminiert, wie dies in den USA, der Europäischen Union und in Japan der Fall ist“ (*Szwarc 2007:135*, Übers. d. Verf.).<sup>42</sup>

Diesen protektionistischen Handelspraktiken möchte die brasilianische Regierung entgegenwirken. Dabei möchte sich die Regierung vor allem für die Festlegung internationaler Normen und Standards einsetzen, die den Aufbau eines Weltmarktes für Agrartreibstoffe ermöglichen (vgl. *Brasilianische Botschaft in Berlin 2007*; *Ferreira Simões 2007:22*; *MAPA 2006:36*; *MRE 2008d*; *Rodrigues & Accarini 2007:180*). Die brasilianische Regierung möchte jedoch verhindern, dass diese Normen und Standards restriktiv gestaltet oder im Namen der Nachhaltigkeit als nicht-tarifäre Handelshemmnisse missbraucht werden (vgl. *Ferreira Simões 2007:29*). Einheitliche Normen und Standards sollen sicherstellen, dass Agrartreibstoffe als *commodity*, d. h. als ein Gut mit nahezu identischer Qualität und einheitlichem Weltmarktpreis, gehandelt werden. Die Regierung spricht sich zudem für die Einführung einer internationalen Börse für den Handel mit Agrartreibstoffen aus, um so Termingeschäfte und das Abschließen langfristiger

Handelsverträge zu ermöglichen (vgl. Ferreira Simões 2007:22, 31; MRE 2008d; Rodrigues & Accarini 2007:180).

Die brasilianische Regierung betont, dass für die Etablierung eines Weltmarktes für Agrartreibstoffe nicht nur eine signifikante Ausweitung der Nutzung von Agrartreibstoffen notwendig ist, sondern dass auch die Anzahl der Produzenteländer steigen muss. Sie strebt daher an, brasilianische Technologien zur Herstellung von Agrartreibstoffen in möglichst vielen Ländern einzuführen. Auf bilateraler Ebene soll vor allem der Abschluss technologischer und wissenschaftlicher Kooperationsabkommen zur Ausweitung des weltweiten Marktes für Agrartreibstoffe beitragen. Hierbei möchte Brasilien gerade Entwicklungsländer bei dem Aufbau und der Ausweitung eigener Produktionskapazitäten unterstützen (vgl. Brasilianische Botschaft in Berlin 2007; Ferreira Simões 2007:22-24, 31; MAPA 2006:31f.; MRE 2008d; Lula da Silva & Alencar 2006:19).

Die brasilianische Regierung befürchtet die Beschränkung ihrer außenpolitischen Ambitionen aufgrund von international verbreiteten Vorurteilen bezüglich der Auswirkungen der Ethanolproduktion in Brasilien und versucht deshalb bei jeder Gelegenheit, diesen Vorurteilen entgegenzuwirken. Sie bekräftigt daher immer wieder, dass die Produktion von Ethanol in Brasilien in keiner Flächenkonkurrenz zur Nahrungsmittelproduktion steht und eine mögliche Ausweitung der Ethanolproduktion nicht zu einer Abholzung des Regenwaldes führt.<sup>43</sup> Des Weiteren hebt sie die positive Energiebilanz der Ethanolgewinnung aus Zuckerrohr und dessen umweltfreundlichen Anbau hervor.<sup>44</sup> Die brasilianische Regierung versucht zudem Vorwürfe zu entkräften, dass die Arbeiter auf den Zuckerrohrplantagen ausgebeutet werden<sup>45</sup> und weist auf die im brasilianischen

---

<sup>42</sup> Das Zitat im Original: „Curiosamente, apesar das suas reconhecidas ventagens ambientais e do número crescente de países que o utilize, o etanol ainda sofre de discriminação em varios mercados, sendo objetivo de aplicação de pesadas tarifas de importação, como ocorre nos EUA, União Europeia e Japão”.

<sup>43</sup> In diesem Zusammenhang verweist die brasilianische Regierung vor allem auf die große Anzahl ungenutzter Flächen in Brasilien und auf Produktivitätssteigerungen in der Ethanolproduktion, die eine Produktionsausweitung auch ohne Flächenausdehnung ermöglichen. Des Weiteren macht sie auf die Zunahme der brasilianischen Nahrungsmittelproduktion in den letzten Jahren aufmerksam und hebt hervor, dass die Böden und das Klima in der Amazonasregion nicht für die Ethanolproduktion geeignet sind (vgl. Brasilianische Botschaft in Berlin 2007; Ferreira Simões 2007:25–28).

<sup>44</sup> Bezüglich der Umweltfreundlichkeit verweist die Regierung auf den geringen Einsatz von Pflanzenschutzmitteln, ein Programm zum biologischen Pflanzenschutz und die geringe Bodenerosion (vgl. Brasilianische Botschaft in Berlin 2007).

<sup>45</sup> Nach Angaben der brasilianischen Botschaft in Berlin liegen die durchschnittlichen Löhne ungelernter Arbeitskräfte in São Paulos Zuckerwirtschaft circa 86% über denen in anderen Bereichen der Landwirtschaft (vgl. Brasilianische Botschaft in Berlin 2007).

Vergleich überdurchschnittlich hohe Qualität der Arbeitsplätze bei der Ethanolproduktion hin (vgl. Brasilianische Botschaft in Berlin 2007; Ferreira Simões 2007:25f.; Fiori 2008b; MRE 2008c; Presidência da República Federativa do Brasil 2008a).

Die brasilianische Regierung möchte des Weiteren andere internationale Akteure davon überzeugen, dass die Produktion von Agrartreibstoffen in Entwicklungsländern einen wichtigen Beitrag zur Gewährleistung der weltweiten Nahrungsmittelsicherheit leisten kann und die Nahrungsmittelkrise im Jahr 2008 vor allem auf die ungleiche Verteilung von Nahrungsmitteln in der Welt und den Protektionismus der Industrieländer zurückzuführen ist (vgl. Ferreira Simões 2007; Fiori 2008c; MRE 2008a; MRE 2008b).

Als zentrales Element für die Etablierung eines Weltmarktes für Agrartreibstoffe erachtet die brasilianische Regierung das IBF, welches im Jahr 2007 auf Initiative Brasiliens gegründet wurde und neben Brasilien Südafrika, China, USA, Indien und die EU umfasst. Nach Angaben der brasilianischen Regierung dient das Forum dem vorrangigen Ziel, Ethanol und Biodiesel in eine *commodity* zu transformieren, indem es den Dialog zwischen den größten Produzenten und Konsumenten von Agrartreibstoffen strukturiert. Das Forum verfolgt für die anfängliche Dauer von einem Jahr u.a. die Ziele, Empfehlungen für die Ausweitung der Produktion und des Konsums von Agrartreibstoffen zu erarbeiten, gemeinsame Standards und Normen für die Entwicklung eines Weltmarktes für Agrartreibstoffe zu entwickeln sowie die *Biofuels International Conference* vorzubereiten, die im November 2008 in São Paulo stattfinden soll. Zu diesen Zwecken wurden zwei Arbeitsgruppen gegründet, die sich mit Informationsaustausch sowie Standards und Normen befassen (vgl. MRE 2007c; Presidência da República Federativa do Brasil 2008a). Die brasilianische Regierung verweist in ihrer Außenpolitik immer wieder auf die Konferenz in São Paulo, welche die Führungsrolle Brasiliens in diesem Sektor konsolidieren soll und von der sie sich die Möglichkeit verspricht, nicht nur die Vorurteile gegenüber der Produktion von Agrartreibstoffen in Entwicklungsländern abzubauen, sondern auch gemeinsame Standards und Normen für den Handel mit Agrartreibstoffen zu etablieren (vgl. Ferreira Simões 2007:33; MRE 2008a; Presidência da República Federativa do Brasil 2008b:171).

### **V.3. Vergleich der Präferenzen**

Sowohl die deutsche als auch die brasilianische Regierung sehen in der weltweiten Förderung von erneuerbaren Energien eine Antwort auf die globalen Herausforde-

rungen des Klimaschutzes, der Sicherung der Energieversorgung sowie der Entwicklungsförderung bzw. Armutsbekämpfung. Die deutsche Bundesregierung bezieht sich bei ihrem Engagement für eine verstärkte Nutzung von erneuerbaren Energien jedoch vor allem auf Solarenergie, Wind- und Kleinwasserkraftwerke. Diesen erneuerbaren Energiequellen spricht sie auch ein großes Potenzial zur Entwicklungsförderung zu, insbesondere wenn diese in Entwicklungsländern dezentral eingesetzt werden. Solarenergie, Wind- und Wasserkraft sind dagegen für die brasilianische Außenpolitik nicht von Relevanz, während Agrartreibstoffe, und hierbei insbesondere Ethanol, eine außenpolitische Priorität darstellen. Die brasilianische Regierung betont, dass für den Klimaschutz gerade im Transportsektor eine Umstellung auf erneuerbare Energiequellen notwendig ist und hebt die Entwicklungschancen hervor, welche die Produktion und auch der Export von Agrartreibstoffen Entwicklungsländern bieten. Die deutsche Bundesregierung verbindet eine exportorientierte Produktion in Entwicklungsländern dagegen vor allem mit Risiken, wobei sie einerseits eine Gefährdung der weltweiten Nahrungsmittelsicherheit befürchtet und andererseits auf mögliche negative ökologische und soziale Folgen in den Entwicklungsländern selbst hinweist.

Beide Regierungen sehen die jeweils von ihren favorisierten Formen erneuerbarer Energien als globale Wachstumsmärkte, auf denen sie sich selber sehr gute Ausgangsbedingungen zusprechen. Während Deutschland die Lücke zwischen dem Potenzial und der tatsächlichen Nutzung von erneuerbaren Energien vor allem auf ein mangelndes öffentliches Bewusstsein, Marktverzerrungen zugunsten fossiler Energien sowie nicht ausreichende Informationen und mangelndes Know-how zurückführt, und diesen Hindernissen mit einer institutionellen Stärkung des Themas in der internationalen Politik entgegenwirken möchte, strebt die brasilianische Regierung einen Weltmarkt für Agrartreibstoffe an, wobei sie die Handelsverzerrungen der Industrieländer und deren Vorurteile bezüglich der Massenproduktion von Agrartreibstoffen in Entwicklungsländern als größte Widerstände identifiziert.

Die außenpolitischen Orientierungen Deutschlands und Brasiliens weisen ähnliche Grundzüge auf. Beide Staaten verstehen sich als Zivilmächte, die für Multilateralismus eintreten und mit ihrer Außenpolitik vor allem die wirtschaftliche Entwicklung ihrer Länder fördern möchten. Im Gegensatz zu Deutschland betont Brasilien daneben die Bedeutung der nationalen Souveränität in seinen Außenbeziehungen. Bezüglich der

Eigeninteressen bei ihrem Engagement für eine weltweite Verbreitung erneuerbarer Energien sprechen beide Regierungen vor allem die ökonomische Wohlfahrtssteigerung an. Aufgrund ihrer Ausgangspositionen auf den Märkten für erneuerbare Energien verbinden beide Regierungen einen verstärkten weltweiten Einsatz von erneuerbaren Energien vor allem mit der Möglichkeit, die Exporte ihrer Länder zu steigern und damit die eigene wirtschaftliche Entwicklung zu fördern.

Während die deutsche Bundesregierung neben der Wohlfahrtssteigerung vor allem nationale Sicherheitsinteressen hervorhebt, sind diese für die brasilianische Regierung nur von untergeordneter Bedeutung. Als ein von Erdöl- und Erdgasimporten abhängiges Land strebt die deutsche Bundesregierung die Sicherung der nationalen Energieversorgung und damit verbunden auch eine Verringerung der ökonomischen und politischen Abhängigkeiten von Erdöl und Erdgas exportierenden Staaten an. Zudem betont die deutsche Bundesregierung die Notwendigkeit, die Gefahren des Klimawandels und weltweite Verteilungskonflikte um knapper werdende Rohstoffe zu vermindern. Auch wenn Fragen der nationalen Autonomie in der Außenpolitik der Regierung Lula im Allgemeinen von großer Bedeutung sind, berühren diese kaum das brasilianische Eintreten für Agrartreibstoffe. Die brasilianische Regierung möchte jedoch externe Einflüsse auf Entscheidungen über das nationale Entwicklungsmodell und damit auch über die Produktion von Agrartreibstoffen weitestgehend abwehren. Das außenpolitische Engagement für erneuerbare Energien bietet beiden Regierungen zudem die Möglichkeit, sich international zu profilieren und ihren Einfluss in der internationalen Politik zu steigern. Beide Regierungen sehen sich auf diesem Gebiet als Vorbilder und Inhaber internationaler Führungspositionen. Die brasilianische Regierung artikuliert ihr Streben nach Prestige und Einfluss jedoch deutlicher als die deutsche Bundesregierung.

Bezüglich der normativen Rollenerwartungen spricht die deutsche Bundesregierung die Pflicht als Industrieland an, die Hauptlast beim Klimaschutz zu tragen und die eigenen technologischen Fähigkeiten zu nutzen, um Entwicklungsländern den Zugang zu klimafreundlichen Technologien zu erleichtern. Des Weiteren bezieht sie sich auf das Recht auf Entwicklung aller Nationen und auf das Gebot der Armutsbekämpfung, von denen sie die Pflicht ableitet, einen Beitrag zur Verbesserung der Lebensbedingungen in Entwicklungsländern zu leisten und dabei insbesondere auf die Belange der armen Bevölkerung zu achten. Die brasilianische Regierung spricht dagegen die Normen der in-

ternationalen Gerechtigkeit und der Solidarität an. Um bestehende Asymmetrien in den internationalen Beziehungen zu verringern, sollen Agrartreibstoffe die wirtschaftliche Entwicklung von Entwicklungsländern fördern und die Energieproduktion demokratisieren. Dabei sieht sich die brasilianische Regierung verpflichtet, die eigenen Erfahrungen an Entwicklungsländer weiter zu geben.

Aus ihren Präferenzen leiten beide Regierungen unterschiedliche außenpolitische Vorgehensweisen ab. Beide Regierungen unterstützen zwar mit eigenen Technologien die Produktion von erneuerbaren Energien in anderen Ländern, ansonsten zeigen sich aber wenig Übereinstimmungen in der außenpolitischen Agenda beider Regierungen. Priorität der außenpolitischen Agenda Deutschlands bildet die Gründung der IRENA, welche, den Vorstellungen Deutschlands zufolge, über Politikberatung den weltweiten Einsatz von erneuerbaren Energien fördern soll, sofern diese nachhaltig hergestellt werden. Aus Gründen der Legitimation strebt Deutschland die Gründung der IRENA durch eine möglichst heterogene Ländergruppe an. Zu dieser Ländergruppe wird Brasilien jedoch aller Wahrscheinlichkeit nicht gehören. Brasilien hat an den Veranstaltungen zur Vorbereitung der Gründung bisher nicht teilgenommen und in Verlautbarungen der brasilianischen Regierung wird IRENA nicht erwähnt. Priorität für die brasilianische Regierung bildet dagegen die Etablierung eines Weltmarktes für Agrartreibstoffe und die im November 2008 in São Paulo stattfindende *International Biofuels Conference*. An deren Vorbereitung wirkt zwar die EU im Rahmen des IBF mit, dieses Forum scheint aber in der deutschen Außenpolitik wenig präsent zu sein. Die Konferenz in São Paulo soll einerseits dazu dienen, Vorurteile bezüglich der Agrartreibstoffproduktion in Entwicklungsländern abzubauen, andererseits sollen gemeinsame Standards und Normen entwickelt werden, die den Weg zu einem Weltmarkt für Agrartreibstoffe ebnen. Hierbei möchte Brasilien allerdings verhindern, dass diese nicht zu restriktiv formuliert und als nicht-tarifäre Handelshemmnisse missbraucht werden.

#### **V.4. Zwischenfazit: Konvergenz der Präferenzen?**

Die außenpolitischen Präferenzen der deutschen und der brasilianischen Regierungen bezüglich der Förderung von erneuerbaren Energien weisen gewisse Gemeinsamkeiten auf. Beide Regierungen sehen in der Förderung erneuerbarer Energien eine Antwort auf die globalen Herausforderungen des Klimaschutzes, der Sicherung der Energieversorgung und der Entwicklungsförderung. Beide Regierungen sprechen zu-

dem die eigene normative Verpflichtung an, Entwicklung in ärmeren Ländern zu fördern und betonen bei ihrem internationalen Engagement für erneuerbare Energien ihr Interesse, die Wohlfahrt ihres Landes insbesondere über Exportsteigerungen zu fördern sowie sich als Vorbild in der internationalen Politik zu profilieren und den eigenen Einfluss auf die Gestaltung internationaler Rahmenbedingungen zu steigern. Als außenpolitisches Instrument zur Realisierung ihrer Präferenzen fördern beide Regierungen mit eigenen Technologien die Erzeugung von erneuerbaren Energien in ärmeren Ländern.

Diese Präferenzkonvergenz erweist sich jedoch bei einer näheren Betrachtung als recht oberflächlich. Die Wahrnehmung beider Regierungen auf diesem Politikfeld divergiert weitgehend und auch die außenpolitischen Schwerpunkte beider Regierungen unterscheiden sich deutlich. Beide Regierungen konzentrieren ihr außenpolitisches Engagement auf diejenigen Formen erneuerbarer Energien, die für die nationalen Exporte von Bedeutung sind, und sprechen diesen positive Entwicklungswirkungen zu. Dementsprechend setzt sich Brasilien für eine stärkere Nutzung von Agrartreibstoffen im Allgemeinen bzw. von Ethanol im Besonderen ein, während Deutschland die Risiken der Produktion von Agrartreibstoffen betont und für eine weltweite Förderung von Solarenergie, Wind- und Wasserkraft plädiert.

Beide Regierungen identifizieren unterschiedliche Hindernisse für die weltweite Verbreitung von erneuerbaren Energien: Brasilien nennt hier die Handelsverzerrungen der Industrieländer und deren Vorurteile bezüglich der Produktion von Agrartreibstoffen in Entwicklungsländern als Barrieren für einen weltweit freien Handel mit Agrartreibstoffen, Deutschland verweist dagegen auf eine institutionelle Lücke auf diesem Politikfeld, welche u.a. mit Marktverzerrungen zugunsten fossiler Energie und einem Mangel an Informationen und Know-how einhergeht. Der jeweiligen Wahrnehmung entsprechend setzt sich die deutsche Regierung mit der IRENA für eine institutionelle Stärkung von erneuerbaren Energien in der internationalen Politik ein, wobei diese insbesondere über Politikberatung, Technologietransfer und *Capacity Building* erneuerbare Energien fördern soll, während Brasilien sein internationales Engagement darauf konzentriert, Agrartreibstoffe als internationale *commodity* zu etablieren und dafür IBF und die *Internationale Biofuels Conference* als zentrale Plattform betrachtet.

Wie diese Ausführungen verdeutlichen, lassen sich auf dem betrachteten Politikfeld zwar einige Gemeinsamkeiten in den Präferenzen beider Regierungen feststellen,

---

insgesamt dominieren jedoch die Unterschiede, sodass man die Präferenzen als überwiegend divergierend einschätzen kann.



## **VI. Die bilaterale Zusammenarbeit auf dem Gebiet erneuerbare Energien**

In diesem Kapitel soll analysiert werden, inwiefern sich die bilaterale Zusammenarbeit auf dem Gebiet erneuerbarer Energien auf die Realisierung der im letzten Kapitel identifizierten Präferenzen auswirkt. Da das letzte Kapitel gezeigt hat, dass die Präferenzen beider Regierungen in der globalen Strukturpolitik überwiegend divergieren, werden nicht nur gemeinsame Präferenzen berücksichtigt, sondern auch diejenige Präferenzen betrachtet, die nicht von beiden Regierungen geteilt werden. In diesem Kapitel werden zuerst die Inhalte der bilateralen Zusammenarbeit vorgestellt, wobei in erster Linie die Entwicklungszusammenarbeit und die ressortübergreifende energiepolitische Kooperation beleuchtet wird, jedoch auch Umweltpolitik und die wirtschaftliche Kooperation in Verbindung mit privatwirtschaftlichen Akteuren einbezogen wird. Anschließend wird gezeigt, inwiefern die bilaterale Zusammenarbeit zur Realisierung der Präferenzen beider Regierungen beiträgt.

### **VI.1. Die bilaterale Zusammenarbeit**

Die deutsch-brasilianische Entwicklungszusammenarbeit besteht seit den 1960er Jahren, wobei im Laufe der Jahre Programme und Projekte in den Sektoren Landwirtschaft, Gesundheit, Bildung, Geologie, Bergbau, Klein- und Mittelindustrie sowie Umwelt gefördert wurden. Nach Angaben der deutschen Botschaft in Brasilien existiert kaum eine brasilianische Makroregion, in der kein deutsches Entwicklungsprojekt realisiert wurde (vgl. Deutsche Botschaft in Brasília 2003:8).<sup>46</sup> Deutschland ist nach Japan der zweitgrößte bilaterale Geber in Brasilien, im Umweltbereich „mit Abstand der bedeutendste“ (KfW April 2008). Die gesamten bi- und multilateralen Zusagen machen allerdings weniger als 0,1 Prozent des brasilianischen BIP aus, sodass die finanzielle Bedeutung der internationalen Unterstützung für Brasilien als gering eingeschätzt werden kann. Das BMZ betont jedoch, dass „die politische Bedeutung der internationalen Unterstützung deutlich größer als die finanzielle“ sei (BMZ Januar 2008).

---

<sup>46</sup> Für einen Überblick über die in Brasilien durchgeführten entwicklungspolitischen Projekte und Programme sei auf die Publikation der Deutschen Botschaft in Brasilien (2003) hingewiesen.

Im Vorfeld der Verabschiedung des bilateralen Abkommens zur Entwicklungskooperation im November 2007 bildeten „Umweltschutz und Management natürlicher Ressourcen“ sowie „Integrierte Regionalentwicklung in strukturschwachen Räumen“ die Schwerpunkte der Entwicklungskooperation.<sup>47</sup> Der erste Schwerpunktbereich untergliedert sich in die Handlungsfelder „Tropenwaldschutz“ und „städtisch-industrieller Umweltschutz und Energie“, wobei im letzteren zunehmend Gewicht auf die Förderung von erneuerbaren Energien und Energieeffizienz gelegt wurde. Das BMZ strebt eine systematische Berücksichtigung von erneuerbaren Energien im Rahmen des brasilianischen Programms zur ländlichen Elektrifizierung an. Es unterstützt zu diesem Zweck das Förderprogramm *Luz Para Todos* des staatlichen Energieunternehmens Eletrobrás. Über den Einsatz erneuerbarer Energien möchte das BMZ in infrastrukturschwachen Regionen im Norden und Nordosten Brasiliens „dezentral und umweltschonend“ (BMZ b) elektrifizieren. Im Rahmen der Technischen Zusammenarbeit entwickelt die GTZ zusammen mit Eletrobrás Modelle für die Versorgung netzwerkferner ländlicher Regionen insbesondere durch Photovoltaik. Die im Zuge der Erprobung dieser Modelle gesammelten Erfahrungen fließen nach Angaben des BMZ in die Beratung der nationalen Energiebehörde und des Ministeriums für Energie und Bergbau (MME) ein. Dies soll wiederum einen Beitrag zu einer rechtlichen und institutionellen Verbesserung der nationalen Rahmenbedingungen für die Nutzung erneuerbarer Energien leisten. Im Rahmen der Finanziellen Zusammenarbeit unterstützt die KfW Entwicklungsbank Eletrobrás bei der Koordination des Projektes *Luz Para Todos*, der Beratung lokaler Energieversorger sowie beim Bau von Kleinwasserkraftwerken (vgl. BMZ b; GTZ). Des Weiteren unterstützen der Deutsche Entwicklungsdienst (DED) und die GTZ die kleinbäuerliche Produktion von Rizinus zur Erzeugung von Biodiesel im Rahmen des Nationalen Programms zur Erzeugung und Nutzung von Biodiesel, das die brasilianische Regierung seit 2004 durchführt. Hierbei möchte das BMZ in Zusammenarbeit mit dem Unternehmen Brasil Ecodiesel, dem brasilianischen Agrarentwicklungsministerium und der Bauerngewerkschaft *Conferência Nacional dos Trabalhadores na Agricultura* (CONTAG) kleinbäuerlichen Familien im Nordosten Brasiliens Entwicklungsperspektiven ermöglichen (DED). Abgesehen davon berät die GTZ Stadtverwaltungen, Betriebe

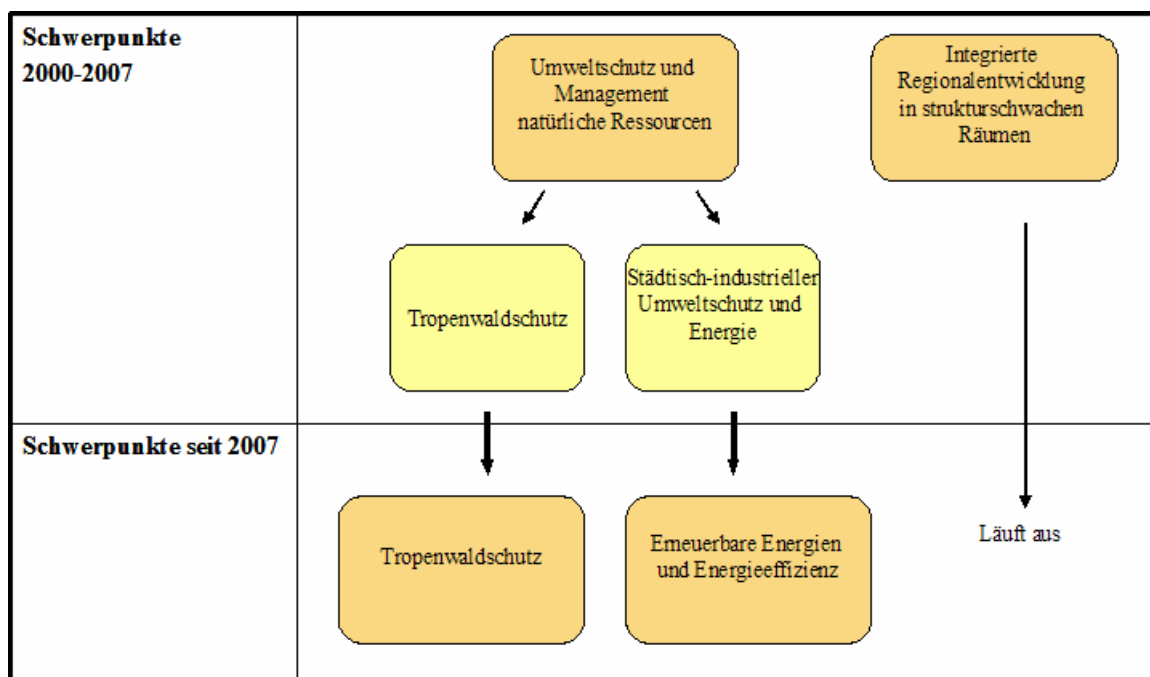
---

<sup>47</sup> Diese Bereiche stellten seit dem Jahr 2000 die Schwerpunkte der Entwicklungszusammenarbeit dar (vgl. *Summary Record of the Negotiations on Development Cooperation 2007*).

und Energieversorger in São Paulo und Rio de Janeiro im Rahmen des Projektes „Städtisches Umweltmanagement und Energie- und Ökoeffizienz“, um u.a. die Nutzung von erneuerbaren Energien zu stärken (vgl. GTZ Juni 2007).

Bei den Regierungsverhandlungen im November 2007 über die Schwerpunkte der Entwicklungszusammenarbeit der nächsten zwei Jahre wurde schließlich beschlossen, das Programm zur integrierten Regionalentwicklung in strukturschwachen Räumen auslaufen zu lassen und dafür den Energiesektor zu einem Schwerpunktbereich der bilateralen Entwicklungszusammenarbeit aufzuwerten. Die Entwicklungskooperation konzentriert sich damit zukünftig auf die Ziele, tropische Regenwälder zu schützen und nachhaltig zu bewirtschaften sowie erneuerbare Energien und Energieeffizienz zu fördern. Des Weiteren möchten beide Regierungen im Rahmen von Dreiecks Kooperationen einen Beitrag zur Bekämpfung von HIV/AIDS in Entwicklungsländern leisten. Nach Angaben des BMZ passt diese Schwerpunktverschiebung, die Abbildung 9 veranschaulicht, die Entwicklungszusammenarbeit „Brasiliens neuer Rolle als globaler Akteur“ an (BMZ 2007a).

**Abb. 9: Schwerpunktverschiebung der Entwicklungszusammenarbeit**



**Quelle: Darstellung der Autorin**

Das BMZ sieht die deutsch-brasilianische Entwicklungskooperation als eine Partnerschaft für globalen Umwelt- und Klimaschutz und betont, dass beide Regierungen mit der verstärkten Zusammenarbeit im Bereich erneuerbarer Energien „ein deutliches Zei-

chen ihrer Verantwortung für den globalen Klimaschutz und die im Rahmen der Renewables 2004 in Bonn und des Heiligendamm-Prozesses eingegangenen Verpflichtungen“ setzen (BMZ 2007a).

Im Rahmen des neuen Schwerpunktes „Energie“ gewährt die KfW der brasilianischen Entwicklungsbank BNDES ein Entwicklungskredit zur Finanzierung von Kleinwasserkraftwerken. Dieses Programm soll zu einer nachhaltigen Stromgewinnung und damit zum Umwelt- und Klimaschutz beitragen. Abgesehen davon soll damit ein Dialogprozess zur Intensivierung der Kooperation mit BNDES gestartet werden. Der Schwerpunkt „Energie“ umfasst ein weiteres Projekt zur Förderung erneuerbaren Energien und Energieeffizienz, welches auf den vorherigen Energieprojekten im Norden und Nordosten sowie zur Verbesserung der Energieeffizienz im städtisch-industriellen Bereich aufbaut. Dieses Projekt, das finanzielle und technische Zusammenarbeit kombiniert, soll Programme der brasilianischen Regierung zu erneuerbaren Energien und Energieeffizienz unterstützen und dabei für die globale Strukturpolitik relevante Ziele, wie z. B. Klimaschutz, Sicherung der Energieversorgung und Zugang zu sauberer Energie verfolgen. Der Weiteren soll dieses Projekt die Kooperation zwischen deutschen und brasilianischen Akteuren fördern und stabilisieren. Abgesehen davon bekundeten beide Regierungen bei den Verhandlungen ihren Willen, mit der Entwicklungszusammenarbeit einen Beitrag zur Umsetzung des bilateralen Energieabkommens zu leisten, dessen Verhandlungen zum Zeitpunkt der Regierungsverhandlungen über die Entwicklungszusammenarbeit noch nicht abgeschlossen waren (vgl. ABC 2007; BMZ 2007a; *Summary Record of the Negotiations on Development Cooperation 2007:3*, 11-13).

Da das BMZ gemäß des Ankerlandkonzeptes die Einbeziehung anderer Politikfelder in die bilaterale Zusammenarbeit anstrebt, fand während der Regierungsverhandlungen erstmals eine gemeinsame Sitzung mit dem Bundesministerium für Bildung und Forschung statt. Zudem tagte die deutsch-brasilianische Gemischte Kommission für Zusammenarbeit in der wissenschaftlichen Forschung und technologischen Entwicklung, die einen Ausbau der Zusammenarbeit insbesondere auf den Gebieten Nanotechnologie, Biotechnologie und neue Materialien sowie Produktionstechnologie beschloss (vgl. BMBF 2007; MRE 2007a). Erneuerbare Energien wurden während der Sitzung nur am Rande behandelt. In der Akte der gemeinsamen Sitzung wird nur Folgendes unter Punkt 52 aufgeführt:

„Die brasilianische Seite kennt die deutsche Erfahrung in diesem Bereich an und berücksichtigt die Möglichkeit, Studien in Bezug auf Energieversorgung ländlicher Gemeinschaften, Produktion von Bioenergie, Handel mit Biomasse, Analyse von Politik und Konzepten zur Produktion und Nutzung nachhaltiger Energie, sowie der Implementierung dieser Konzepte in der Produktion und Nutzung nachhaltiger Energie durchzuführen“ (*Ata da XXVI Reunião da Comissão Mista* 2007:14, Übers. d. Verf.).<sup>48</sup>

Wie dieses Zitat verdeutlicht, kann man auf dem Gebiet erneuerbarer Energien nicht von einer bestehenden Kooperation in Forschung und technologischer Entwicklung sprechen.

Das oben angesprochene Energieabkommen wurde schließlich im Mai 2008 während des Besuches von Bundeskanzlerin Merkel in Brasilien unterzeichnet. Nach Artikel 1 des Abkommens streben beide Regierungen folgende Ziele und Maßnahmen an:

„Hauptziel des Abkommens ist die Verbesserung und Entwicklung einer nachhaltigen Energieinfrastruktur zur Gewährleistung einer sicheren und nachhaltigen Energieversorgung und –Nutzung, insbesondere durch Energieeffizienz, Energiesparmaßnahmen und der stärkeren Nutzung erneuerbarer Energien. Zur Verwirklichung dieses Zieles sowie als Beitrag zu einer nachhaltigen Entwicklung unternehmen die Vertragsparteien Anstrengungen zur Förderung und Belebung des politischen Dialogs, des wissenschaftlichen und technologischen Austauschs und der Beteiligung der Privatwirtschaft im Rahmen dieses Abkommens entwickelten Initiativen“ (*Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Föderativen Republik Brasilien über Zusammenarbeit im Energiesektor* 2008:3)

Als für die bilaterale Zusammenarbeit geeignete Bereiche identifizieren die Regierungen neben erneuerbaren Energien und Energieeffizienz innovative Antriebs- und Erzeugungstechnologien, die Entwicklung und Förderung von Technologietransfer nach dem CDM sowie Technologien zur nachhaltigen Nutzung von Öl, Kohle und Gas. Bezüglich der erneuerbaren Energien wird festgehalten, dass diese nachhaltig erzeugt und genutzt werden sollen, zudem werden die verschiedenen Formen erneuerbarer Energien in der folgenden Reihenfolge aufgezählt: 1. Wasserkraft, 2. Windkraft, 3. Solarenergie, 4. Energie aus Biomasse, 5. Energie aus festen Abfällen, 6. Geothermische Energie, 7. Meeresenergie und 8. Energie aus Agrartreibstoffen. Die deutsche und die brasilianische

---

<sup>48</sup> Der Textabschnitt im Original: „O lado brasileiro reconhece a experiência alemã na matéria, e considerará a possibilidade de desenvolver estudos relacionados com o suprimento de energia para comunidades rurais, produção de bioenergia, comércio de biomassa, análise de política e conceitos de produção e uso de energia sustentável, e implementação desses conceitos na produção e uso de energia sustentável”.

Regierung erklären im Artikel 4 den Informations- und Erfahrungsaustausch zum Kernbereich der Kooperation. Zu diesem Zweck sollen spezielle Arbeitsgruppen eingesetzt werden, wobei die erste Arbeitsgruppe dem Thema Agrartreibstoffen dient. In dieser Arbeitsgruppe sollen Informationen bezüglich „Handelsfragen, Normen, ökologische und soziale Zertifizierung sowie die Erzeugung und Nutzung von Biokraftstoffen im Einklang mit den drei Grundpfeilern der Nachhaltigkeit: Umwelt, Wirtschaft und Soziales“ ausgetauscht werden (*Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Föderativen Republik Brasilien über Zusammenarbeit im Energiesektor* 2008:5). In einer Pressemitteilung hebt die deutsche Bundesregierung zu dieser Arbeitsgruppe hervor, dass Agrartreibstoffe nicht nur nachhaltig erzeugt werden sollten, sondern dass „auch die Produktions- und Arbeitsbedingungen (...) so weit wie möglich europäischen Standards entsprechen“ sollten (Bundesregierung 2008f). Des Weiteren möchten die Regierungen den Informationsaustausch in Bereichen wie Marktzugang und Handelshemmnissen fördern, gegebenenfalls gemeinsame Maßnahmen in Forschung und technologischer Entwicklung ergreifen sowie Informationen über die Standpunkte austauschen, die beide Regierungen in internationalen Foren vertreten. Der Austausch von Fachwissen soll dabei über Konsultationen auf Regierungsebene, Beteiligung an gemeinsamen Seminaren und Workshops sowie in Rahmen von Messen und Ausstellungen stattfinden (vgl. *Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Föderativen Republik Brasilien über Zusammenarbeit im Energiesektor* 2008:5f.).

Während des Besuches Merkels in Brasilien erneuerten beide Regierungen zudem den Aktionsplan der Deutsch-Brasilianischen Partnerschaft aus dem Jahr 2002. In diesem Aktionsplan bezeichnen die Regierungen ihre Beziehungen als strategisch und betonen die „Gemeinsamkeit unserer Werte, Interessen und Auffassungen in Fragen des Friedens, der Entwicklung, der Menschenrechte und der internationalen Sicherheit“ (Brasilianische Botschaft in Berlin 2008). Die Regierungen bekunden zudem ihr Interesse an Partnerschaften im Energiebereich, erneuerbare Energien werden jedoch nicht explizit angesprochen. Im aktualisierten Aktionsplan sprechen sich beide Regierungen für eine Vertiefung des politischen Dialogs insbesondere zu Themen der internationalen Politik aus, die für beide Regierungen von Interesse sind. Diesmal wird auch explizit die energiepolitische Zusammenarbeit beider Länder angesprochen. Beide Regierungen

bekennen sich zu dem Ziel der Gewährleistung einer sicheren, wirtschaftlichen und nachhaltigen Energieversorgung und stimmen überein, erneuerbare Energien und Energieeffizienz zu fördern, die nachhaltige Erzeugung von Agrartreibstoffen auf internationaler Ebene zu unterstützen und damit zur Entwicklung eines internationalen Marktes für Agrartreibstoffe beizutragen sowie gemeinsame Projekte im Rahmen des CDM zu fördern (vgl. *Plano de Ação da Parceria Estratégica Brasil-Alemanha* 2008).

Des Weiteren ist die bilaterale Umweltkooperation auf dem Gebiet erneuerbare Energien von Bedeutung. Auf der Konferenz *renewables 2004* in Bonn unterzeichnete das BMU mit dem brasilianischen Umweltministerium (MMA) und dem brasilianischen Ministerium für Bergbau und Energie (MME) ein *Memorandum of Understanding* zur Förderung des Einsatzes von erneuerbaren Energien, in dem sie die Etablierung eines Konsultationsmechanismus, Gespräche auf hoher politischer Ebene, die Durchführung von Expertentreffen und Seminaren sowie die Unterstützung von Aus- und Fortbildungsmaßnahmen vereinbaren. Stamm hebt hervor, dass Brasilien ein wichtiger internationaler Partner des BMU sei, sowohl in der bilateralen Zusammenarbeit als auch im Rahmen multilateraler Foren (vgl. Stamm 2006:22f.).

Erneuerbare Energien sind zudem in der wirtschaftlichen Kooperation beider Länder im Rahmen der Deutsch-Brasilianischen Wirtschaftstage von Relevanz. Die Deutsch-Brasilianischen Wirtschaftstage werden vom Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI), seinem brasilianischen Counterpart *Confederação Nacional da Indústria* (CNI) und der Außenhandelskammer São Paulo organisiert und führen einmal jährlich Vertreter von Regierungen, Unternehmen und Unternehmensverbänden beider Länder zusammen. Auf den Wirtschaftstagen der letzten Jahre wurden spezielle Arbeitsgruppen bzw. Branchentreffen zum Thema Agrartreibstoffe organisiert (vgl. BDI & CNI 2006, BDI & CNI 2007, BDI & CNI 2008). Auf den Wirtschaftstagen 2007 bildeten die Agrartreibstoffe ein Schwerpunktthema, diskutiert wurden hier u.a. der Bau weiterer Raffinerien in Brasilien, ein erhöhtes Beimischungsgebot in der EU sowie ein mögliches Angebot von Flex-Fuel Motoren in Deutschland (vgl. Kaestner 2007:8). Neben den Wirtschaftstagen existieren zwei Initiativen zur Intensivierung der wirtschaftlichen Beziehungen: Die Deutsch-Brasilianische Agribusiness-Initiative und die Deutsch-Brasilianische Energie- und Infrastruktur-Initiative. Im Rahmen der Agribusiness-Initiative werden Möglichkeiten zur Ausweitung des Handels mit Agrartreibstoffen dis-

kutiert, während die Energie- und Infrastruktur-Initiative deutsche Investitionen in erneuerbare Energien, insbesondere in Windkraft, Kleinwasserkraft und Biomasse, fördern möchte (vgl. BDI & CNI 2003, BDI & CNI 2004, BDI & CNI 2005; Brasilianische Botschaft in Berlin 2007).

## **VI.2. Auswirkungen auf die Realisierung der Präferenzen in der globalen Strukturpolitik**

Die bestehende bilaterale Entwicklungszusammenarbeit auf dem Gebiet erneuerbarer Energien kann man als eine Antwort auf die von beiden Regierungen identifizierten globalen Herausforderungen des Klimaschutzes, der Energiesicherheit und der Entwicklungsförderung bzw. Armutsbekämpfung interpretieren. Die Zusammenarbeit richtet sich jedoch primär an den deutschen Präferenzen in der globalen Strukturpolitik aus. Den Fokus der Kooperation bilden Bereiche, denen Deutschland positive Entwicklungswirkungen zuspricht: Das BMZ unterstützt in Brasilien die dezentrale Energieversorgung mit erneuerbaren Energien und fördert Solarenergie sowie den Bau von Kleinwasserkraftwerken. Die Kooperation umfasst zwar auch Agrartreibstoffe, jedoch nicht Ethanol, welches für die brasilianischen Präferenzen in der globalen Strukturpolitik von primärer Bedeutung ist, sondern die kleinbäuerliche Produktion von Biodiesel. Die Entwicklungszusammenarbeit trägt nur insofern zu der Realisierung der brasilianischen Präferenzen in der globalen Strukturpolitik bei, als dass Brasilien für eine verstärkte Nutzung von Agrartreibstoffen im Allgemeinen eintritt und die Entwicklungskooperation die nationale Entwicklung fördert und damit Brasiliens Wohlfahrt steigert.

Das BMZ bezeichnet die bilaterale Kooperation als eine Partnerschaft für den globalen Klimaschutz, die daher zu einer Verringerung der Gefahren einer globalen Erwärmung beiträgt. Die Relevanz der bestehenden bilateralen Zusammenarbeit auf dem Gebiet erneuerbarer Energien für den Klimaschutz ist jedoch strittig: In seiner Portfolioanalyse der deutsch-brasilianischen Entwicklungszusammenarbeit hebt Stamm hervor, dass diese „nur bedingt als Maßnahmen im Rahmen des globalen Klimaschutzes begründet werden“ kann (Stamm 2006:19), da Brasilien den überwiegenden Teil seiner Energie ohne die Emissionen von Treibhausgasen erzeugt. Die bilaterale Zusammenarbeit kann zudem als ein Beitrag zur Realisierung der deutschen Eigeninteressen der Einflussnahme und der Wohlfahrtssteigerung gesehen werden. Mit der Unterstützung des brasilianischen Programms zur ländlichen Elektrifizierung verbindet das BMZ die Mög-



lichkeit, die nationalen Rahmenbedingungen für die Nutzung erneuerbarer Energien in Brasilien zu beeinflussen. Bezüglich des Eigeninteresses der Wohlfahrtssteigerung sei die Portfolioanalyse Stamms zitiert, in der er hervorhebt, dass die bilaterale Zusammenarbeit auf dem Gebiet erneuerbarer Energien „sich insbesondere aus den spezifischen Angebotsstärken Deutschlands in diesen Bereichen und den Interessen der beteiligten Akteure auch auf der deutschen Seite zu einer stärkeren Internationalisierung“ begründen lässt (Stamm 2006:19). Des Weiteren erfüllt die deutsche Regierung mit der bilateralen Entwicklungszusammenarbeit ihre normativen Rollenerwartungen, indem sie zu dem Aufbau einer nachhaltigen Energieversorgung in Brasilien und zu einer Verbesserung der Lebensbedingungen armer Bevölkerungsgruppen beiträgt.

Im bilateralen Energieabkommen bekunden beide Regierungen den Willen, bei der nachhaltigen Erzeugung und Nutzung von erneuerbaren Energien zu kooperieren. Die von der deutschen Bundesregierung präferierten Formen erneuerbarer Energien werden dabei in erster Linie, Agrartreibstoffe nur an letzter Stelle genannt. Die zwischen beiden Regierungen umstrittene Förderung von Agrartreibstoffen in Brasilien findet in diesem Abkommen jedoch eine stärkere Berücksichtigung als in der Entwicklungszusammenarbeit. Das Energieabkommen dient vor allem dem Informations- und Erfahrungsaustausch zwischen beiden Regierungen im Rahmen spezieller Arbeitsgruppen und die erste Arbeitsgruppe befasst sich mit Fragen zu Agrartreibstoffen. Diese Arbeitsgruppe, für deren Einrichtung die deutsche Bundesregierung plädierte (vgl. NZZ 2008), soll vor allem Transparenz in der Kontroverse über die Nachhaltigkeit der Ethanolproduktion in Brasilien ermöglichen. Nach Angaben des brasilianischen Zuckerindustrieverbandes UNICA ist Deutschland das Land der EU, in dem Sorgen über die Nachhaltigkeit der Ethanolproduktion am weitesten verbreitet sind (vgl. UNICA 2008) und dementsprechend bildete dieses Thema einen Schwerpunkt in den Regierungsgesprächen, wie Merkel in der gemeinsamen Pressekonferenz mit Lula erklärt:

„Ich bin besonders dankbar – und das hat eben bei unserem Gespräch noch eine große Rolle gespielt –, dass wir alle Fragen der nachhaltigen Produktion sehr offen miteinander diskutieren und besprechen konnten: die Fragen, die sich in Deutschland stellen, was sowohl die sozialen Arbeitsbedingungen anbelangt, als aber auch, was die Nachhaltigkeit der Naturnutzung anbelangt, sowie die Verhältnisse zu der Lebensmittelproduktion und die indirekte Verknüpfung mit dem Regenwald“ (Bundesregierung 2008i).

Die deutsche Bundesregierung möchte im Vorfeld einer tiefer gehenden Kooperation im Rahmen der Arbeitsgruppe Zweifel adressieren, die sie mit Massenproduktion von Agrartreibstoffen in Brasilien verbindet. In diesem Zusammenhang möchte sie natürlich auch verhindern, dass sie mit Brasilien in einem Bereich kooperiert, der den deutschen Standards zur Nachhaltigkeit widerspricht. Bundeskanzlerin Merkel beurteilt daher die Einrichtung der Arbeitsgruppe als positiv:

„Ich glaube daran, dass wir nachhaltige Energiestoffe, also zum Beispiel Ethanol, brauchen. (...) Aber die Voraussetzung für die Akzeptanz ist die wirklich Nachhaltigkeit der Produktion. (...) Ich finde es sehr gut, dass wir in unseren Arbeitsgruppen jetzt sehr offen darüber sprechen können, was wir für Fragen haben, wo wir Probleme sehen und welche Fragen ungeklärt bleiben. Nur Transparenz an dieser Stelle wird dazu führen, dass es Akzeptanz für ein Land wie Brasilien und für das gibt, was hier technologisch vorangekommen ist“ (Bundesregierung 2008i).

Der brasilianische Präsident Lula äußert sich dagegen über diese Nachhaltigkeitsdiskussion mäßig erfreut:

„Ich denke, wir Deutschen und Brasilianer sowie alle Menschen, die über die Debatte in Bezug auf die Bioenergie besorgt sind, müssen nur eine Sorge an den Tag legen: Das ist eine Debatte, die wirtschaftliche Interessen in sehr großer Dimension involviert. (...) Der Mensch ist ein Gewohnheitstier. Man hat Angst vor Neuem. Man hat Angst vor Ungewissheiten. Ich denke nicht, dass diese Debatte irgendwie künstlich beschleunigt werden muss. Die Dinge müssen nicht notwendigerweise morgen oder übermorgen gelöst werden. (...) Ich bin davon überzeugt, dass diese Debatte über die Biotreibstoffe die Debatte der nächsten zehn oder fünfzehn Jahre sein wird. Es wird Kontra geben, es wird Pro geben, und es wird Fundamentalisten auf beiden Seiten geben. Letztendlich wird der gesunde Menschenverstand die Oberhand gewinnen“ (Bundesregierung 2008i).

Die Vorurteile bezüglich der Agrartreibstoffproduktion in Brasilien bzw. in Entwicklungsländern im Allgemeinen, welche die brasilianische Regierung als ein Haupthindernis für die Entwicklung eines Weltmarktes für Agrartreibstoffe identifiziert, beschränken für Brasilien auch die Möglichkeiten einer tiefer gehenden Kooperation mit Deutschland. Die Arbeitsgruppe zu Agrartreibstoffen kann einerseits dem brasilianischen Interesse entgegenlaufen, externe Einflüsse über Entscheidungen bezüglich des nationalen Entwicklungsmodells und damit auch der Agrartreibstoffproduktion zu verhindern. Andererseits bietet die Arbeitsgruppe jedoch auch die Möglichkeit, Vorurteile abzubauen und gegebenenfalls gemeinsame Standards für den Handel mit Agrartreibstoffen zu entwickeln. Auch der im Energieabkommen angestrebte verstärkte Informati-

onsaustausch in den Bereichen Handelshemmnisse und Marktzugang kann einen Beitrag zur Schaffung eines Weltmarktes für Agrartreibstoffe leisten.

In Bezug auf die internationale Ebene sprechen sich beide Regierungen zudem für den Informationsaustausch über Standpunkte aus, die sie in internationalen Foren vertreten. Zudem werteten sie im Jahr 2008 den Bereich erneuerbarer Energien im deutsch-brasilianischen Aktionsplan auf. Sie stimmen in diesem sogar überein, die nachhaltige Erzeugung von Agrartreibstoffen auf internationaler Ebene zu fördern, um damit zur Entwicklung eines internationalen Marktes für Agrartreibstoffe beizutragen. Hierbei ist jedoch hervorzuheben, dass ein gemeinsames Aussprechen für eine nachhaltige Erzeugung von Agrartreibstoffen noch lange keine Einigkeit darüber impliziert, was unter einer nachhaltigen Erzeugung verstanden wird. Auch im Rahmen der bilateralen Umweltkooperation fördern die Regierungen den politischen Dialog. Wie diese Ausführungen verdeutlichen, erfolgt die bilaterale Kooperation neben der Entwicklungszusammenarbeit, im Rahmen derer konkrete Projekte durchgeführt werden, in Form von politischem Dialog und Informationsaustausch. Dies ermöglicht beiden Regierungen, die Informationsbasis ihres Engagements in der internationalen Politik zu teilen und damit mögliche Missverständnisse zu verhindern sowie im Dialog mit der anderen Regierung für die eigene Position in der globalen Strukturpolitik zu werben.

Im Fokus der Deutsch-Brasilianischen Wirtschaftstage und der gemeinsamen Initiativen von BDI und CNI stehen diejenigen Formen von erneuerbaren Energien, bei denen beide Länder über wirtschaftliche Stärke verfügen. Die wirtschaftliche Kooperation ermöglicht beiden Ländern, ihre nationale Wohlfahrt zu steigern, sei es über Exporte oder Auslandsinvestitionen. Zudem kann die wirtschaftliche Kooperation zu einer Steigerung der wirtschaftlichen Stärke beider Länder auf dem Gebiet erneuerbarer Energien führen und damit die Fähigkeiten beider Regierungen verbessern, internationale Strukturpolitik zu beeinflussen.

### **VI.3. Zwischenfazit**

Die bilaterale Kooperation auf dem Gebiet erneuerbarer Energien ist nicht mit einer gemeinsamen Strategie in der globalen Strukturpolitik verbunden. Im bilateralen Energieabkommen sprechen sich beide Regierungen lediglich für den Informationsaustausch über Standpunkte aus, die sie in internationalen Foren vertreten. Der Informations- und Erfahrungsaustausch, der im Mittelpunkt des Abkommens steht, kann jedoch

als eine Vorstufe für eine mögliche tiefergehende Kooperation interpretiert werden, sofern er die Divergenzen in den Wahrnehmungen insbesondere bezüglich der Agrar-treibstoffproduktion abbauen kann. Schließlich ist eine gemeinsame Problemsicht notwendige Bedingung für die Entwicklung gemeinsamer Strategien.

Die bilaterale Kooperation trägt dennoch zur Realisierung von Präferenzen beider Regierungen in der globalen Strukturpolitik bei. Die Entwicklungskooperation konzentriert sich auf die von Deutschland präferierten Formen erneuerbarer Energien – Solarenergie, Wind- und Wasserkraft – sowie auf die kleinbäuerliche Produktion von Biodiesel, Ethanol wird dagegen nicht berücksichtigt. In der weiteren bilateralen Kooperation, die vor allem Politikdialog umfasst, werden jedoch die von beiden Regierungen präferierten Formen erneuerbarer Energien adressiert. Die bilaterale Kooperation trägt vor allem zur Realisierung des Eigeninteresses beider Regierungen bei, die nationale Wohlfahrt zu steigern. Die bilaterale Entwicklungszusammenarbeit kann zudem als ein Instrument interpretiert werden, mit dem Deutschland das Eigeninteresse verfolgt, Einfluss auf politische Rahmenbedingungen in Brasilien zu nehmen, und mit dem es seine normativen Rollenerwartungen erfüllen kann. Die außenpolitischen Schwerpunkte beider Regierungen fließen in die bilaterale Kooperation ein. Über Informations- und Erfahrungsaustausch kann die bilaterale Kooperation zu einem Abbau der deutschen Vorurteile bezüglich der Ethanolproduktion in Brasilien und damit zu einer Ausweitung des Ethanolhandels beitragen. Zudem integriert die bilaterale Zusammenarbeit Instrumente, mit denen die deutsche Bundesregierung im Rahmen der IRENA die weltweite Nutzung von erneuerbaren Energien fördern möchte, wie z. B. Politikberatung zur Verbesserung ordnungspolitischer Rahmenbedingungen für erneuerbare Energien und Technologietransfer.

Abgesehen davon wirkt sich die bilaterale Zusammenarbeit über die Veränderung der Fähigkeiten beider Regierungen, globale Strukturpolitik auf dem Gebiet der erneuerbaren Energien zu beeinflussen, indirekt auf die Realisierung der Präferenzen aus. Die bilaterale Zusammenarbeit kann die wirtschaftliche Stärke beider Länder erhöhen und schafft zudem Institutionen, welche die Interaktion beider Regierungen leiten, und verbessert damit die Einbindung beider Regierungen in bilaterale institutionelle Strukturen.

## VII. Fazit

Ausgangspunkt dieser Arbeit bildet das Verständnis von Entwicklungspolitik als Beitrag zur globalen Strukturpolitik und das damit verbundene Ankerlandkonzept des BMZ. Mit diesen entwicklungspolitischen Konzepten reagiert das BMZ auf die Zunahme grenzüberschreitender Problemzusammenhänge, welche die politische Steuerungsfähigkeit nationalstaatlich organisierter Politik überfordern und die Notwendigkeit einer kooperativen und anpassungsfähigen Gestaltung von Weltpolitik im Rahmen von *global governance* unterstreichen. Mit Hinblick auf das Ziel einer global nachhaltigen Entwicklung möchte die deutsche Entwicklungspolitik die Effektivität von *global governance* steigern und zu diesem Zweck Entwicklungsländer stärker an der Lösung globaler Probleme beteiligen. Primäre Partner der Entwicklungspolitik als Beitrag zur globalen Strukturpolitik sind die Ankerländer, denen das BMZ aufgrund ihres regionalen wirtschaftlichen Gewichts die Fähigkeit zur Gestaltung globaler Strukturen zuspricht. Die Entwicklungszusammenarbeit mit Ankerländern soll über die nationalen Grenzen hinweg Wirkungen erzielen und insbesondere in Ausrichtung auf deutsche Interessen die internationale Gestaltungskraft dieser Länder steigern. Im Rahmen von strategischen Partnerschaften möchte das BMZ mit den Ankerländern gemeinsame Interessen in der globalen Strukturpolitik verfolgen.

Mit Hinblick auf das Ziel dieser Arbeit, das Potenzial einer strategischen Partnerschaft zwischen Deutschland und Brasilien auf dem Gebiet erneuerbarer Energien zu beurteilen, befassen sich die Fragestellungen mit den Fähigkeiten beider Regierungen zur Beeinflussung globaler Strukturpolitik, dem Grad der Präferenzkonvergenz sowie der bestehenden bilateralen Kooperation zur Realisierung der Präferenzen. Der theoretischen Rahmen zur Beantwortung der Fragestellungen basiert auf dem Ansatz des akteurzentrierten Institutionalismus in der Spezifikation Scharpfs. Dieser kann substantielle Gemeinsamkeiten mit denjenigen Ansätzen innerhalb der institutionalistischen Denkschule der IB vorweisen, welche Zürn und Zangl unter dem Begriff „akteurorientierter Institutionalismus“ zusammenfassen. Der institutionelle Kontext des internationalen Systems unterscheidet sich vom nationalstaatlichen Rahmen, wobei Vertreter der institutionalistischen Denkschule der IB vor allem das Völkerrecht, Netzwerke und Regime als Institutionen im internationalen System identifizieren. Mit den nationalen Regierun-

gen werden zwei komplexe Akteure betrachtet, die anhand ihrer Fähigkeiten, Wahrnehmungen und Präferenzen charakterisiert werden, wobei letztere sowohl Eigeninteressen wie z. B. Sicherheit, Autonomie, Wohlfahrt, Prestige und Einfluss als auch normative Rollenerwartungen umfassen.

Die Analyse der wirtschaftlichen Stärke bei der Herstellung erneuerbarer Energien, der Einbindung in relevante institutionelle Strukturen sowie der Fähigkeit zum Agenda-Setting zeigt, dass sowohl die deutsche als auch die brasilianische Regierung auf dem Gebiet erneuerbarer Energien über die Fähigkeit zur Beeinflussung globaler Strukturen verfügen. Hierbei sei vor allem die wirtschaftliche Bedeutung Deutschlands und Brasiliens hervorgehoben: Deutschland ist weltweit führend bei der Erzeugung von Windkraft, Solarenergie und Biodiesel sowie Exportweltmeister von erneuerbaren Energien, wobei zum deutschen Exportvolumen vor allem Windindustrie, Solartechnik und Wasserkrafttechnik beitragen. Brasilien ist dagegen weltweit führender Exporteur von Ethanol, welches in Brasilien mit den geringsten Kosten im weltweiten Vergleich hergestellt wird. Neben der Einbindung in relevante institutionelle Strukturen beweisen beide Regierungen zudem mit eigenen Initiativen zur Veränderung des internationalen institutionellen Kontext ihre Fähigkeit zum Agenda-Setting.

Die Untersuchung von Wahrnehmungen, Identitäten, Eigeninteressen, normativen Rollenerwartungen und angestrebten Instrumenten zur Realisierung der Präferenzen verdeutlicht jedoch, dass die Präferenzen beider Regierungen in der globalen Strukturpolitik überwiegend divergieren. Dies ist vor allem auf die unterschiedlichen Wahrnehmungen hinsichtlich der Förderungswürdigkeit der verschiedenen Formen erneuerbarer Energien zurückzuführen. Beide Regierungen sprechen denjenigen Formen positive Entwicklungswirkungen zu, die für die nationalen Exporte von Bedeutung sind: Deutschland konzentriert sein internationales Engagement daher vor allem auf Solarenergie, Wind- und Wasserkraft, während Brasilien sich insbesondere für Ethanol einsetzt. Gerade beim Thema Ethanol entzweien sich die Wahrnehmungen, da die deutsche Regierung eine exportorientierte Ethanolproduktion in Entwicklungsländern vor allem mit Risiken verbindet. Des Weiteren nehmen beide Regierungen unterschiedliche Hindernisse für die weltweite Verbreitung von erneuerbaren Energien wahr und setzen in ihrem außenpolitischen Engagement für erneuerbare Energien unterschiedliche Schwerpunkte: Während Deutschland von einer institutionellen Lücke spricht und die Grün-

dung der IRENA anstrebt, die über Politikberatung, Technologietransfer und *Capacity-Building* weltweit eine nachhaltige Erzeugung erneuerbarer Energien fördern soll, nennt Brasilien vor allem Handelsverzerrungen und Vorurteile der Industrieländer als Hindernisse und konzentriert sein Engagement auf die Etablierung eines Weltmarktes für Agrartreibstoffe.

Aufgrund der weitgehend divergierenden Wahrnehmungen und Präferenzen verwundert es nicht, dass Deutschland und Brasilien im Rahmen der bilateralen Kooperation keine gemeinsamen Strategien in der globalen Strukturpolitik verfolgen, sondern im bilateralen Energieabkommen nur von einem Informationsaustausch über die jeweiligen Positionen in der internationalen Politik sprechen. Der im Energieabkommen beschlossene Informations- und Erfahrungsaustausch kann jedoch die bestehende Divergenz der Wahrnehmungen reduzieren und damit die Voraussetzungen für eine tiefergehende Kooperation schaffen. Die Präferenzen beider Regierungen in der globalen Strukturpolitik fließen in die Gestaltung der bilateralen Kooperation ein und die bilaterale Kooperation kann durchaus für beide Regierungen die Realisierung einzelner Präferenzen erleichtern, sei es direkt oder indirekt über die Veränderung der Fähigkeiten. Hierbei fällt insbesondere auf, dass sich die Entwicklungszusammenarbeit vor allem an deutschen Präferenzen orientiert, während kaum Bezug zu brasilianischen Präferenzen in der globalen Strukturpolitik besteht.

Wie diese Ausführungen verdeutlichen, erfüllt die deutsch-brasilianische Kooperation auf dem Gebiet erneuerbarer Energien nicht die in der Einleitung vorgestellten Minimalvoraussetzungen für eine strategische Partnerschaft: Deutschland und Brasilien verfügen zwar beide über die Fähigkeit zur Beeinflussung globaler Strukturen, die weitgehende Divergenz von Wahrnehmungen und Präferenzen verhindert jedoch ein gemeinsames Vorgehen in der globalen Strukturpolitik. Auf dem hier betrachteten Gebiet kann man daher weder von einer bereits bestehenden strategischen Partnerschaft zwischen Deutschland und Brasilien sprechen, noch erscheint eine solche in der nahen Zukunft als wahrscheinlich.

Das in dieser Arbeit untersuchte Fallbeispiel zeigt, dass es für ein tieferes Verständnis der Realität sehr hilfreich sein kann, bei akteurzentrierten Analysen nicht nur die Fähigkeiten und Präferenzen, sondern auch explizit die Wahrnehmung der Akteure zu berücksichtigen. Die in Industrieländern verbreitete Vorurteile, die nach Ansicht der

brasilianischen Regierung ein zentrales Hindernis für eine weltweite Verbreitung von Agrartreibstoffen darstellen, unterstreichen die Bedeutung von Glaubwürdigkeit als Komponente des Konzeptes der sanften Macht Nyes sowie der von Adler und Haas aufgeführten Fähigkeit, in der internationalen Politik glaubwürdige Informationen zu teilen und damit die Wahrnehmung eines Problems zu beeinflussen. Bezüglich des theoretischen Rahmens ist zudem hervorzuheben, dass die Integration verschiedener theoretischer Paradigmen im akteurzentrierten Institutionalismus zu einer Flexibilität der Forschungsheuristik führt, die verhindert, dass Erkenntnisgewinn methodischer Schlüssigkeit untergeordnet wird, und somit Forschung von praktischer Relevanz erleichtert.

Der Leser sollte beachten, dass gerade nachhaltige Entwicklung aufgrund der Mehrdimensionalität des Konzepts und der möglichen unterschiedlichen Gewichtung einzelner Komponenten ein entwicklungspolitisches Konzept darstellt, dessen Inhalte sehr unterschiedlich wahrgenommen werden können. Die vorliegende Arbeit verdeutlicht beispielsweise, dass sich beide Regierungen für eine nachhaltige Erzeugung von erneuerbaren Energien aussprechen, ohne dass die damit in Verbindung gebrachten Komponenten harmonieren. Aus diesem Hintergrund ist es durchaus denkbar, dass der Informations- und Erfahrungsaustausch im Rahmen des bilateralen Energieabkommens nicht zu einer gemeinsamen Problemsicht als Grundlage für eine tiefergehende Kooperation führt.

Ein Paradebeispiel für das divergierende Verständnis von Nachhaltigkeit beider Regierungen ist die exportorientierte Erzeugung von Agrartreibstoffen in Entwicklungsländern. Während die deutsche Regierung hiermit insbesondere soziale und ökologische Risiken assoziiert, unterstreicht die brasilianische Regierung ökonomischen Chancen und damit verbundene soziale Vorteile. Beide Regierungen sprechen dabei divergierende, teilweise sogar antagonistische Kausalitäten an. Auch wenn die „Wahrheit“ irgendwo in der Mitte liegen wird, sei an dieser Stelle darauf hingewiesen, dass in der deutschen Entwicklungspolitik zumindest die volkswirtschaftlichen Vorteile berücksichtigt werden sollten, die eine exportorientierte und international wettbewerbsfähige Produktion einem Entwicklungs- oder Schwellenland bietet. Abgesehen davon erscheint die Forderung nach Produktions- und Arbeitsbedingungen, die so weit wie möglich europäischen Standards entsprechen sollten, als fragwürdig. Sinnvoller wäre vielmehr, die Produktions- und Arbeitsbedingungen im Agrartreibstoffsektor eines Landes nicht los-



gelöst vom nationalen Kontext, sondern relativ zu vergleichbaren Sektoren desselben Landes zu beurteilen. Da der Übergang zwischen berechtigten Forderungen nach sozialen und ökologischen Mindeststandards in Entwicklungs- und Schwellenländern und „protektionistischen Ausreden“ fließend ist, sollten politische Entscheidungsträger bei solchen Forderungen zumindest die handelspolitischen Konsequenzen und deren Auswirkungen auf den Entwicklungsprozess des jeweiligen Landes berücksichtigen.

Betrachtet man nur die deutsch-brasilianische Entwicklungszusammenarbeit auf dem Gebiet erneuerbarer Energien wird nicht deutlich, inwiefern diese relevante regionale oder auch globale Wirkungen entfaltet. Folgt man der Bewertung Stamms in seiner Portfolioanalyse der deutsch-brasilianischen Entwicklungszusammenarbeit, so kann das Kooperationsfeld erneuerbare Energien nur sehr bedingt mit globalem Klimaschutz begründet werden. Abgesehen davon bleibt der Zusammenhang zwischen der bilateralen Entwicklungszusammenarbeit und der im Zuge des Ankerlandkonzeptes angestrebten Verbesserung der Mitwirkung Brasiliens an internationalen Prozessen unklar. Die bilaterale Entwicklungszusammenarbeit auf dem Gebiet erneuerbarer Energien scheint nach wie vor eher auf die Veränderung nationaler Rahmenbedingungen ausgerichtet zu sein als, wie im Ankerlandkonzept vorgesehen, auf die Gestaltung globaler Strukturen.

Messner begründet die Existenz deutscher Entwicklungspolitik u. a. mit dem Eigeninteresse Deutschlands, über die Investition in soziales Kapital die eigene außenpolitische Gestaltungsfähigkeit auszuweiten sowie die Effektivität und Legitimation der *global governance*-Architektur zu steigern. Die vorliegende Arbeit weckt Zweifel, ob die Entwicklungspolitik tatsächlich adäquate Mittel zum Verfolgen dieser Ziele zur Verfügung stellt. Einerseits wird zumindest auf dem betrachteten Kooperationsfeld nicht deutlich, inwiefern diese Ziele bei der Auswahl von Projekten der Entwicklungszusammenarbeit von Bedeutung sind, andererseits ist zu überdenken, inwiefern andere Kooperationsformen diese Ziele direkter und effektiver verfolgen können.

Diese Arbeit betrachtet nur das Kooperationsfeld erneuerbare Energien, mit dem Tropenwaldschutz wird jedoch der zweite Schwerpunkt der deutsch-brasilianischen Entwicklungszusammenarbeit ausgeblendet. Für eine umfassende Bewertung der bilateralen Entwicklungszusammenarbeit hinsichtlich des Verständnisses von Entwicklungspolitik als Beitrag zur globalen Strukturpolitik und des Ankerlandkonzeptes ist daher eine analoge Analyse des Bereiches Tropenwaldschutz erforderlich. Für weitere For-

---

schungsvorhaben würde sich folglich die Untersuchung anbieten, ob auf diesem Kooperationsfeld die drei Minimalvoraussetzungen für eine strategische Partnerschaft erfüllt werden.

Des Weiteren erforderte der Umfang dieser Arbeit eine Begrenzung auf die aggregierte Betrachtung der nationalen Regierungen Deutschland und Brasiliens. Gerade in der Kontroverse bezüglich der Nachhaltigkeit der Ethanolproduktion in Brasilien wäre es interessant, bei einer akteurzentrierten Analyse zwischen verschiedenen Akteuren innerhalb der nationalen Regierungen zu differenzieren und Akteure der Zivilgesellschaft und der Privatwirtschaft in die Analyse zu integrieren. Eine solche differenzierte Analyse könnte den politischen Prozess innerhalb beider Länder, der zu einem so unterschiedlichen Verständnis von Nachhaltigkeit führt, näher beleuchten und dabei dominante nationale Akteure identifizieren. Für die Verbindung der nationalen Ebene und der zwischenstaatlichen Interaktion würden sich Zwei-Ebenen-Spiele in Anlehnung an Putnam (1988) anbieten. Abgesehen davon könnte die Analyse transnationaler Strukturen auf diesem Gebiet mit interessanten Erkenntnissen verbunden sein.

Da die deutsch-brasilianische Kooperation auf dem Gebiet erneuerbarer Energien trotz der anfänglich herausgestellten vergleichsweise positiven Ausgangsbedingungen nicht die Minimalvoraussetzungen einer strategischen Partnerschaft erfüllt und auf diesem Gebiet die Auswirkungen der bilateralen Entwicklungszusammenarbeit auf die Gestaltung globaler Strukturen unklar bleiben, legt die vorliegende Studie nahe, entweder die Zielsetzungen oder die Instrumente des Ankerlandkonzeptes zu überdenken – eine Aufgabe, die als Herausforderung für weitere wissenschaftliche Studien zu sehen ist.

## VIII. Literaturverzeichnis

- AA 2007a. *Die grünen Champions - deutsche Umwelttechnologie*. URL: <http://www.auswaertiges-amt.de/diplo/de/WillkommeninD/WirtschaftsstandortD/KlimaGrueneChampions.html> [Stand 23.06.2008]
- AA 2007b. *Leitlinien für die deutsche Außenpolitik gegenüber Lateinamerika und der Karibik*. URL: <http://www.auswaertiges-amt.de/diplo/de/Aussenpolitik/RegionaleSchwerpunkte/Lateinamerika/Leitlinien,navCtx=32974.html> [Stand 08.07.2008]
- AA 2008. *Energiesicherheit*. URL: <http://www.auswaertiges-amt.de/diplo/de/Aussenpolitik/Themen/EnergieKlima/Energiepolitik.html> [Stand 07.07.2008]
- ABC 2007. *Brasil e Alemanha negociam programa de cooperação técnica para 2007/2008*. URL: [http://www.abc.gov.br/lerNoticia.asp?id\\_Noticia=416](http://www.abc.gov.br/lerNoticia.asp?id_Noticia=416) [Stand 25.08.2008]
- Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Föderativen Republik Brasilien über Zusammenarbeit im Energiesektor mit Schwerpunkt auf erneuerbare Energien und Energieeffizienz 2008*. Online im Internet: URL: [http://www.umweltministerium.de/files/pdfs/allgemein/application/pdf/energieabkommen\\_brasilien.pdf](http://www.umweltministerium.de/files/pdfs/allgemein/application/pdf/energieabkommen_brasilien.pdf) [Stand 15.10.2008]
- Adler, Emanuel & Haas, Peter M. 1992. Conclusion: epistemic communities, world order, and the creation of a reflective research program. *International Organization*(46), 367–390.
- AGEE 2007. *Erneuerbare Energien sind Exportschlager*. URL: [http://www.unendlich-viel-energie.de/uploads/media/EE\\_sind\\_Exportschlager.pdf](http://www.unendlich-viel-energie.de/uploads/media/EE_sind_Exportschlager.pdf) [Stand 15.10.2008]
- AGEE 2008. *Fakten: Die wichtigsten Daten zu den Erneuerbaren Energien. Schnell und kompakt*. URL: [http://www.unendlich-viel-energie.de/uploads/tx\\_nawikeebasket/TalkingCards-2008.pdf](http://www.unendlich-viel-energie.de/uploads/tx_nawikeebasket/TalkingCards-2008.pdf) [Stand 15.10.2008]
- Agenda 21* 1992. Online im Internet: URL: <http://www.bmu.de/files/pdfs/allgemein/application/pdf/agenda21.pdf> [Stand 15.10.2008]
- Almeida, Paulo R. de 2006. *Die Außenpolitik der Lula-Regierung: Bilanz und Aussichten*. (KAS-Auslandsinformationen). Sankt Augustin. URL:

[http://www.kas.de//db\\_files/dokumente/auslandsinformationen/7\\_dokument\\_dok\\_pdf\\_9024\\_1.pdf?061012075404](http://www.kas.de//db_files/dokumente/auslandsinformationen/7_dokument_dok_pdf_9024_1.pdf?061012075404) [Stand 15.10.2008]

- Almeida, Paulo R. de 2007. *Brazil as a Regional Player and an Emerging Global Power: Foreign Policy Strategies and the Impact on the New International Order*. (Briefing Paper FES Sao Paulo). URL: <http://library.fes.de/pdf-files/iez/global/04709.pdf> [Stand 15.10.2008]
- Almeida, Edmar Fagundes de, Bontempo, Jose V. & De Souza e Silva, Carla Maria 2008. The Performance of Brazilian Biofuels: An Economic, Environmental and Social Analysis, in OECD/ITF (Hg.): *Biofuels: Linking Support to Performance*. Paris, 151–188.
- Altenburg, Tilman, u.a. 2005. *Thesenpapier zum DIE-Workshop "Energie- und klimapolitische Kooperation mit den Ankerländern" am 7.7.2005 in Bonn*. URL: [http://www.die-gdi.de/CMS-Homepage/openwebcms3.nsf/\(ynDK\\_FileContainerByKey\)/ADMR-7B6B9W/\\$FILE/ThesenpapierKlima-Energie-Workshop.pdf?Open](http://www.die-gdi.de/CMS-Homepage/openwebcms3.nsf/(ynDK_FileContainerByKey)/ADMR-7B6B9W/$FILE/ThesenpapierKlima-Energie-Workshop.pdf?Open) [Stand 15.10.2008]
- Amorim, Celso 2007. Prefácio, in MRE (Hg.): *Biocombustíveis no Brasil: Realidades e Perspectivas*, 6–9. URL: [http://www.dc.mre.gov.br/brasil/download/Biocombust%EDveis\\_01-prefacio.pdf](http://www.dc.mre.gov.br/brasil/download/Biocombust%EDveis_01-prefacio.pdf) [Stand 28.07.2008]
- Amorim, Celso 2008. Os BRICs e a Reorganização do Mundo. *Folha de São Paulo* 8. Juni.
- Ata da XXVI Reunião da Comissão Mista Brasil - Alemanha para Cooperação Científica e Tecnológica (Brasília, 22 e 23 de novembro de 2007)* 2007. URL: <http://www.dctec.mre.gov.br/Paises/alemanha/xxvi-comista-em-c-t-brasil-alemanha-2007/> [Stand 15.10.2008]
- Bates, Robert H., u.a. 1998. *Analytic Narratives*. Princeton: Princeton University Press
- Baumann, Rainer 2007. Multilateralismus: Die Wandlung eines vermeintlichen Kontinuitätselements der deutschen Außenpolitik, in Jäger, Thomas, Höse, Alexander & Oppermann, Kai (Hg.): *Deutsche Außenpolitik: Sicherheit, Wohlfahrt, Institutionen und Normen*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 442–461.

- BDI & CNI 2003. *Final Report: Brazil-Germany Economic Meeting 2003*. URL: [http://www.bdi.eu/Dokumente/Internationale-Maerkte/Dt-brasil\\_Wit-age\\_03\\_Prot\\_U-Tage.pdf](http://www.bdi.eu/Dokumente/Internationale-Maerkte/Dt-brasil_Wit-age_03_Prot_U-Tage.pdf) [Stand 15.10.2008]
- BDI & CNI 2004. *Final Report: Brazil-Germany Economic Meeting 2004*. URL: [http://www.bdi.eu/Dokumente/Internationale-Maerkte/Dt-brasil\\_Wit-age\\_04\\_Prot\\_U-Tage.pdf](http://www.bdi.eu/Dokumente/Internationale-Maerkte/Dt-brasil_Wit-age_04_Prot_U-Tage.pdf) [Stand 15.10.2008]
- BDI & CNI 2005. *Summary of the Working Session of the German Brazilian Initiative on Agribusiness: Fortaleza, 3rd of July 2005*. URL: [http://www.bdi.eu/Dokumente/Internationale-Maerkte/Dt-brasil\\_Wit-age\\_05\\_Prot\\_annex5.pdf](http://www.bdi.eu/Dokumente/Internationale-Maerkte/Dt-brasil_Wit-age_05_Prot_annex5.pdf) [Stand 15.10.2008]
- BDI & CNI 2006. *Programm: Deutsch-Brasilianische Wirtschaftstage 2006. Berlin, 8.-11.07.2006*. URL: [http://www.bdi.eu/Dokumente/Internationale-Maerkte/PROGRAMM\\_deutsch\\_Internet.pdf](http://www.bdi.eu/Dokumente/Internationale-Maerkte/PROGRAMM_deutsch_Internet.pdf) [Stand 15.10.2008]
- BDI & CNI 2007. *Deutsch-Brasilianische Wirtschaftstage 2007: Blumenau/Santa Catarina, 18. bis 20. November 2007*. URL: [http://www.bdi.eu/Dokumente/Internationale-Maerkte/DBWT07\\_Progr\\_lang.pdf](http://www.bdi.eu/Dokumente/Internationale-Maerkte/DBWT07_Progr_lang.pdf) [Stand 15.10.2008]
- BDI & CNI 2008. *Deutsch-Brasilianische Wirtschaftstage 2008: Köln, 24. bis 26. August 2008*. URL: [http://www.bdi.eu/Dokumente/Internationale-Maerkte/DBWT\\_2008\\_Kurzprogramm.pdf](http://www.bdi.eu/Dokumente/Internationale-Maerkte/DBWT_2008_Kurzprogramm.pdf) [Stand 15.10.2008]
- Beck, Ulrich 2007. *Weltrisikogesellschaft: Auf der Suche nach der verlorenen Sicherheit. Lizenzausgabe für die Bundeszentrale für politische Bildung*. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung
- Biato, Marcel F. 2008. *Shaping Global Governance: A Brazilian Perspective*. (Artigos). URL: [http://www.cebri.org.br/pdf/513\\_PDF.pdf](http://www.cebri.org.br/pdf/513_PDF.pdf) [Stand 15.10.2008]
- BMBF 2007. *Innovationsförderung zwischen Deutschland und Brasilien stärken*. URL: [http://www.bmbf.de/\\_media/press/pm\\_20071128-240.pdf](http://www.bmbf.de/_media/press/pm_20071128-240.pdf) [Stand 15.10.2008]
- BMU 2005. *Umweltpolitik: Der globale Ausbau der erneuerbaren Energien - die internationalen institutionellen Rahmenbedingungen*. URL: [http://www.erneuerbare-energien.de/files/erneuerbare\\_energien/downloads/application/pdf/broschuere\\_globale\\_ausbau\\_ee.pdf](http://www.erneuerbare-energien.de/files/erneuerbare_energien/downloads/application/pdf/broschuere_globale_ausbau_ee.pdf) [Stand 15.10.2008]

- BMU 2006. *Wirtschaftsfaktor Umwelt: Innovation, Wachstum und Beschäftigung durch Umweltschutz*. URL: [http://www.bmu.de/files/wirtschaft\\_und\\_umwelt/downloads/application/pdf/broschuere\\_wirtschaftsfaktor\\_umwelt.pdf](http://www.bmu.de/files/wirtschaft_und_umwelt/downloads/application/pdf/broschuere_wirtschaftsfaktor_umwelt.pdf) [Stand 15.10.2008]
- BMU 2008a. *Entwicklung der erneuerbaren Energien in Deutschland im Jahr 2007: Stand: 12. März 2008*. URL: [http://www.bmu.de/files/pdfs/allgemein/application/pdf/ee\\_hintergrund2007.pdf](http://www.bmu.de/files/pdfs/allgemein/application/pdf/ee_hintergrund2007.pdf) [Stand 01.07.2008]
- BMU 2008b. *Erneuerbare Energien*. URL: <http://www.erneuerbare-energien.de/inhalt/2720/> [Stand 05.08.2008]
- BMU 2008c. *Erneuerbare Energien in Zahlen: Nationale und internationale Entwicklung*. Berlin. URL: [http://www.erneuerbare-energien.de/files/erneuerbare\\_energien/downloads/application/pdf/broschuere\\_ee\\_zahlen.pdf](http://www.erneuerbare-energien.de/files/erneuerbare_energien/downloads/application/pdf/broschuere_ee_zahlen.pdf) [Stand 19.08.2008]
- BMU 2008d. *Umweltpolitische Bilanz der deutschen EU- und G8-Präsidentschaft 2007*. URL: [http://www.bmu.de/files/pdfs/allgemein/application/pdf/broschuere\\_bilanz\\_eu\\_g8.pdf](http://www.bmu.de/files/pdfs/allgemein/application/pdf/broschuere_bilanz_eu_g8.pdf) [Stand 15.10.2008]
- BMZ a. *Ankerländer - unverzichtbare Partner für globale Entwicklung*. URL: <http://www.bmz.de/de/Laender/partnerLaender/ankerlaender/index.html> [Stand 02.09.2008]
- BMZ b. *Licht für alle*. URL: [http://www.bmz.de/de/laender/partnerlaender/brasilien/projekte/brasilien\\_energie.html](http://www.bmz.de/de/laender/partnerlaender/brasilien/projekte/brasilien_energie.html) [Stand 03.09.2008]
- BMZ 2002a. *Klimaschutz - Aufgabe der deutschen Entwicklungszusammenarbeit*. (Materialien). Bonn.
- BMZ 2002b. *Rahmenbedingungen und Herausforderungen der Entwicklungspolitik zu Beginn des 21. Jahrhunderts: Zusammenfassung des 11. Entwicklungspolitischen Bericht der Bundesregierung*. Bonn. URL: <http://www.bmz.de/de/service/infothek/fach/spezial/spezial042pdf.pdf> [Stand 15.10.2008]
- BMZ 2004a. *Ankerländer - Partner für globale Entwicklung: Ein Positionspapier des BMZ*. URL: <http://www.bmz.de/de/service/infothek/fach/spezial/spezial116pdf.pdf> [Stand 15.10.2008]
- BMZ 2004b. *Globalisierung gestalten - Entwicklungspolitik konkret*. Bonn.
- BMZ 2005. *Zwölfter Bericht zur Entwicklungspolitik der Bundesregierung*. Bonn.

- BMZ 2006. *Erneuerbare Energien in der deutschen Entwicklungszusammenarbeit*. (BMZ Materialien). URL: <http://www.bmz.de/de/service/infothek/fach/materialien/Materialie158.pdf> [Stand 15.10.2008]
- BMZ 2007a. *Partnerschaft mit Brasilien für globalen Umwelt- und Klimaschutz* [Stand 2008-02-22]: Entwicklungspolitik wird Brasiliens neuer Rolle als globaler Akteur angepasst. URL: [http://www.bmz.de/de/presse/pm/2007/november/pm\\_20071123\\_135.html](http://www.bmz.de/de/presse/pm/2007/november/pm_20071123_135.html) [Stand 15.10.2008]
- BMZ 2007b. *Sektorkonzept Nachhaltige Energie für Entwicklung: Strategiepapier des BMZ*. (BMZ Konzepte). URL: <http://www.bmz.de/de/service/infothek/fach/konzepte/konzept145.pdf> [Stand 15.10.2008]
- BMZ 2008a. *Auf dem Weg in die Eine Welt: Weißbuch zur Entwicklungspolitik. 13. Entwicklungspolitische Bericht der Bundesregierung*. Berlin. URL: [http://www.bmz.de/de/service/infothek/buerger/BMZUeberblick/bmz\\_weissbuch\\_2008\\_II.pdf](http://www.bmz.de/de/service/infothek/buerger/BMZUeberblick/bmz_weissbuch_2008_II.pdf) [Stand 15.10.2008]
- BMZ 2008b. *Entwicklungspolitische Positionierung zu Agrartreibstoffen: Diskussionspapier*. (BMZ Diskurs). URL: <http://www.bmz.de/de/service/infothek/fach/diskurs/diskurs011.pdf> [Stand 15.10.2008]
- BMZ Januar 2008. *Zusammenarbeit mit Brasilien*. URL: <http://www.bmz.de/de/Laender/partnerLaender/brasilien/zusammenarbeit.html> [Stand 26.08.2008]
- Boeckh, Andreas 2003. Brasiliens Außenpolitik und die deutsch-brasilianischen Beziehungen, in Kohlhepp, Gerd (Hg.): *Brasilien: Entwicklungsland oder tropische Großmacht des 21. Jahrhundert?* Tübingen: Attempto, 81–103.
- Bohnet, Michael 2001. Überlegungen zur Zukunft der Entwicklungspolitik: Von der Theorie zur Praxis, in Thiel, Reinold E. (Hg.): *Neue Ansätze der Entwicklungstheorie*. Bonn, 96–109. URL: <http://www.inwent.org/imperia/md/content/bereich3-intranet/3-04-internet-publik/th-10-bohnet.pdf> [Stand 15.10.2008]
- Brand, Ulrich & Scherrer, Christoph 2005. Contested Global Governance: Konkurrierende Formen und Inhalte globaler Regulierung, in Behrens, Maria (Hg.): *Globalisierung als politische Herausforderung: Global Governance zwischen Utopie und Realität*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 115–130.

- Brasilianische Botschaft in Berlin 2007. *Biokraftstoffe in Brasilien*. URL: <http://brasilianische-botschaft.de/umwelt/biokraftstoffe-in-brasilien/> [Stand 26.07.2008]
- Brasilianische Botschaft in Berlin 2008. *Deutsch-Brasilianische Beziehungen*. URL: <http://brasilianische-botschaft.de/politik/deutsch-brasilianische-beziehungen/> [Stand 02.09.2008]
- Bundesregierung 2006. *Deutschland voranbringen: Jahresbericht der Bundesregierung 2005/2006*. Berlin.
- Bundesregierung 2007a. *Gemeinsam Aufschwung gestalten: Jahresbericht der Bundesregierung 2006/2007*. Berlin.
- Bundesregierung 2007b. *Heiligendamm-Prozess: Dialog mit Schwellenländern stärken*. URL: <http://www.bundesregierung.de/Content/DE/Magazine/emags/economy/047/sp-2-heiligendamm-prozess-dialog-mit-schwellenlaendern-staerken.html> [Stand 20.08.2008]
- Bundesregierung 2007c. *Outreach - Der erweiterte Dialog*. URL: [http://www.g-8.de/nm\\_92434/Content/DE/StatischeSeiten/G8/outreach.html](http://www.g-8.de/nm_92434/Content/DE/StatischeSeiten/G8/outreach.html) [Stand 20.08.2008]
- Bundesregierung 2007d. *Wachstum und Verantwortung - Leitmotiv der deutschen G8-Präsidentschaft*. URL: <http://www.g-8.de/Webs/G8/DE/G8Gipfel/Agenda/agenda.html> [Stand 20.08.2008]
- Bundesregierung 2008a. *Creating an International Renewable Energy Agency (IRENA)*. URL: <http://www.ren21.net/ren21/structure.asp> [Stand 20.08.2008]
- Bundesregierung 2008b. *Gründe für eine Internationale Agentur für Erneuerbare Energien (IRENA): Vorbereitungskonferenz für die Gründung von IRENA. Berlin, 10.-11. April 2008*. URL: [http://www.irena.org/downloads/Prep-Con/Case\\_for%20IRENA\\_DE.pdf](http://www.irena.org/downloads/Prep-Con/Case_for%20IRENA_DE.pdf) [Stand 15.10.2008]
- Bundesregierung 2008c. *International Renewable Energy Agency (IRENA): Discussion Paper (Draft Statutes) Workshop II: IRENA's statutes and finance. Berlin, June 30 to July 1, 2008*. URL: [http://www.irena.org/downloads/WS/Discussion\\_paper\\_Workshop\\_II\\_\(statutes\)\\_EN.pdf](http://www.irena.org/downloads/WS/Discussion_paper_Workshop_II_(statutes)_EN.pdf) [Stand 15.10.2008]
- Bundesregierung 2008d. *International Renewable Energy Agency (IRENA): Discussion Paper Workshop I: IRENA's working programme. Berlin, June 30 to July 1,*



2008. URL: [http://www.irena.org/downloads/WS/Discussion\\_paper\\_Workshop\\_I\\_EN.pdf](http://www.irena.org/downloads/WS/Discussion_paper_Workshop_I_EN.pdf) [Stand 15.10.2008]
- Bundesregierung 2008e. *Internationale Agentur für Erneuerbare Energien (IRENA) - Ziele und Aktivitäten: Diskussionspapier. Vorbereitungskonferenz für die Gründung von IRENA Berlin, 10.-11. April 2008*. URL: [http://www.irena.org/downloads/Prep-Con/IRENA-objectives\\_and\\_activities\\_DE.pdf](http://www.irena.org/downloads/Prep-Con/IRENA-objectives_and_activities_DE.pdf) [Stand 15.10.2008]
- Bundesregierung 2008f. *Merkel in Brasilien: Biosprit umweltfreundlich herstellen*. URL: <http://www.bundesregierung.de/Content/DE/Artikel/2008/05/2008-05-14-merkel-silva-brasilien.html> [Stand 26.08.2008]
- Bundesregierung 2008g. *"Preparatory Conference for the Foundation of the International Renewable Energy Agency (IRENA)", Berlin, 10-11.04.2008: List of participating countries (in alphabetical order)*. URL: [http://www.irena.org/downloads/Prep-Con/list\\_of\\_countries\\_final.pdf](http://www.irena.org/downloads/Prep-Con/list_of_countries_final.pdf) [Stand 15.10.2008]
- Bundesregierung 2008h. *"Preparatory Workshops for the Founding Conference of an International Renewable Energy Agency (IRENA)", Berlin, 30.06.-01.07.2008: List of participating countries (in alphabetical order)*. URL: [http://www.irena.org/downloads/WS/List\\_of\\_participants\\_June\\_30-July\\_1.pdf](http://www.irena.org/downloads/WS/List_of_participants_June_30-July_1.pdf) [Stand 15.10.2008]
- Bundesregierung 2008i. *Pressekonferenz Bundeskanzlerin Merkel und der brasilianische Präsident da Silva: Mitschrift Pressenkonferenz. Brasília*. URL: <http://www.bundesregierung.de/Content/DE/Mitschrift/Pressekonferenzen/2008/05/2008-05-14-bk-da-silva,layoutVariant=Druckansicht.html> [Stand 28.07.2008]
- Bundesregierung 2008j. *Zusammenfassung der IRENA-Workshops vom 30. Juni bis 01. Juli 2008*. URL: [http://www.irena.org/downloads/WS/IRENA\\_010708\\_WS\\_%20Summary-DE.pdf](http://www.irena.org/downloads/WS/IRENA_010708_WS_%20Summary-DE.pdf) [Stand 15.10.2008]
- CDU Deutschland, CSU Landesleitung & SPD Deutschland (Hg.) 10. Oktober 2005. *Gemeinsam für Deutschland. Mit Mut und Menschlichkeit: Koalitionsvertrag von CDU, CSU und SPD*. Rheinsbach.
- CGG 1995. *Our Global Neighbourhood: The Report of the Commission on Global Governance*. New York: Oxford University Press

- Charlita de Freitas, Luciano 2007. Interesses comuns em energia renovável? *Tópicos*(4), 22f. Online im Internet: URL: <http://www.topicos.de/fileadmin/pdf/2007/4/interesses-comuns.pdf> [Stand 05.09.2008]
- Chayes, Abram & Handler Chayes, Antonia 1993. On Compliance. *International Organization*(47), 175–205.
- CMC/Mercosul 2006. Memorando de entendimento para estabelecer um grupo de trabalho especial sobre biocombustíveis. Online im Internet: URL: [http://www.mercosur.int/msweb/SM/Actas%20TEMPORARIAS/CMC/XXI%20CMC%20FINAL/NORMAS/DEC\\_036-2006\\_PT\\_MemoBiocombustibles.pdf](http://www.mercosur.int/msweb/SM/Actas%20TEMPORARIAS/CMC/XXI%20CMC%20FINAL/NORMAS/DEC_036-2006_PT_MemoBiocombustibles.pdf) [Stand 16.09.2008]
- CMC/Mercosul 2007. Plano de ação do Mercosul para a cooperação em matéria de biocombustíveis. Online im Internet: URL: <http://www.mercosur.int/msweb/portal%20intermediario/pt/index.htm> [Stand 16.09.2008]
- Coleman, James S. 1990. *Foundations of Social Theory*. Cambridge, Massachusetts, London: The Belknap Press of Harvard University Press
- Constituição da República Federativa do Brasil de 1988* 2008. Online im Internet: URL: [http://www.planalto.gov.br/ccivil\\_03/constituicao/constitui%3%A7a%20o.htm](http://www.planalto.gov.br/ccivil_03/constituicao/constitui%3%A7a%20o.htm) [Stand 15.10.2008]
- Czempiel, Ernst-Otto 1999. *Kluge Macht: Außenpolitik für das 21. Jahrhundert*. München: Beck
- DED. *Biodiesel und kleinbäuerliche Entwicklung im Nordosten*. URL: [http://brasilien.ded.de/cipp/ded/custom/pub/content,lang,1/oid,1951/ticket,g\\_u\\_e\\_s\\_t/~/Projekt\\_Biodiesel.html](http://brasilien.ded.de/cipp/ded/custom/pub/content,lang,1/oid,1951/ticket,g_u_e_s_t/~/Projekt_Biodiesel.html) [Stand 03.09.2008]
- Deutsche Botschaft in Brasília (Hg.) 2003. *40 Jahre Entwicklungszusammenarbeit Deutschland-Brasilien*. Brasília.
- DIE 2008. "Ankerländer" und "Asian Drivers of Global Change". URL: [http://www.die-gdi.de/CMS-Homepage/openwebcms3.nsf/\(ynDK\\_contentByKey\)/ENTR-7BLHWQ?Open&nav=expand:Forschung%20und%20Beratung\Projekte;active:Forschung%20und%20Beratung\Projekte\ENTR-7BLHWQ](http://www.die-gdi.de/CMS-Homepage/openwebcms3.nsf/(ynDK_contentByKey)/ENTR-7BLHWQ?Open&nav=expand:Forschung%20und%20Beratung\Projekte;active:Forschung%20und%20Beratung\Projekte\ENTR-7BLHWQ) [Stand 16.09.2008]
- Enquete-Kommission "Globalisierung der Weltwirtschaft" 2002. *Globalisierung der Weltwirtschaft - Herausforderungen und Antworten: Schlussbericht der En-*

- quete-Kommission*. URL: [http://www.bundestag.de/gremien/welt/glob\\_end/index.html](http://www.bundestag.de/gremien/welt/glob_end/index.html) [Stand 15.10.2008]
- Ferreira Simões, Antônio José 2007. Biocombustíveis: A Experiência Brasileira e o Desafio da Consolidação do Mercado Internacional, in MRE (Hg.): *Biocombustíveis no Brasil: Realidades e Perspectivas*, 11–33. URL: [http://www.dc.mre.gov.br/brasil/download/Biocombust%EDveis\\_02-experienciabrasileira.pdf](http://www.dc.mre.gov.br/brasil/download/Biocombust%EDveis_02-experienciabrasileira.pdf) [Stand 15.10.2008]
- Filzmaier, Peter, u.a. 2006. *Internationale Politik: Eine Einführung*. Wien: Facultas
- Finnemore, Martha & Sikkink, Kathryn 1998. International Norm Dynamics and Political Change. *International Organization*(52), 887–917.
- Fiori, Mylena 2008a. *Brasil e potências emergentes reúnem-se para articular posições perante a cúpula do G8*. Hokkaido. URL: [http://www.presidencia.gov.br/noticias/ultimas\\_noticias/g8\\_cupula080707/](http://www.presidencia.gov.br/noticias/ultimas_noticias/g8_cupula080707/) [Stand 26.07.2008]
- Fiori, Mylena 2008b. *Lula defende biocombustíveis, mas tema fica fora de documento final da cúpula do G8*. Hokkaido. URL: [http://www.presidencia.gov.br/noticias/ultimas\\_noticias/biog8\\_defende080709/](http://www.presidencia.gov.br/noticias/ultimas_noticias/biog8_defende080709/) [Stand 26.07.2008]
- Fiori, Mylena 2008c. *Lula sugere que FAO faça diagnóstico sobre causas da alta dos alimentos*. Hokkaido. URL: [http://www.presidencia.gov.br/noticias/ultimas\\_noticias/fao\\_alimentos080709/](http://www.presidencia.gov.br/noticias/ultimas_noticias/fao_alimentos080709/) [Stand 27.07.2008]
- Franck, Thomas M. 1990. *The Power of Legitimacy Among Nations*. New York, Oxford: Oxford University Press
- Friedman, Thomas L. 1999. *Globalisierung verstehen: Zwischen Marktplatz und Weltmarkt*. Berlin: Ullstein
- Gemeinsame Erklärung der deutschen G8-Präsidentschaft und der Staats- und/oder Regierungschefs Brasiliens, Chinas, Indiens, Mexikos und Südafrikas anlässlich des G8-Gipfels in Heiligendamm, Deutschland, 8. Juni 2007* 2007. Online im Internet: URL: [http://www.g-8.de/nsc\\_true/Content/DE/Artikel/G8Gipfel/Anlage/Abschlusserklaerung,o5-erklaerung,templateId=raw,property=publicationFile.pdf/o5-erklaerung](http://www.g-8.de/nsc_true/Content/DE/Artikel/G8Gipfel/Anlage/Abschlusserklaerung,o5-erklaerung,templateId=raw,property=publicationFile.pdf/o5-erklaerung) [Stand 15.10.2008]
- Goldstein, Judith & Keohane, Robert O. 1993. Ideas and Foreign Policy: An Analytical Framework, in Goldstein, Judith & Keohane, Robert O. (Hg.): *Ideas and*

- Foreign Policy: Beliefs, Institutions, and Political Change*. Ithaca, London: Cornell University Press, 3–30.
- Governo Federal do Brasil 2008. *Um mundo multipolar*. URL: [http://www.brasil.gov.br/pais/brasil\\_temas/internacional/categoria\\_view/](http://www.brasil.gov.br/pais/brasil_temas/internacional/categoria_view/) [Stand 27.07.2008]
- Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland*: Januar 2007. Online im Internet: URL: [http://www.bundestag.de/interakt/infomat/grundlegende\\_informationen/downloads/ggAug2006\\_download.pdf](http://www.bundestag.de/interakt/infomat/grundlegende_informationen/downloads/ggAug2006_download.pdf) [Stand 16.09.2008]
- GTZ. *Ländliche Elektrifizierung mit erneuerbaren Energien*. URL: <http://www.gtz.de/de/weltweit/lateinamerika-karibik/brasilien/18738.htm> [Stand 03.09.2008]
- GTZ Juni 2007. *Städtisches Umweltmanagement und Energie- und Ökoeffizienz*. URL: <http://www.gtz.de/de/dokumente/de-brasilien-projekt-umweltmanagement-energieeffizienz.pdf> [Stand 03.09.2008]
- Haas, Peter M. 1992. Introduction: epistemic communities and international policy coordination. *International Organization*(46), 1–35.
- Hart, Jeffrey 1976. Three approaches to the measurement of power in international relations. *International Organization*(30, 2), 289–308.
- Hasenclever, Andreas & Mayer, Peter 2007. Einleitung: Macht und Ohnmacht internationaler Institutionen, in Hasenclever, Andreas, Wolf, Klaus D. & Zürn, Michael (Hg.): *Macht und Ohnmacht internationaler Institutionen: Festschrift für Volker Rittberger*. Frankfurt am Main, New York: Campus Verlag. (Studien der Hessischen Stiftung Friedens- und Konfliktforschung, 53), 9–37.
- Hauchler, Ingomar 1999. Globalisierung und die Zukunft der Demokratie, in Hauchler, Ingomar, Messner, Dirk & Nuscheler, Franz (Hg.): *Globale Trends 2000: Fakten Analysen Prognosen*. Frankfurt am Main: Fischer Taschenbuch Verlag, 20–41.
- Hellmann, Gunther 2006. *Deutsche Außenpolitik: Eine Einführung*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften. (Grundwissen Politik, 39).
- Henniges, Oliver & Zeddies, Jürgen 2006. *Bioenergy and Agriculture: Promises and Challenges*. URL: [http://www.ifpri.org/2020/focus/focus14/focus14\\_09.pdf](http://www.ifpri.org/2020/focus/focus14/focus14_09.pdf) [Stand 15.10.2008]

- Hermanns, Klaus 2007. *Brasilien auf der Gewinnerseite des Klimawandels*. (Focus Brasilien). URL: [http://www.kas.de/db\\_files/dokumente/laenderberichte/7\\_dokument\\_dok\\_pdf\\_12279\\_1.pdf](http://www.kas.de/db_files/dokumente/laenderberichte/7_dokument_dok_pdf_12279_1.pdf) [Stand 15.10.2008]
- Heusgen, Christoph 2008. Bundeskanzleramt: Energie als Machtwahrung der internationalen Politik, in Braml, Josef, u.a. (Hg.): *Weltverträgliche Energiesicherheitspolitik*. München: Oldenbourg. (Jahrbuch internationale Politik 2005/2006, 27), 49–53.
- Hillebrand, Ernst & Maihold, Günther 1999. Von der Entwicklungspolitik zur globalen Strukturpolitik: Zur Notwendigkeit der Reform eines Politikfeldes. *Internationale Politik und Gesellschaft*(4), 39–52.
- Holsti, Kalevi J. 1995. *International politics: a framework for analysis*. 7. Aufl. Englewood Cliffs: Prentice Haal
- Holtrup Mostert, Petra 2007. Deutsche Umweltauenpolitik: Der Gipfelstürmer und seine Grenzen, in Jäger, Thomas, Höse, Alexander & Oppermann, Kai (Hg.): *Deutsche Außenpolitik: Sicherheit, Wohlfahrt, Institutionen und Normen*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 374-192.
- Hummel, Hartwig 2005. Kommentar: Global Governance als neue große Debatte, in Behrens, Maria (Hg.): *Globalisierung als politische Herausforderung: Global Governance zwischen Utopie und Realität*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 131–140.
- IBSA. *Area of Cooperation*. URL: [http://www.ibsa-trilateral.org/areas\\_cooperation.htm](http://www.ibsa-trilateral.org/areas_cooperation.htm) [Stand 20.08.2008]
- IEA 2006. *World Energy Outlook 2006*. Paris.
- IEA 2007. *About the IEA*. URL: [www.iea.org/about/docs/iea2007.pdf](http://www.iea.org/about/docs/iea2007.pdf) [Stand 20.08.2008]
- Kaestner, Uwe 2007. Rekordteilnahme in Blumenau: Deutsch-Brasilianische Wirtschaftstage 2007. *Tópicos*(4), 6–9. Online im Internet: URL: <http://www.topicos.net/fileadmin/pdf/2007/4/blumenau.pdf> [Stand 05.09.2008]
- Keohane, Robert O. 1984. *After Hegemony: Cooperation and Discord in the World Political Economy*. Princeton: Princeton University Press

- Keohane, Robert O. 2002. Introduction: from interdependence and institutions to globalization and governance. In: KEOHANE, R. O.: *Power and Governance in a Partially Globalized World*. London, New York, 1–24.
- Keohane, Robert O. & Nye, Joseph S. 2000. Globalization: What's New? What's Not? (And So What?). *Foreign Policy*(118), 104–119.
- Keohane, Robert O. & Nye, Joseph S. 2002. Governance in a globalizing world. In: KEOHANE, R. O.: *Power and Governance in a Partially Globalized World*. London, New York, 193–218.
- KfW April 2008. *Förderschwerpunkte: Strategische Partnerschaft mit einem Riesen*. URL: [http://www.kfw-entwicklungsbank.de/DE\\_Home/Laender\\_Programme\\_und\\_Projekte/Lateinamerika/Brasilien/Landesinformation.jsp](http://www.kfw-entwicklungsbank.de/DE_Home/Laender_Programme_und_Projekte/Lateinamerika/Brasilien/Landesinformation.jsp) [Stand 15.10.2008]
- King, Gary, Keohane, Robert O. & Verba, Sidney 1994. *Designing Social Inquiry: Scientific Inference in Qualitative Research*. Princeton: Princeton University Press
- Krasner, Stephen D. (Hg.) 1983a. *International Regimes*. Ithaca, London: Cornell University Press
- Krasner, Stephen D. 1983b. Structural causes and regime consequences: regimes as intervening variables, in Krasner, Stephen D. (Hg.): *International Regimes*. Ithaca, London: Cornell University Press, 1–22.
- Krell, Gert 2004. *Weltbilder und Weltordnung: Einführung in die Theorie der Internationalen Beziehungen*. 3. erweiterte Auflage. Baden-Baden: Nomos
- Lehnert, Matthias, Miller, Bernhard & Wonka, Arndt 2007. Na und? Überlegungen zur theoretischen und gesellschaftlichen Relevanz in der Politikwissenschaft, in Gschwend, Thomas & Schimmelfennig, Frank (Hg.): *Forschungsdesign in der Politikwissenschaft: Probleme - Strategien - Anwendungen*. Frankfurt, New York: Campus Verlag. (Mannheimer Jahrbuch für Europäische Sozialforschung, 11), 39–60.
- Luhmann, Niklas 1966. *Theorie der Verwaltungswissenschaft: Bestandsaufnahme und Entwurf*. Köln, Berlin: Grote

- Lula da Silva, Luiz Inácio 2003. *Discurso do posse*. URL:  
[http://www.fiec.org.br/artigos/temas/discurso\\_de\\_posse\\_do\\_presidente\\_Luiz\\_Inacio\\_Lula\\_da\\_Silva.htm](http://www.fiec.org.br/artigos/temas/discurso_de_posse_do_presidente_Luiz_Inacio_Lula_da_Silva.htm) [Stand 15.10.2008]
- Lula da Silva, Luiz Inácio & Alencar, José 2006. *Lula Presidente: Programa do Governo 2007/2010*. URL: [http://www.pt.org.br/portaltpt/images/arquivos/plano\\_governo.pdf](http://www.pt.org.br/portaltpt/images/arquivos/plano_governo.pdf) [Stand 15.10.2008]
- Maihold, Günther 2007. *Brasiliens Aufstieg in die 1. Liga der EU-Außenbeziehungen: Potential und Grenzen der neuen strategischen Partnerschaft*. (SWP-Aktuell). URL: [http://www.swp-berlin.org/common/get\\_document.php?asset\\_id=4188](http://www.swp-berlin.org/common/get_document.php?asset_id=4188) [Stand 15.10.2008]
- MAPA 2006. *Plano Nacional de Agroenergia 2006-2011*. 2. überarbeitete Auflage. Brasília. URL:  
[http://www.agricultura.gov.br/pls/portal/docs/PAGE/MAPA/PLANOS/PNA\\_2006\\_2011/PLANO%20NACIONAL%20DE%20AGROENERGIA%202006%20-%202011-%20PORTUGUES\\_1\\_0.PDF](http://www.agricultura.gov.br/pls/portal/docs/PAGE/MAPA/PLANOS/PNA_2006_2011/PLANO%20NACIONAL%20DE%20AGROENERGIA%202006%20-%202011-%20PORTUGUES_1_0.PDF) [Stand 15.10.2008]
- March, James & Simon, Herbert 1959. *Organizations*. 2. Aufl. New York: John Wiley & Sons
- May, Bernhard 2007. G7/G8-Gruppe, in Schmidt, Siegmund, Hellmann, Gunther & Wolf, Reinhard (Hg.): *Handbuch zur deutschen Außenpolitik*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 802–811.
- Mayntz, Renate 2008. *Forschung*. URL:  
[http://www.mpifg.de/people/rm/forschung\\_de.asp](http://www.mpifg.de/people/rm/forschung_de.asp) [Stand 05.06.2008]
- Mayntz, Renate & Scharpf, Fritz W. 1995. Der Akteurzentrierte Institutionalismus, in Mayntz, Renate & Scharpf Fritz W. (Hg.): *Gesellschaftliche Selbstregulierung und politische Steuerung*. Frankfurt, New York: Campus Verlag. (Schriften des Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung Köln, 23).
- Meadows, Dennis, u.a. 1972. *Die Grenzen des Wachstums: Bericht des Club of Rome zur Lage der Menschheit*. Stuttgart: Deutsche Verlags-Anstalt
- Merkel, Angela 2005. *Regierungserklärung*. URL:  
<http://www.bundesregierung.de/Content/DE/Regierungserklaerung/2006/05/2006-05-11-regierungserklaerung-von-bundeskanzlerin-angela-merkel,layoutVariant=Druckansicht.html> [Stand 15.10.2008]

- Messner, Dirk 1999. Strukturen und Trends der Weltgesellschaft, in Hauchler, Ingomar, Messner, Dirk & Nuscheler, Franz (Hg.): *Globale Trends 2000: Fakten Analysen Prognosen*. Frankfurt am Main: Fischer Taschenbuch Verlag, 45–76.
- Messner, Dirk 2001. Globalisierung gestalten: Neue Anforderungen an die Entwicklungs- und Außenpolitik, in Heinrich-Böll-Stiftung (Hg.): *Entwicklungspolitik als internationale Strukturpolitik: Dokumentation des Ersten Entwicklungspolitischen Forums der Heinrich-Böll-Stiftung am 19./20. Mai 2000 in Berlin*. Berlin. (Dokumentationen der Heinrich-Böll-Stiftung, 14), 30–38.
- Messner, Dirk 2005. Global Governance: Globalisierung im 21. Jahrhundert gestalten, in Behrens, Maria (Hg.): *Globalisierung als politische Herausforderung: Global Governance zwischen Utopie und Realität*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 27–54.
- Messner, Dirk 2007. Entwicklungspolitik als globale Strukturpolitik, in Jäger, Thomas, Höse, Alexander & Oppermann, Kai (Hg.): *Deutsche Außenpolitik: Sicherheit, Wohlfahrt, Institutionen und Normen*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 393–420.
- Messner, Dirk & Nuscheler, Franz 1999. Strukturen und Trends der Weltpolitik, in Hauchler, Ingomar, Messner, Dirk & Nuscheler, Franz (Hg.): *Globale Trends 2000: Fakten Analysen Prognosen*. Frankfurt am Main: Fischer Taschenbuch Verlag, 371–598.
- Messner, Dirk & Scholz, Imme 2005. Zukunftsfragen der Entwicklungspolitik, in Messner, Dirk & Scholz, Imme (Hg.): *Zukunftsfragen der Entwicklungspolitik*. Baden-Baden: Nomos, 15–38.
- Mildner, Stormy & Zilla, Claudia 2007. *Brasilien und Biokraftstoffe: Chancen und Stolpersteine für eine engere Zusammenarbeit mit der EU und Deutschland*. (SWP-Aktuell). Berlin. URL: [http://www.swp-berlin.org/common/get\\_document.php?asset\\_id=4500](http://www.swp-berlin.org/common/get_document.php?asset_id=4500) [Stand 15.10.2008]
- Moravcsik, Andrew 1997. Taking Preferences Seriously: A Liberal Theory of International Politics. *International Organization*(51), 513–553.
- MRE a. *Fórum de Diálogo Índia-Brasil-África do Sul*. URL: <http://www2.mre.gov.br/ibas/> [Stand 20.08.2008]



MRE b. *G20 History*. URL: <http://www.g-20.mre.gov.br/history.asp> [Stand 20.08.2008]

MRE c. *Informação Fórum de Diálogo Índia-Brasil-África do Sul (IBAS)*. URL:

[http://www2.mre.gov.br/dibas/Info\\_Basica.pdf](http://www2.mre.gov.br/dibas/Info_Basica.pdf) [Stand 20.08.2008]

MRE d. *Perguntas mais frequentes sobre integração regional e mercosul*. URL:

<http://www.mercosul.gov.br/perguntas-mais-frequentes-sobre-integracao-regional-e-mercosul-1/sobre-integracao-regional-e-mercosul/> [Stand 20.08.2008]

MRE 2007a. *Comunicado Conjunto - XXVI Reunião da Comissão Mista Brasil - Alemanha de Cooperação Científica e Tecnológica*. URL:

[http://www.mre.gov.br/portugues/imprensa/nota\\_detalhe3.asp?ID\\_RELEASE=4924](http://www.mre.gov.br/portugues/imprensa/nota_detalhe3.asp?ID_RELEASE=4924) [Stand 15.10.2008]

MRE 2007b. *Discurso do Ministro Celso Amorim no Segmento de Alto Nível da 13a Conferência das Partes na Convenção-Quadro das Nações Unidas sobre Mudança do Clima e da 3a Conferência das Partes servindo como Reunião das Partes no Protocolo de Quioto*. Bali. URL:

[http://www.mre.gov.br/portugues/politica\\_externa/discursos/discurso\\_detalhe3.asp?ID\\_DISCURSO=3222](http://www.mre.gov.br/portugues/politica_externa/discursos/discurso_detalhe3.asp?ID_DISCURSO=3222) [Stand 15.10.2008]

MRE 2007c. *Fórum Internacional de Biocombustíveis*. Brasília. URL:

[http://www.mre.gov.br/portugues/imprensa/nota\\_detalhe3.asp?ID\\_RELEASE=4513](http://www.mre.gov.br/portugues/imprensa/nota_detalhe3.asp?ID_RELEASE=4513) [Stand 28.07.2008]

MRE 2008a. *Discurso do Presidente da República, Luiz Inácio Lula da Silva, na reunião do Alto Nível da FAO sobre Segurança Alimentar, Mudanças Climáticas e Bioenergia*. Rom. URL:

[http://www.mre.gov.br/portugues/politica\\_externa/discursos/discurso\\_detalhe3.asp?ID\\_DISCURSO=3318](http://www.mre.gov.br/portugues/politica_externa/discursos/discurso_detalhe3.asp?ID_DISCURSO=3318) [Stand 28.07.2008]

MRE 2008b. *Mensagem do Presidente Luiz Inácio Lula da Silva, por ocasião de encontro especial do Conselho Econômico e Social das Nações Unidas sobre a crise alimentar mundial*. New York. URL:

[http://www.mre.gov.br/portugues/politica\\_externa/discursos/discurso\\_detalhe3.asp?ID\\_DISCURSO=3310](http://www.mre.gov.br/portugues/politica_externa/discursos/discurso_detalhe3.asp?ID_DISCURSO=3310) [Stand 28.07.2008]

- MRE 2008c. *O uso do etanol combustível no Brasil*. URL:  
[http://www.mre.gov.br/index.php?option=com\\_content&task=view&id=1795&Itemid=1520](http://www.mre.gov.br/index.php?option=com_content&task=view&id=1795&Itemid=1520) [Stand 28.07.2008]
- MRE 2008d. *Perspectivas para os biocombustíveis*. URL:  
[http://www.mre.gov.br/index.php?option=com\\_content&task=view&id=1797&Itemid=1520](http://www.mre.gov.br/index.php?option=com_content&task=view&id=1797&Itemid=1520) [Stand 28.07.2008]
- MRE 2008e. *Presidência Pro Tempore do Brasil no Mercosul: Mensagem do Ministro das Relações Exteriores, Embaixador Celso Amorim*. URL:  
<http://www.mercosul.gov.br/> [Stand 20.08.2008]
- MRE 2008f. *Texto-base da conferência do Ministro Celso Amorim na Coordenação dos Programs de Pós-Graduação de Engenharia (COPPE) da Universidade Federal do Rio de Janeiro (UFRJ) - Criação e Inovação na Política Externa Brasileira*. Rio de Janeiro. URL:  
[http://www.mre.gov.br/portugues/politica\\_externa/discursos/discurso\\_detalle3.asp?ID\\_DISCURSO=3296](http://www.mre.gov.br/portugues/politica_externa/discursos/discurso_detalle3.asp?ID_DISCURSO=3296) [Stand 15.08.2008]
- Müller, Harald 2000. Internationale Regime und ihr Beitrag zur Weltordnung, in Kaiser, Karl & Schwarz, Hans-Peter (Hg.): *Weltpolitik im neuen Jahrhundert*. Bonn, Berlin: Bundeszentrale für politische Bildung, 458–473.
- Nielebock, Thomas 2004. *Unterlagen zur Vorlesung "Einführung in die Theorien der Internationalen Beziehungen"*. Tübingen.
- Nitsch, Manfred & Giersdorf, Jens 2005. *Biotreibstoffe in Brasilien*. (Volkswirtschaftliche Reihe der FFU Berlin). Berlin. URL: [http://www.wiwiss.fu-berlin.de/verwaltung-service/bibliothek/diskussionsbeitraege/diskussionsbeitraege-wiwiss/files-diskussionsbeitraege-wiwiss/discpaper12\\_05.pdf](http://www.wiwiss.fu-berlin.de/verwaltung-service/bibliothek/diskussionsbeitraege/diskussionsbeitraege-wiwiss/files-diskussionsbeitraege-wiwiss/discpaper12_05.pdf) [Stand 15.10.2008]
- Nolte, Detlef & Stolte, Christina 2007. *Machtressource Bioenergie: Eine neue strategische Partnerschaft zwischen Brasilien und den USA*. (GIGA Focus Lateinamerika). URL: [http://www.giga-hamburg.de/dl/download.php?d=/content/publikationen/pdf/gf\\_lateinamerika\\_0703.pdf](http://www.giga-hamburg.de/dl/download.php?d=/content/publikationen/pdf/gf_lateinamerika_0703.pdf) [Stand 15.10.2008]
- Nolte, Detlef & Stolte, Christina 2008. Brasilien: Das grüne Saudi-Arabien?, in Braml, Josef, u.a. (Hg.): *Weltverträgliche Energiesicherheitspolitik*. München: Oldenbourg. (Jahrbuch internationale Politik 2005/2006, 27), 152–159.

- North, Douglass C. 1990. *Institutions, Institutional Change and Economic Performance*. Cambridge: Cambridge University Press
- Nuscheler, Franz 2000. Global Governance, Entwicklung und Frieden: Zur Interdependenz globaler Ordnungsstrukturen, in Nuscheler, Franz (Hg.): *Entwicklung und Frieden im 21. Jahrhundert: Zur Wirkungsgeschichte des Brandt-Berichts*. Bonn: Dietz, 471–507.
- Nuscheler, Franz 2001. Warum brauchen wir Entwicklungstheorien?, in Thiel, Reinold E. (Hg.): *Neue Ansätze der Entwicklungstheorie*. Bonn, 389–399. URL: <http://www.inwent.org/imperia/md/content/bereich3-intranet/3-04-internet-publik/th-10-nusche.pdf> [Stand 15.10.2008]
- Nuscheler, Franz 2005. Entwicklungstheorie und Entwicklungspolitik, in Engel, Ulf, u.a. (Hg.): *Navigieren in der Weltgesellschaft: Festschrift für Rainer Tetzlaff*. Münster: LIT Verlag. (Demokratie und Entwicklung, 58), 126–140.
- Nuscheler, Franz 2006. *Entwicklungspolitik*. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung
- Nye, Joseph 2004. *Soft Power: The Means to Success in World Politics*. New York: Public Affairs
- NZZ 2008. *Energieabkommen zwischen Deutschland und Brasilien unterzeichnet: Gemeinsame Standards angestrebt*. *Neue Züricher Zeitung Online* 14. Mai. Online im Internet: URL: [http://www.nzz.ch/nachrichten/international/energieabkommen\\_zwischen\\_deutschland\\_und\\_brasilien\\_unterzeichnet\\_1.733546.html](http://www.nzz.ch/nachrichten/international/energieabkommen_zwischen_deutschland_und_brasilien_unterzeichnet_1.733546.html) [Stand 05.09.2008]
- Ochs, Alexander 2007. *Auf der Suche nach Verbündeten: Führungsmächte des Südens als Partner deutscher Klimapolitik*. (Diskussionspapier Forschungsgruppe Globale Fragen). Berlin.
- Ostrom, Elinor, Gardner, Roy & Walker, James 1994. *Rules, Games, and Common-Pool Resources*. Ann Arbor: University of Michigan Press
- Pehle, Heinrich 2000. Agenda-Setting, in Holtmann, Everhard (Hg.): *Politik-Lexikon*. München, Wien: Oldenbourg
- Plano de Ação da Parceria Estratégica Brasil-Alemanha* 2008. URL: [http://www.revistafatorbrasil.com.br/ver\\_noticia.php?not=39788](http://www.revistafatorbrasil.com.br/ver_noticia.php?not=39788) [Stand 02.09.2008]

- Presidência da República Federativa do Brasil 2007. *Discurso do presidente da República, Luiz Inácio Lula da Silva, na Confêrencia Internacional sobre Biocombustíveis*. Brüssel. URL: [www.info.planaltp.gov.br](http://www.info.planaltp.gov.br) [Stand 14.08.2008]
- Presidência da República Federativa do Brasil 2008a. *Brasil se destaca nas discussões sobre biocombustíveis*. URL: [http://www.brasil.gov.br/noticias/em\\_questao/questao/eq626/](http://www.brasil.gov.br/noticias/em_questao/questao/eq626/) [Stand 15.10.2008]
- Presidência da República Federativa do Brasil 2008b. *Mensagem ao Congresso Nacional*. Brasília. URL: <http://www.presidencia.gov.br/noticias/publicacoes/menscongr2008.pdf> [Stand 15.10.2008]
- Putnam, Robert D. 1988. Diplomacy and domestic politics: the logic of two-level games. *International Organization*(42), 427–460.
- Rat der Europäischen Union 2007. *Europäischer Rat (Brüssel) 8./9. März 2007: Schlussfolgerungen des Vorsitz*. URL: <http://www.auswaertigesamt.de/diplo/de/Aussenpolitik/Themen/EnergieKlima/070309-SF-ER.pdf> [Stand 15.10.2008]
- Reinicke, Wolfgang H. 1998. *Global Public Policy: Governing without Government?* Washington D.C.: Brookings Institution Press
- Reinicke, Wolfgang H. & Deng, Francis 2000. *Critical Choices: The United Nations, Networks, and the Future of Global Governance*. Ottawa: International Development Research Centre
- REN21 a. *REN21 Mission and Concept*. URL: [http://www.ren21.net/pdf/REN21\\_Mission\\_and\\_Concept\\_060310.pdf](http://www.ren21.net/pdf/REN21_Mission_and_Concept_060310.pdf) [Stand 18.08.2008]
- REN21 b. *Structure*. URL: <http://www.ren21.net/ren21/structure.asp> [Stand 20.08.2008]
- REN21 2008. *Renewables 2007: Global Status Report*. URL: [http://www.ren21.net/pdf/RE2007\\_Global\\_Status\\_Report.pdf](http://www.ren21.net/pdf/RE2007_Global_Status_Report.pdf) [Stand 15.10.2008]
- renewables 2004 - Conference Secretariat 2004. *Conference Report: Outcomes & Documentation - Political Declaration / International Action Programme / Policy Recommendation for Renewable Energies*. URL: [http://www.renewables2004.de/pdf/conference\\_report.pdf](http://www.renewables2004.de/pdf/conference_report.pdf) [Stand 20.08.2008]

- Rio Declaration on Environment and Development* 1992. Online im Internet: URL: <http://www.unep.org/Documents.Multilingual/Default.asp?DocumentID=78&ArticleID=1163> [Stand 15.10.2008]
- Risse, Thomas 2007. Deutsche Identität und Außenpolitik, in Schmidt, Siegmund, Hellmann, Gunther & Wolf, Reinhard (Hg.): *Handbuch zur deutschen Außenpolitik*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 49–61.
- Rittberger, Volker 2004. *Approaches to the Study of Foreign Policy Derived From International Relations Theories*. (Tübinger Arbeitspapiere zur Internationalen Politik und Friedensforschung). Tübingen.
- Rodrigues, Rodrigo A. & Accarini, José H. 2007. Programa Brasileiro de Biodiesel, in MRE (Hg.): *Biocombustíveis no Brasil: Realidades e Perspectivas*, 159–181.
- Rosenau, James N. 1992. Governance, order, and change in world politics, in Rosenau, James N. & Czempiel, Ernst-Otto (Hg.): *Governance without government: order and change in world politics*. Cambridge: Cambridge University Press, 1–29.
- Roussef, Dilma 2007. *The Brazilian Experience with Biofuels*. Vortrag auf der International Conference on Biofuels 2007. URL: [http://ec.europa.eu/external\\_relations/energy/biofuels/sessions/s2\\_01\\_dilma\\_rousseff.pdf](http://ec.europa.eu/external_relations/energy/biofuels/sessions/s2_01_dilma_rousseff.pdf) [Stand 15.10.2008]
- Ruggie, John 1982. International regimes, transactions, and change: embedded liberalism in the postwar economic order. *International Organization* (36), 379–415.
- Sach, Karsten 2008. Bundesumweltministerium: Globale Klimapolitik als Überlebensstrategie, in Braml, Josef, u.a. (Hg.): *Weltverträgliche Energiesicherheitspolitik*. München: Oldenbourg. (Jahrbuch internationale Politik 2005/2006, 27), 60–65.
- Scharpf, Fritz W. 2006. *Interaktionsformen: Akteurzentrierter Institutionalismus in der Politikforschung*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften
- Scharpf, Fritz W 2007. *Forschung*. URL: [http://www.mpi-fg-koeln.mpg.de/people/fs/forschung\\_de.html](http://www.mpi-fg-koeln.mpg.de/people/fs/forschung_de.html) [Stand 05.06.2008]

- Schirm, Stefan A. 2007. *Die Rolle Brasiliens in der globalen Strukturpolitik*. (DIE Discussion Paper). Bonn. URL: [http://www.die-gdi.de/CMS-Homepage/openwebcms3.nsf/\(ynDK\\_contentByKey\)/ADMR-7BRGE6/\\$FILE/16.2007Internetfassung.pdf](http://www.die-gdi.de/CMS-Homepage/openwebcms3.nsf/(ynDK_contentByKey)/ADMR-7BRGE6/$FILE/16.2007Internetfassung.pdf) [Stand 15.10.2008]
- Schlie, Ulrich & Seherr-Thoß, Benedikta von 2008. Bundesverteidigungsministerium: Klimawandel und Sicherheit, in Braml, Josef, u.a. (Hg.): *Weltverträgliche Energiesicherheitspolitik*. München: Oldenbourg. (Jahrbuch internationale Politik 2005/2006, 27), 54–59.
- Sprinz, Detlef F. 2003. Internationale Regime und Institutionen, in Hellmann, Gunther, Wolf, Klaus D. & Zürn, Micheal (Hg.): *Die neuen internationalen Beziehungen: Forschungsstand und Perspektiven in Deutschland*. Baden-Baden: Nomos, 251–274.
- Stamm, Andreas 2004. *Schwellen- und Ankerländer als Akteure einer globalen Partnerschaft: Überlegungen zu einer Positionsbestimmung aus deutscher entwicklungspolitischer Sicht*. (DIE Discussion Paper). Bonn. URL: <http://se2.isn.ch/serviceengine/FileContent?serviceID=RESSpecNet&fileid=75D2F256-4F29-F2AF-F299-5AE3FC67A1&lng=de> [Stand 15.10.2008]
- Stamm, Andreas 2005. Entwicklungspolitik zur Mitgestaltung der Globalisierung: Kooperation mit Ankerländern als Herausforderung und Chance, in Messner, Dirk & Scholz, Imme (Hg.): *Zukunftsfragen der Entwicklungspolitik*. Baden-Baden: Nomos, 119–135.
- Stamm, Andreas 2006. *Entwicklungszusammenarbeit im Gesamtkontext der Deutsch-Brasilianischen Kooperation: eine Portfolioanalyse*. (DIE Discussion Paper). Bonn. URL: [http://www.die-gdi.de/CMS-Homepage/openwebcms3.nsf/\(ynDK\\_contentByKey\)/ADMR-7BRKV5/\\$FILE/19-2006.pdf](http://www.die-gdi.de/CMS-Homepage/openwebcms3.nsf/(ynDK_contentByKey)/ADMR-7BRKV5/$FILE/19-2006.pdf) [Stand 15.10.2008]
- Steiner, Achim, u.a. 2006. International Institutional Arrangements in Support of Renewable Energy, in Assmann, Dirk, Laumanns, Ulrich & Uh, Dieter (Hg.): *Renewable Energy: A Global Review of Technologies, Policies and Markets*. London: Earthscan, 152–165. URL: <http://ren21.net/pdf/IntInstArrangementsforRE.pdf> [Stand 15.10.2008]

- Steinmeier, Frank-Walter 2008. Deutsche Energie- und Klimadiplomatie, in Braml, Josef, u.a. (Hg.): *Weltverträgliche Energiesicherheitspolitik*. München: Oldenbourg. (Jahrbuch internationale Politik 2005/2006, 27), 1–3.
- Stiftung Entwicklung und Frieden (Hg.) 1995. *Nachbarn in Einer Welt: Der Bericht der Kommission für Weltordnungspolitik*. Bonn.
- Suding, Paul H. & Lempp, Philippe 2007. *The Multifaced Institutional Landscape and Processes of International Renewable Energy Policy*. URL: <http://www.iaee.org/documents/newsletterarticles/Suding.pdf> [Stand 15.10.2008].
- Summary Record of the Negotiations on Development Cooperation between the Government of the Federative Republic of Brazil and the Government of the Federal Republic of Germany held in Brasília on 21 to 23 November 2007* 2007. URL: [www.abc.gov.br/intranet/Sistemas\\_ABC/siteabc/documentos/Ata%20Alemanha.doc](http://www.abc.gov.br/intranet/Sistemas_ABC/siteabc/documentos/Ata%20Alemanha.doc) [Stand 26.08.2008]
- SWP 2007. *Projekt "Führungsmächte als Partner deutscher Außenpolitik"*. URL: <http://www.swp-berlin.org/projekte/projekt.php?id=6043&active=conveu-30&PHPSESSID=e7d8c5c74a837f64f629d2c2c6c01484> [Stand 16.09.2008]
- Szwarc, Alfred 2007. O Etanol e o Controle de Emissões de Gases de Efeito Estufa, in MRE (Hg.): *Biocombustíveis no Brasil: Realidades e Perspectivas*, 121–135.
- Thiel, Reinold E. 2001. Zur Neubewertung der Entwicklungstheorie - Einleitung, in Thiel, Reinold E. (Hg.): *Neue Ansätze der Entwicklungstheorie*. Bonn, 9–34. URL: <http://www.inwent.org/imperia/md/content/bereich3-intranet/3-04-internet-publik/th10-einleitung.pdf> [Stand 15.10.2008]
- UNFCCC. *Clean Development Mechanism (CDM)*. URL: [http://unfccc.int/kyoto\\_protocol/mechanisms/clean\\_development\\_mechanism/items/2718.php](http://unfccc.int/kyoto_protocol/mechanisms/clean_development_mechanism/items/2718.php) [Stand 20.08.2008]
- UNICA. *Exportações anuais de etanol (Brasil, Centro-Sul e Norte-Nordeste) - valor, volume e preço médio*. URL: <http://www.unica.com.br/dadosCotacao/estatistica/> [Stand 05.09.2008]

- UNICA 2008. *Alemães apóiam uso de biomassa para gerar energie e reconhecem potencial do Brasil*. URL:  
<http://www.unica.com.br/noticias/show.asp?nwsCode={675F5CB8-5076-4D2D-A44C-0369E95EB0E6}> [Stand 04.09.2008].
- Vargas, Everton 2007. *Percepções do Brasil sobre a Cúpula de Heiligendamm*. *Tópicos*(2), 8f. Online im Internet: URL:  
<http://www.topicos.net/fileadmin/pdf/2007/2/vargas.pdf> [Stand 05.09.2008]
- Volger, Helmut 1997. *Völkerrecht*, in Albrecht, Ulrich & Volger, Helmut (Hg.): *Lexikon der Internationalen Politik*. München, Wien: Oldenbourg, 540–543.
- Vorstand der SPD (Hg.) 20. Oktober 1998. *Aufbruch und Erneuerung - Deutschlands Weg ins 21. Jahrhundert: Koalitionsvereinbarung zwischen der sozialdemokratischen Partei Deutschlands und Bündnis 90/Die Grünen*. Bonn.
- Vorstand der SPD (Hg.) 16. Oktober 2002. *Erneuerung - Gerechtigkeit - Nachhaltigkeit: Koalitionsvereinbarung 2002 - 2006*. Berlin.
- Waltz, Kenneth N. 1979. *Theory of International Politics*. New York: Random House
- WCED 1987. *Our Common Future*. Oxford: Oxford University Press
- Weber, Max 1947. *Wirtschaft und Gesellschaft*. 3. Aufl. Tübingen: Mohr
- Wendt, Alexander 1992. Anarchy is what states make of it: the social construction of power politics. *International Organization* (46), 391-425.
- Wittkämper, Gerhard W. & Obszerninks, Britta 2000. *Völkerrecht/Internationales Recht*, in Woyke, Wichard (Hg.): *Handwörterbuch Internationale Politik*. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, 506–513.
- Young, Oran R. 1997. Rights, Rules, and Resources in World Affairs, in Young, Oran R. (Hg.): *Global Governance: Drawing Insights from the Environmental Experience*. Cambridge, Massachusetts, London: MIT Press, 1–24.
- Zangl, Bernhard 2006. Regimetheorie, in Schieder, Siegfried & Spindler, Manuela (Hg.): *Theorien der Internationalen Beziehungen*. Opladen, Farmington Hills: Barbara Budrich, 121–144.
- Zangl, Bernhard & Zürn, Micheal 1999. Interessen in der internationalen Politik: Der akteurorientierte Institutionalismus als Brücke zwischen interessenorientierten und normorientierten Handlungstheorien. *Zeitschrift für Politikwissenschaft* 9(3), 923–950.



---

Zürn, Micheal 1992. Interessen und Institutionen in der internationalen Politik: Grundlegung und Anwendung des situationsstrukturellen Ansatzes. Dissertation. Eberhard-Karls-Universität.

Zürn, Micheal 1998. Regieren jenseits des Nationalstaates: Globalisierung und Denationalisierung als Chance. Frankfurt am Main: Suhrkamp

**27. 354 Wörter**